Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 92 | Herbst 2011 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR

Greift ein!

Schaut nicht länger weg!
Wehrt Euch gegen
rassistische und
faschistische Überfälle!

Hoyerswerda

Ein Pogrom und seine Folgen



Inhalt

AIB 92 3 · 2011

Rubriken







44

Foto: flickr.com -cc- Dmitry Valberg

Titel

NS-Szene

Braunzone

Antifa

Gesellschaft

Rassismus

Geschichte

Repression

International

Antifaschistisches Infoblatt

* Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de
www.nadir.org/nadir/periodika/aib/pgp.asc
PGP-Fingerprint:
C144 9F95 4A9E DB0A 5243 180F 850F D010

Titelfoto: Umbruch Bildarchiv

Editorial

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

den Schwerpunkt dieser Ausgabe widmen wir dem ersten rassistisch motivierten Pogrom in der Bundesrepublik. Vor genau 20 Jahren begann mit den Angriffen auf Flüchtlingswohnheime in Hoyerswerda eine Welle rassistischer Pogrome, die sich nicht nur auf weite Teile Deutschlands ausbreitete, sondern auch institutionelle Verschärfungen im Umgang mit Migrant_innen nach sich zog und die antifaschistische Linke vor neue Herausforderungen stellte. »Es war nicht allein die Brutalität der rassistischen Schlägerbanden, sondern vor allem das Verhalten von Teilen der Bevölkerung sowie die Reaktion der verantwortlichen Politiker und der Polizei, die Hoyerswerda, auch im Ausland zu einer traurigen Berühmtheit werden ließ. Ein Teil der Einwohner bildet die gaffende Kulisse, die die Angriffe der Rassisten mit Sympathie und Beifall bedachten.« Diese Zeilen aus dem AIB #16 können wir, angesichts des Umgangs mit den antifaschistischen Protesten die in diesem Jahr die Ereignisse wieder in den Fokus gerückt haben, leider erneut verwenden. Der Besuch von drei ehemaligen Bewohnern der damaligen Heime in Hoyerswerda endete Anfang September 2011 mit minutenlangen rassistischen Pöbeleien von Neonazis und anderen BewohnerInnen des heutigen Wohnhauses. Eine antifaschistische Demonstration zum Jahrestag sah sich ebenfalls der Störung durch Neonazis ausgesetzt und auch ein Denkmal konnte nicht in der Stadt zurückgelassen werden, ohne Zerstörung in Kauf zu nehmen. Der CDU-Bürgermeister Stefan Skora sieht die Probleme bei den antifaschistisch Aktiven, die das Verhalten der Neonazis provozieren würden und zudem die BürgerInnen der Stadt durch ihre Erinnerungsarbeit beleidigten. Dies zeigt einmal mehr, wie wenig eine aktive Auseinandersetzung mit dieser Welle von rassistischen Übergriffen, der viele Menschen zum Opfer fielen, vorangeschritten ist.

Vergleichbare Tendenzen zeigt der Fall eines weiteren Betroffenen rassistischer Gewalt aus den 1990er Jahren. Der 50jährige Victor Atoe kam 1991 aus Nigeria nach Deutschland. In der Nacht vom 17. auf den 18. Januar 1996 besucht er eine Flüchtlingsunterkunft in der Hafenstraße in Lübeck. Zu diesem Zeitpunkt ist sein Aufenthalt in Deutschland schon von bundesrepublikanischen Behörden illegalisiert. In der Nacht kommt es zu einem Brandanschlag auf das Haus in Lübeck, bei dem zehn Menschen sterben. Nur durch einen Sprung aus dem Fenster kann Victor Atoe sich vor den Flammen retten. Schwer an beiden Beinen verletzt und traumatisiert, wird er, nachdem alle übrigen Bewohner_innen des Hauses in Folge des Brandanschlags einen sicheren Aufenthaltsstatus bekommen, nach Nigeria abgeschoben. 1999 kehrt Victor Atoe nach Deutschland zurück und kämpft seitdem um sein Aufenthaltsrecht. Am 14.07.11 wurde er in Berlin festgenommen und sitzt seither im Abschiebeknast in Berlin-Köpenick. Um gegen diese Inhaftierung und die bevorstehende Abschiebung zu protestieren, trat Victor Atoe in einen Hungerstreik. Wir wünschen ihm auf diesem Weg viel Kraft bei seinem Kampf gegen die bundesdeutsche Abschiebemaschinerie. Weitere Informationen und aktuelle Entwicklungen gibt es unter »www.initiative-gegen-abschiebehaft.de«.

Eine andere Dimension der medialen Aufarbeitung erfuhren hingegen die rechten Anschläge in Norwegen. Einen tieferen Einblick in die ideologischen Hintergründe und deren Verortung innerhalb der norwegischen Gesellschaft geben der Artikel »Terroranschläge in Norwegen« ab Seite 44 sowie ein Interview mit einer Aktivistin des autonomen Zentrum »Blitz« aus Oslo. Gleichwohl löste diese Tat eine europaweite Debatte über sogenannten Rechtspopulismus aus, der dadurch sein häufig als konservativ wahrgenommenes Gewand verlor und nun auch in bürgerlichen Medien als das bezeichnet werden kann, was die AnhängerInnen darstellen: rassistische StichwortgeberInnen, die über einen Rückgriff auf repressive Law-And-Order-Konzepte eine nationalistische Politik verfolgen. Ob sich die ProtagonistInnen aus dieser Situation wieder herauswinden können, scheint im Moment zweifelhaft. Zumindest bei den Wahlen im September diesen Jahres in Berlin dürfte neben antifaschistischem Engagement auch die mediale Diskussion dazu geführt haben, dass die hier angetretenen Parteien »Pro Deutschland« und »Die Freiheit« in der Bedeutungslosigkeit versanken.

Weniger auf Verbreiterung ihrer Wählerschicht, als vielmehr auf Provokation setzte die NPD innerhalb der zurückliegenden Wahlkämpfe. Eine Vielzahl an Infoständen, Kundgebungen sowie massiv verbreitete Wahlplakate begleiteten die Öffentlichkeitsarbeit der neonazistischen Partei ebenso wie gewalttätige Angriffe auf Antifaschist_innen. Die Entwicklung der Berliner und Mecklenburg-Vorpommerischen Neonazi-Szene, die auch schon vor dem Wahlkampf eher auf Aktionismus und nächtlichen Vandalismus setzte, wird auf den Seiten 16–21 näher beleuchtet.

Leider beinhaltet diese Ausgabe entgegen der Ankündigung im letzten Editorial keinen Text zur näheren Betrachtung der Hardcoreszene. Wir hoffen ihn in einer der nächsten Ausgaben veröffentlichen zu können.

Hammerskin-Konzert in Lothringen

Am 09. Juli 2011 konnte in einer Sporthalle im französischen Rohrbach (Lothringen) ein Neonazikonzert mit den Bands »Bound for Glory« (USA), »Division Germania« (Mönchengladbach), »Brutal Attack« (UK), »Frakass« (Lyon / Frankreich) sowie »Jungsturm« (Saarland) ohne Störungen durchgeführt werden. Als Schleusungspunkt diente der belebte »Kaufland«-Parkplatz im saarländischen Merzig. Das Konzert wurde maßgeblich von dem international agierenden neonazistischen Netzwerk »Hammerskin-Nation« (HSN) veranstaltet. Ein Großteil der eingeladenen Bands stammt aus dem engen Umfeld dieses Netzwerks. Laut Neonaziquellen sollen an dem Konzert bis zu 2.500 Neonazis teilgenommen haben, die aus allen Teilen der BRD sowie dem angrenzenden Ausland angereist waren. Das Konzert wurde über mehrere Monate hinweg auf neonazistischen Webseiten beworben und wurde für den Großraum Belgien angekündigt. Die Durchführung des Konzertes im grenznahen Frankreich erfolgte aber nicht zufällig. Mit den »Hammerskins Westmark« um den Ludwigshafener Malte Redeker agiert ein, bei der Organisation von Konzerten, sehr aktiver Chapter der Hammerskins in der Region. Dieser Chapter hat in den letzten Jahren den Schwerpunkt bei der Durchführung solcher Konzerte auf das Saarland und das angrenzende Frankreich verlagert. Weder von französischen noch von deutschen Behörden können Versuche registriert werden, diese Veranstaltungen einzuschränken oder gar zu unterbinden. ■

Neonazi-Brandstifter festgenommen

In Bergkamen hat die Polizei am 1. August 2011 einen 23jährigen neonazistischen Brandstifter festgenommen. Der wegen eines Betrugsdeliktes unter Bewährung stehende Björn M. sitzt derzeit in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft Dortmund wird ihn nach Abschluss der Ermittlungen wahrscheinlich wegen Brandstiftung und Sachbeschädigung anklagen.

M. soll Ende Juli 2011 mehrere Brände gelegt haben, darunter in einer im Bau befindlichen Moschee sowie vor einer Wohnung, in der Migrant_innen leben. In einem Video des WDR posierte der mutmaßliche Brandstifter mit einem »Division 88«-T-Shirt als ein vermeintlich brandlöschender Zeuge. Die Stadt Bergkamen liegt rund 15 Kilometer neben Dortmund. In der gleichen Woche verübten bisher Unbekannte einen Brandanschlag auf ein von Roma bewohntes Haus in Leverkusen. Die Region Dortmund gilt bundesweit als Neonazihochburg, in Dortmund und in umliegenden Städten kommt es regelmäßig zu Angriffen auf linke Einrichtungen und Büros sowie auf Einzelpersonen der organisierten Linken und Migrant_innen.

Björn M. wird von lokalen Antifaschist_innen dem »Nationalen Widerstand Unna« und deren Ableger »Ortsgruppe Bergkamen« zugeordnet. Im Februar 2011 trug er in Soest bei einem Neonaziaufmarsch das Transparent des »Nationalen Widerstand Unna«. Noch am 1. Mai 2011 reiste M. zu einer NPD-Demonstration nach Bremen. Fotos zeigen ihn wie er Arm in Arm mit dem NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt posiert. M. ist nach eigenen Angaben seit vielen Jahren in der Partei organisiert. Medienberichten zufolge kommt M. aus einem familiären Umfeld mit NPD-Bezug. Vor zehn Jahren sei der damalige NPD-Stützpunktbeauftragte Edmund Mühlnickel von der Parteiführung für seine Verdienste in der Jugendarbeit gelobt worden. Die »Antifa United« berichtet: »Allerdings entwickelte die NPD in Bergkamen in den letzten Jahren wenig öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten. Dennoch empfängt ihr Vorsitzender Edmund Mühlnickel in seinem Garten nicht nur Parteimitglieder sondern auch Szene-Größen der Kameradschaftsszene wie Sascha Krolzig«. ■

http://antifaunited.blogsport.de

Sprecher von KZ-Gedenkinitiative soll Strafe im ehemaligen Durchgangslager absitzen

Der Vorsitzende der dänischen Organisation »Freiheitskämpfer und ehemalige KZ-Insassen von Horserød-Stutthof«, Anton Nielsen, soll eine Strafe im Staatsgefängnis und ehemaligen Durchgangslager Horserød absitzen. Verurteilt wurde er, da die Initiative Spenden an als »terroristische Vereinigungen« eingestufte Organisationen überwiesen hat, um die Terrorgesetzgebung in Dänemark herauszufordern. Er wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Zeitung »der Arbeiter« sagt Anton Nielsen: »Man muss blind sein um diese Symbolik nicht zu sehen. Ich bin der Vorsitzende einer Organisation, die von den überlebenden Freiheitskämpfern, die in Horserød Lager und Stutthof vor 70 Jahren interniert waren, gegründet wurde.« Während der Besatzung war Horserød Durchgangslager für die Gefangenen aus dem Widerstand, die weiter in die KZ Lager gesendet werden sollten. Anton Nielsen tritt jetzt in die Fussspuren seines Vaters. Martin Nielsen war Mitglied des Parlaments für die DKP und einer der Ersten, der in Horserød interniert wurde. Am 2. Oktober 1943 wurde er von hier nach Stutthof deportiert. In Horserød schrieb er das Buch »Tage und Nächte der Gefangenschaft«, das von seinem Aufenthalt in Horserød berichtet. Anton Nielsen: »Und jetzt soll also unsere Familie deren Betten ein weiteres Mal ausfüllen«. ■



Foto: Antifa Unna

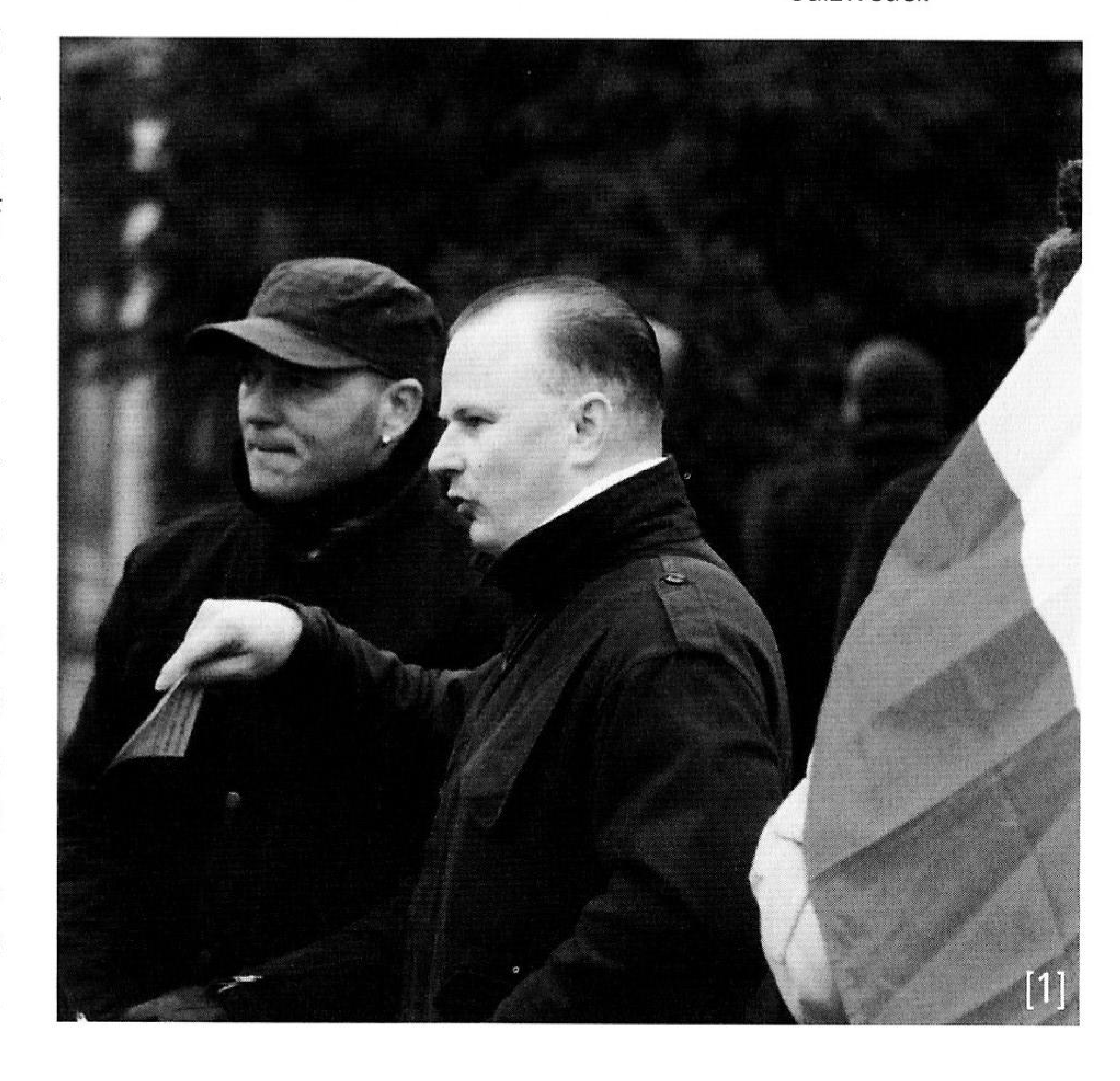
[1] Björn M. posiert zusammen mit Udo Voigt am 1. Mai 2011 in Bremen.

Neonazi-Laden in Tostedt vor dem Aus?

Seit mehr als einem Jahr rückt die antifaschistische Kampagne »Landfriedensbruch« die Tostedter Neonazi-Szene und insbesondere den von Stefan Silar betriebenen Szene-Laden »Streetwear Tostedt« verstärkt in den Fokus. Nach einigem juristischen Tauziehen sollte der größte Neonazi-Laden in Norddeutschland nun eigentlich schließen, tatsächlich ist aber auch diese Entscheidung noch nicht endgültig. Pfingsten 2010 kam es im Rahmen einer antifaschistischen Spontandemonstration zu Auseinandersetzungen mit Tostedter Neonazis. Nachdem eine kleinere Gruppe Neonazis die Polizeikette vor dem Laden durchbrochen hatte, ging Stefan Silar mit einem gezogenem Messer auf Antifaschist_innen los. Als die Spontandemonstration zum Bahnhof zurückging, folgten die Neonazis. Der Betreiber des rechten Szene-Ladens, immer noch bewaffnet, konnte von der Polizei erst mit vorgehaltener Pistole gestoppt und festgesetzt werden. Für diese Aktion wurde er im September diesen Jahres vom Amtsgericht Tostedt wegen »gefährlichen Landfriedensbruch« zu einer Freiheitsstrafe von 18 Monaten ohne Bewährung verurteilt.
Doch einem erneuten Gefängnisaufenthalt wollte der u.a. wegen Totschlags verurteilte Silar wohl unbedingt entgehen und auch die Justiz schien schnell das Interesse zu verlieren. Nach dem Berufungsprozess vor dem Landgericht Stade stand fest, dass Silar die Haftstrafe nicht antreten muss. Grund hierfür – ein Angebot des Verteidigers. Der Angeklagte legt ein umfangreiches Geständnis ab und ist bereit den Neonazi-Laden binnen drei Monaten zu schließen. Nicht nur, dass der vorsitzende Richter sich darauf einließ, er senkte auch gleich das gesamte Strafmaß mit einer absurden Begründung. Während Staatsanwaltschaft und Amtsgericht das mitgeführte Messer als Grund für den Vorwurf eines schweren Landfriedensbruchs werteten, verwies das Gericht darauf, dass Silar das Messer erst nach Überwindung der Polizeikette zog und keine Polizist_innen, sondern Antifaschist_innen damit bedrohte. Silar konnte das Gericht mit einem Urteil von neun Monaten auf fünf Jahre Bewährung verlassen. Dass sich das Gericht in diesem Falle wieder einmal verrechnet hat, zeigt u.a. die Tatsache, dass er gegen das Urteil bereits Rechtsmittel eingelegt hat. Die lokale Antifa-Szene sieht sich zudem seit einigen Wochen wieder vermehrten Angriffen ausgesetzt. Doch hat die Kampagne »Landfriedensbruch« schon kurz nach dem Urteil klargestellt, dass es sich im Umgang mit Neonazis um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt, das nicht weggesperrt werden kann, sondern der aktiven Auseinandersetzung bedarf. In diesem Sinne soll der Aufbau einer antifaschistischen Jugendkultur unterstützt und sich Räume angeeignet werden. ■

Durchsuchungsaktion bei den »Red Devils Salzwedel«

Auf Grund eines laufenden Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Stendal gegen Angehörige des Motorradclubs (MC) »Red Devils Salzwedel« wurden mehrere Objekte in Sachsen-Anhalt durchsucht. Grundlage für das Ermittlungsverfahren sind milieutypische Straftaten im Bereich der Rockerkriminalität. Im Ergebnis der Durchsuchungen konnten diverse Arzneimittel (Anabolika, Steroide und Testosteron), Bargeldbeträge im hohen vierstelligen Bereich sowie geringe Mengen Kokain, Marihuana und Haschisch aufgefunden und sichergestellt werden. Wie das AIB (#87) berichtete, verfügt der MC um die Neonazis Kay Schweigel und Dennis Sch. über enge Anbindungen an die regionale Neonazi-Szene. So wurden bei den Durchsuchungen auch Tonträger mit RechtsRock aufgefunden. Ungewohnt offen erklärten die Ermittlungsbehörden: »Im Verlauf der Ermittlungen wurden zudem hinreichende Erkenntnisse über Verbindungen zur rechten Szene gewonnen. Zudem haben die Ermittlungen bestätigt, dass sich der MC »Red Devils« in Salzwedel – seit Gründung des Clubs – zum Teil aus politisch motivierten Gewalttätern sowie Führungspersonen der örtlichen rechten Szene organisiert. Der Zulauf aus diesem Bereich hält bis dato an. Der Präsident des Clubs, selber langjährige Führungsperson der rechten Kameradschaftsszene in der Altmark, griff dabei zielgerichtet auf politische Weggefährten zurück. Nach derzeitigem Erkenntnisstand ist die vorhandene Allianz der Rockerszene mit Angehörigen der rechten Kameradschaften für Salzwedel charakteristisch, jedoch nicht allgemeingültig für die klassische Rockerkriminalität.« Offenbar sah man sich sogar zum Einschreiten veranlasst: »Durch koordinierte Einsatzmaßnahmen (...) bei einem Motorradtreffen in Bismark im Mai 2011 konnten Hinweise gesichert werden, die auf eine weitere Neugründung des Clubs im Landkreis Stendal seitens eines NPD-Funktionärs schließen ließen. In Folge der anschließenden öffentlichen Darstellung zu den Ereignissen fand die Gründung des MC »Red Devils« im Landkreis Stendal nicht statt.« ■



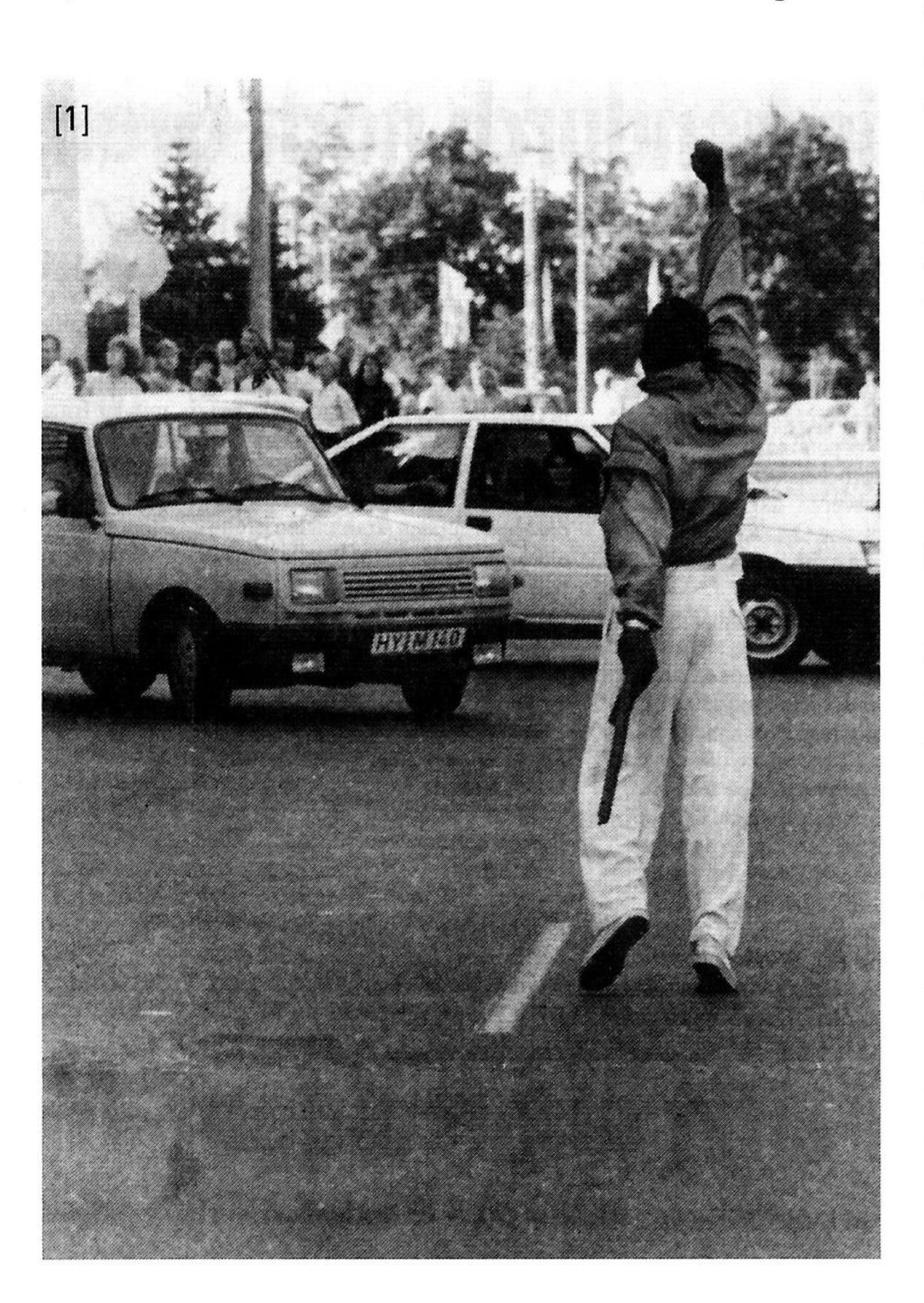
[1] Kay Schweigel (Bildmitte) am 27. Dezember 2008 bei einer Neonazi-Demonstration in Salzwedel.

Fehlende Aufarbeitung

Ein Gastbeitrag der »Initiative Pogrom 91«.

http://pogrom91.tumblr.com/

Im September 1991 ereignete sich im ostsächsischen Hoyerswerda etwas nie Dagewesenes: Tagelang griffen Neonazis unter Beifall und Unterstützung Hoyerswerdaer BürgerInnen Wohnheime von Vertragsarbeiter_innen und Asylsuchenden an – so lange, bis diese evakuiert werden mussten. Die lokale Erinnerungspolitik im Kontext des ersten rassistischen Pogroms in Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wirft bis heute Fragen auf.



[1] Eine Szene in Hoyerswerda im September 1991.

Die Vertragsabeiter_innen aus dem Wohnheim in der Albert-Schweitzer-Straße, die zum Zeitpunkt der Angriffe bereits seit Jahren in Hoyerswerda lebten und größtenteils aus Mosambik und Vietnam kamen, wurden bis zu ihrer Vertreibung hauptsächlich als billige Arbeitskräfte bei der Kohleförderung eingesetzt. Sie waren genau wie die 260 Menschen aus Europa, Asien, Afrika und Südamerika, die im Asylsuchendenheim in der Müntzerstraße wohnten, auch in den Jahren vor dem Pogrom alltäglichem Rassismus ausgesetzt. Sie erlebten Pöbeleien und tätliche Angriffe, eine Polizei, die sich weigerte, Anzeigen aufzunehmen und Verkäufer_innen, welche die Heimbewohner_innen in Geschäften nicht bedienten. Die Asylsuchenden mussten sich in ihrem Wohnheim mit durchschnittlich zwölf Personen eine Vier-Raum-Wohnung teilen, und durften außerdem keiner geregelten Arbeit nachgehen.

Mit der Wiedervereinigung endeten die Arbeitsvereinbarungen der Vertragsarbeiter_innen. Obwohl bereits im Vorfeld öffentlich bekannt war, dass sie aus jenem Grund sehr bald in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden sollten, wurde bereits kurz nach dem Ende der DDR der Ton gegen die »Gäste« in der Stadt rauer. Die Stimmung in der Bevölkerung, die über die Zeitungsberichterstattung aus jener Zeit vernehmbar war, wurde immer aggressiver. »Die Behörden sollten zweifellos schnellstens die Situation in den Griff bekommen. Sonst tun dies vielleicht andere«, hieß es etwa in einem Beitrag des Wochenspiegels Anfang September 1991 über eine Bürgerversammlung, die den Konflikt um das Wohnheim der Asylsuchenden zum Thema hatte.

Was dann am 17. September 1991 mit dem Überfall von Neonazis auf eine Gruppe von Händler_innen aus Vietnam begann, weitete sich schließlich zu tagelangen Angriffe gegen die in Hoyerswerda lebenden Vertragsarbeiter_innen und Asylsuchenden aus. Vor ihren Wohnheimen wüteten über eine Woche Neonazis und BürgerInnen: viele waren aus Hoyerswerda, einige der Neonazis waren aus ganz Deutschland angereist. Bis zu 500 Menschen standen gemeinsam vor den Heimen, schmissen Steine und Molotowcocktails, riefen rassistische Parolen und klatschten Beifall. Im Verlauf der Angriffe wurden auch Neonazis am Wohnheim der Vertragsarbeiter_innen entdeckt, die Benzinkanister bei sich trugen. Die Polizei sah sich nicht im Stande, die Angriffe zu beenden. Schließlich wurden unter dem Beifall von Neonazis und BürgerInnen die Vertragsarbeiter_innen und Asylsuchenden evakuiert. Fast alle mosambikanischen Vertragsarbeiter_innen mussten direkt nach Frankfurt zur »freiwilligen« Abschiebung. In einem Appell an den Berliner Innensenator von einer Gruppe von 40 Heimbewohner_innen, denen die Flucht nach Berlin gelang, hieß es: »Wir mussten Schutz finden. Es gab keinen anderen Platz zur Flucht als Berlin, wo unsere momentane Sicherheit durch die große Hilfe einer Kirchengemeinde und die beständige Arbeit autonomer Gruppen gewährleistet ist«. Die Angriffe von Hoyerswerda sorgten weltweit für Aufsehen in den Medien und

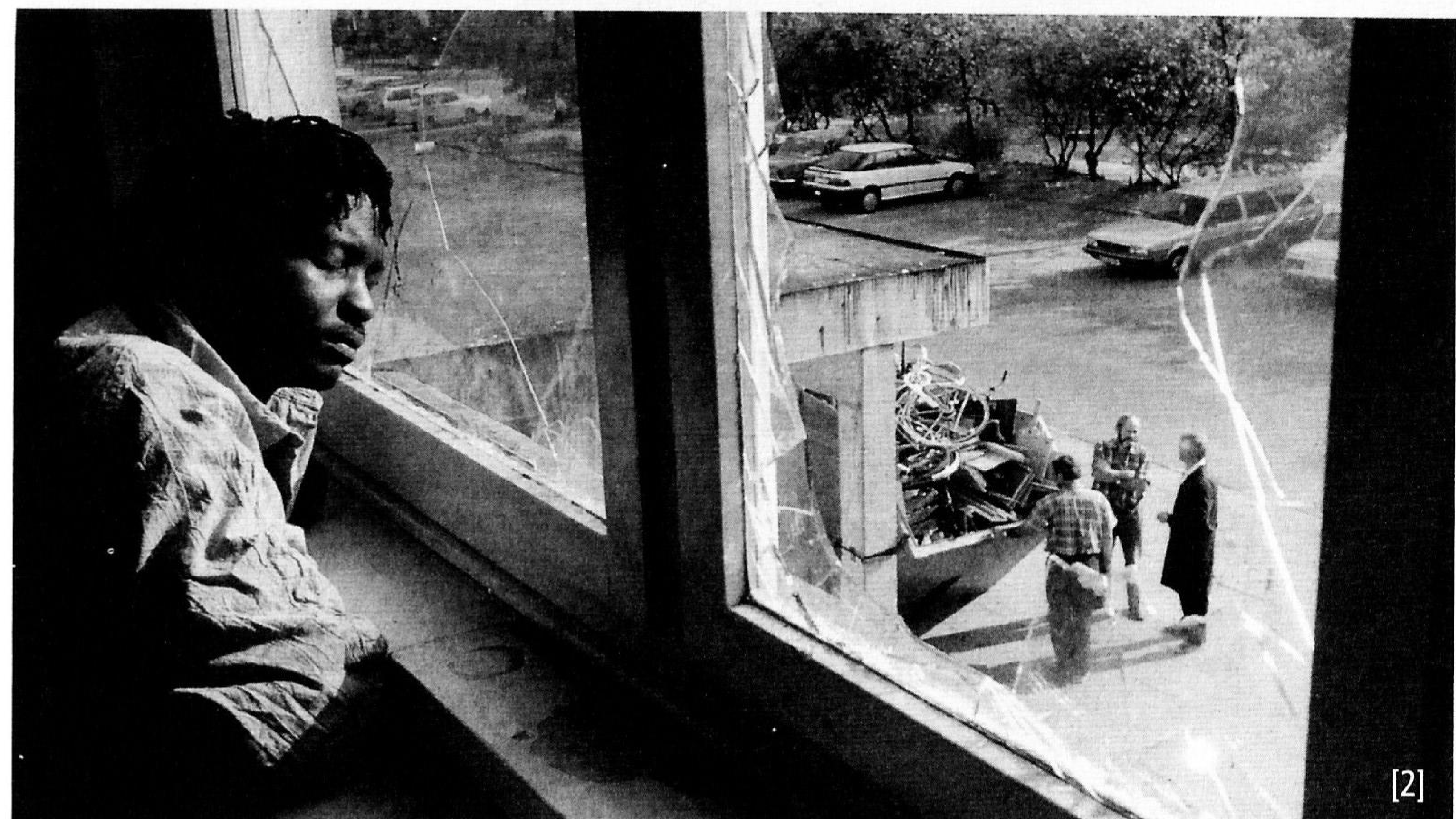
Empörung in der Politik. Auch die radikale Linke reagierte und so zogen am Wochenende nach dem Pogrom etwa 4000 Menschen mit einer antirassistischen Demonstration durch die Stadt.

Das rassistische Pogrom von Hoyerswerda war der Auftakt zu einer ganzen Reihe von ähnlichen Angriffen, die sich z.B. in Rostock, Solingen und Mölln ereigneten und bald auch erste Todesopfer forderten. In Folge jener Welle rassistischer Gewalt wurden 1993 die Asylgesetze in der Bundesrepublik geändert. Für Flüchtlinge war es danach sehr viel schwieriger Asyl in Deutschland zu erhalten. Der Hass auf der Straße wurde somit auch durch die bundesdeutsche Innenpolitik legitimiert: »Wenn das Volk uns die Legitimation entzieht, müssen wir unsere Politik ändern«, kommentierte der damalige SPD-Vorsitzende Engholm diese Vorgänge.

Bestärkt durch die erfolgreiche Vertreibung der Vertragsarbeiter_innen und Asylsuchenden entwickelte sich Hoyerswerda bald zu einer Hochburg der Neonazis. Nachdem »Ausländer« nicht mehr als Angriffsfläche zur Verfügung standen, richtete sich die Gewalt nun mehr gegen Menschen, die sich auf den Straßen als links oder alternativ zu erkennen gaben oder dafür gehalten wurden. Die Gewalt der Neonazis in und um Hoyerswerda gipfelte schließlich in zwei Morden: im Oktober 1992 provozierten Neonazis in einer Diskothek in Geierswalde bei Hoyerswerda, in Folge dessen wurde die Kellnerin Waltraud Scheffler von einem der Neonazis mit einer Holzlatte erschlagen. Nur wenige Monate später, im Februar 1993, überfielen Neonazis eine alternative Party in Hoyerswerda. Der 22jährige Maik Zerna starb, nachdem die Neonazis ihn erst niederschlugen und dann einen Transporter auf ihn kippten.

Trotz der immensen Tragweite der Ereignisse von 1991 für nachfolgende Entwicklungen in der Bundesrepublik, sowie ihren weitreichenden Folgen vor Ort, bis hin zum Mord an Waltraud Scheffler und Maik Zerna, gab es in der Stadt bisher kaum nennenswerte Versuche, die damaligen Geschehnisse angemessen aufzuarbeiten. Stattdessen war man stets darum bemüht, die Angriffe auf die Wohnheime in der Öffentlichkeit herunterzuspielen und die anhaltenden Aktivitäten von Neonazis vor Ort zu leugnen. Fast immer, wenn das rassistische Pogrom öffentlich thematisiert wurde, ging es hauptsächlich darum, den dadurch entstandenen Rufschaden für die Stadt wieder wett zu machen und sich mit der Konstruktion einer eigenen Opferrolle gegen jegliche Kritik an dieser Praxis zu immunisieren. Mit den Worten: »Die Erinnerung an diese 15 Jahre behalten wir Hoyerswerdaer uns selbst vor«, kommentierte 2006 der damalige Oberbürgermeister Horst Dieter Brähmig eine antirassistische Demonstration, die zum 15. Jahrestag der Ereignisse in Hoyerswerda stattfand und sich klar gegen eine »kollektive Verdrängung« der Geschehnisse positionierte. VertreterInnen der Stadt errichteten am selben Tag eine Stele, welche die Inschrift »Im Gedenken an die extremistischen Ausschreitungen von September 1991« trug. Es wurde nicht auf die Perspektive der Betroffenen eingegangen, die rassistische Motivation der TäterInnen von damals wurde ausgeblendet und somit relativiert. Auch die schlichte Anerkennung der Tatsache, dass eben auch »ganz normale HoyerswerdaerInnen« an den Angriffen beteiligt waren, blieb ein weiteres Mal aus.

Was im September 1991 geschah, sollte nach 20 Jahren endlich auch in Hoyerswerda klar als rassistisches Pogrom bezeichnet werden. Eine ernstgemeinte Aufarbeitung wird erst dann möglich, wenn anerkannt wird, dass es BürgerInnen aus Hoyerswerda selbst waren, die sich maßgeblich an den Angriffen beteiligten und dass die offene Sympathie für die TäterInnen und das akzeptierende Stillschweigen großer Teile der Hoyerswerdaer Bevölkerung die Ereignisse überhaupt erst ermöglichten. Auch wenn es zum 20. Jahrestag des rassistischen Pogroms zumindest eine Ausstellung gibt, welche die Ereignisse umfassender thematisieren soll, fehlt auch heute noch ein Ort der dauerhaften Erinnerung. Daher setzen wir uns unter anderem für die Errichtung eines Mahnmales ein, das ein Vergessen der Geschehnisse vom September 1991 unmöglich machen soll. ■


Immer um 14 Uhr versammlten sich unten die Nachbarn, vier Tage lang. Zwei Stunden später kamen die Skinheads dazu. Voll mit Schnaps. Und haben Krawall gemacht. Die Nachbarn haben applaudiert. Und die Mädchen, die bei uns waren, sind zusammengeschlagen worden. Schon früher haben sie uns zugerufen: »Neger, geh' zurück in deinen Busch!«

[2]

[2] Faksimile: SZ / 29.11.1991

Fünf Tage im September 1991

Die rassistischen Pogrome in Hoyerswerda

Die Kapitulationserklärung vor dem rassistischen Mob und seinen Zuschauer_innen war kurz: »Es besteht einheitliche Auffassung dazu, dass eine endgültige Problemlösung nur durch Ausreise der Ausländer geschaffen werden kann,« so die »Lageeinschätzung« des Landratsamts Hoyerswerda am 20. September 1991 um 12 Uhr mittags. Nicht einmal 24 Stunden später werden 240 Asylsuchende aus einem Dutzend unterschiedlichster Herkunftsländer in den frühen Morgenstunden des 21. September 1991 in Busse verfrachtet – und unter dem johlenden Beifall der jugendlichen und älteren Zuschauer_innen mit SEK-Begleitfahrzeugen aus der einstigen sozialistischen Musterstadt gefahren. Einige Neonaziskinheads haben auch jetzt noch nicht genug und schmeißen Steine und Flaschen auf die abfahrenden Busse; dabei wird ein Flüchtling durch Glassplitter erheblich verletzt. Offen grölen Neonaziskinheads in die laufenden Kameras den sich rasend schnell übers ganze Land ausbreitenden Schlachtruf der Szene »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus« und erklären, dass Hoyerswerda erst der Anfang sein werde. In den Weg stellt sich ihnen niemand. Oder, in den Worten des Landratsamts vom 20. September 1991: »Die übergroße Mehrheit der Anwohner im unmittelbaren Umfeld des Ausländerwohnheims sieht in den Handlungen der Störer eine Unterstützung ihrer eigenen Ziele zur Erzwingung der Ausreise der Ausländer und erklärt sich folgerichtig mit ihren Gewalttätigkeiten sehr intensiv solidarisch. Die polizeilichen Handlungen werden dagegen strikt abgelehnt.«

Wie es zu dem Pogrom kam, ist schnell erzählt. Am 17. September 1991 griffen mindestens acht Neonazis auf dem Marktplatz von Hoyerswerda zunächst einige vietnamesische Händler_innen an. Die Betroffenen wehrten sich und flüchteten dann in ein Vertragsarbeiter_innenwohnheim in der Albert-Schweitzer-Straße, mitten im riesigen Plattenbauviertel WK X der damals noch über 50.000 EinwohnerInnen großen Stadt. Hier lebten auch noch rund 120 ehemalige Vertragsarbeiter_innen aus Mosambik und Vietnam. Sie waren mehrheitlich Mitte der 1980er Jahre in die DDR gekommen, hatten als junge Frauen und Männer Ausbildungen in Industrieberufen gemacht und wurden in den diversen Werkstätten sowie im Braunkohletagebaubetrieb VEB Schwarze Pumpe eingesetzt. Ihre Arbeitsverträge mit der Nachfolgegesellschaft LAUBAG AG waren zum Ende September bzw. Ende Dezember 1991 gekündigt worden.

Erst die Vertragsarbeiter_innen, dann die Flüchtlinge

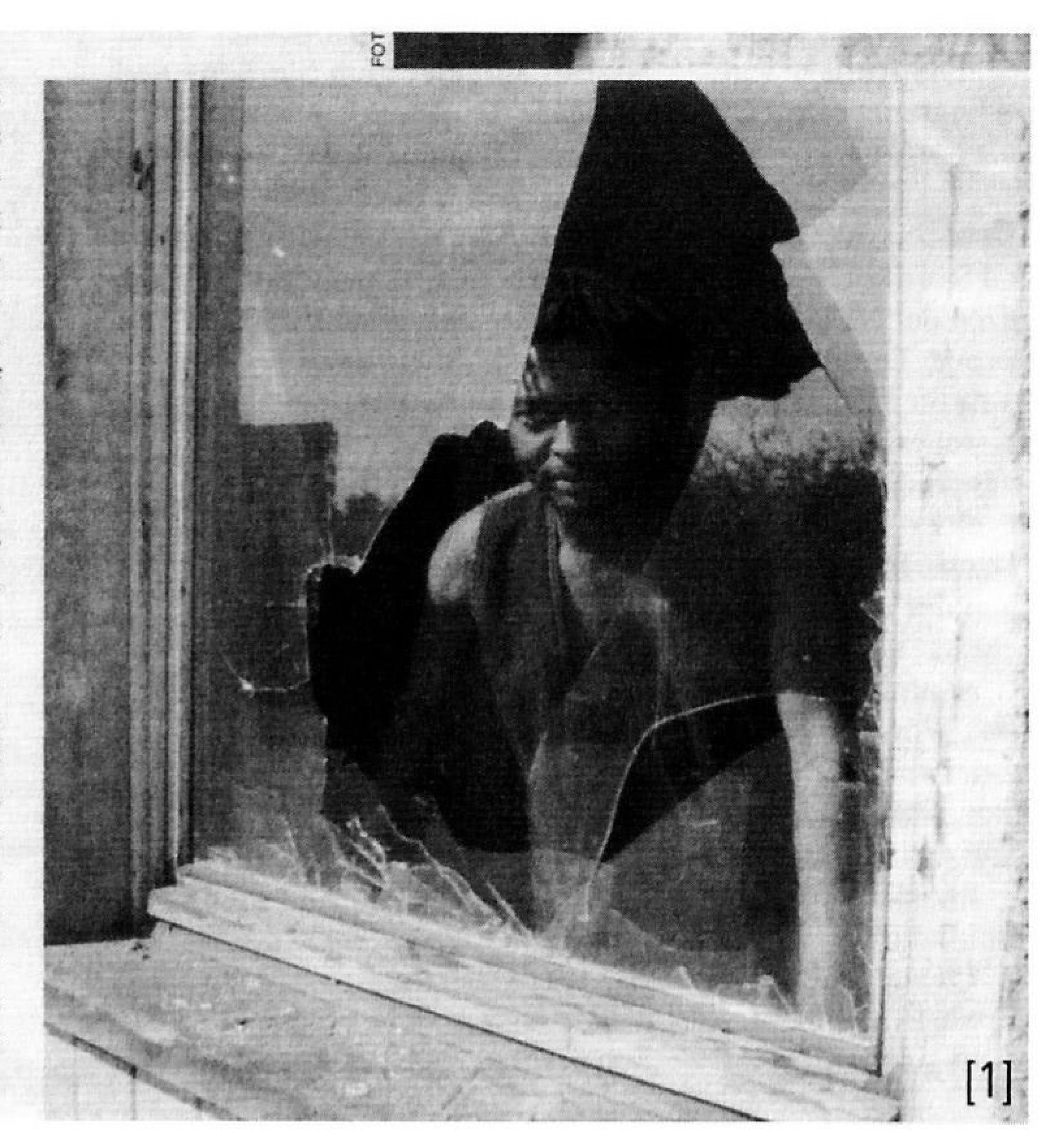
Die Neonaziskins trauten sich zwar nicht in das Vertragsarbeiterwohnheim hinein, sie organisierten aber ziemlich schnell immer mehr »Kameraden«, so dass sich innerhalb weniger Stunden drei bis vier Dutzend junge Neonazis Parolen grölend und Steine schmeißend vor dem Wohnheim versammelten. Da es mindestens zwei Stunden dauern sollte, bis sich die ersten PolizeibeamtInnen vor Ort blicken ließen, begannen die Vertragsarbeiter_innen zu ihrem Schutz Müllcontainer auf die Straße zu schieben und gingen mit Knüppeln bewaffnet gegen die Neonazis vor.

Am nächsten Tag griffen ab den frühen Abendstunden schon mehrere Dutzend Neonazis, mit Molotow-Cocktails und Steinen das Wohnheim für die Vertragsarbeiter_innen an. Nun begannen die Bewohner_innen um ihr Leben zu fürchten, denn eine völlig überforderte Polizei ließ die Angreifer weitestgehend unbehelligt – während Anwohner_innen entweder teilnahmslos zusahen, wie sämtliche Fenster des Heims eingeworfen wurden oder Beifall klatschten. Versuche der Vertragsarbeiter_innen, die Angreifer durch das Werfen von Gegenständen zu vertreiben, führten nur zu kurzfristigen Rückzügen der Angreifer. Unter ihnen erkannten die Vertragsarbeiter_innen auch viele ihrer deutschen Kollegen – vor allem Vorarbeiter – aus dem Braunkohletagebau.

Am 20. September 1991 um 13.50 Uhr notieren PolizeibeamtInnen, offensichtlich erleichtert: »2 Kraftomnibusse mit 60 ausländischen Bürgern /AWH Albert-Schweitzer-Straße haben zwecks ordnungsgemäßer Rückführung Ort verlassen. Maßnahmen waren vom Ordnungsamt eingeleitet

Wie eine Heimsuchung sei das Böse plötzlich über die Stadt gekommen – unausweichlich. Bis heute findet Hartmut Ackermann, der SPD-Ortsvorsitzende der sächsischen Kreisstadt, jedenfalls keine andere Erklärung dafür, weshalb »Hoyerswerda auf so unrühmliche Weise berühmt werden mußte«.

Wenn das Fernsehen ihn gefragt hätte, dann hätte er vielleicht aus seiner vorbereiteten Presseerklärung vorgelesen, »daß bei allen Problemen mit Ausländern niemand das Recht habe, andere zu bedrohen und anzugreifen«, daß aber auch die Asylbewerber und Ausländer, die ja »eigentlich Gäste in der Stadt sind, den Lebensgewohnheiten der Hoyerswerder Rechnung« tragen sollten. Doch Gründe und Ursachen für das, was in den Scherbennächten von Hoyerswerda geschah, hätte auch er nicht nennen können. Und oh-



[1]

[1] Faksimile: Stern Nr. 41 / 1991

worden.« Ihr »Begleitschutz« von der sächsischen Polizei brachte sie mehrheitlich direkt nach Berlin und Frankfurt am Main, von wo aus sie nach Mosambik zurückkehrten.

Ermutigt durch ihren Erfolg richteten die rassistischen Angreifer ab dem 19. September 1991 dann ihre Attacken gegen das Flüchtlingswohnheim in der Thomas-Münzer-Str., in dem seit dem Frühsommer 1991 rund 240 Flüchtlinge u.a. aus Vietnam, Rumänien, Ghana, Iran und Bangladesch wohnen mussten. Sie waren aus Sachsen zwangsumverteilt worden und schon in den Wochen zuvor immer wieder bei ihren wenigen Ausflügen in die Stadt von Neonazigruppen angegriffen worden. Sie wurden genau so wenig geschützt wie die Vertragsarbeiter_innen und am 21. September mit Bussen unter SEK-Begleitung in Barackenheime im Umland verteilt. Die meisten von ihnen flüchteten entweder in Gruppen oder individuell nach Berlin und Niedersachsen weiter.

Fatale Bilanz

Die Bilanz jener fünf Tage im September 1991: Der Staat bzw. seine Exekutivorgane hatten sich aus gleich mehreren Kernaufgaben – dem Schutz von schutzlosen Minderheiten sowie der Verfolgung von Straftaten – komplett zurückgezogen. Insgesamt gab es 82 vorläufige Festnahmen in diesen fünf Tagen, daraus resultierten ganze vier Verurteilungen. Die Signalwirkung von Hoyerswerda war fatal. Neonazis feierten Hoyerswerda öffentlich als »erste ausländerfreie Stadt« und schnell wetteiferten bundesweit Nachahmer/Neonazis, rassistische GelegenheitstäterInnen und politisch rechte Jugendliche miteinander. Schon während der Pogromtage verbrannte in Saarlouis im Saarland der 27jährige ghanaische Flüchtling Samuel Yeboah bei einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. Im sächsischen Thiendorf griffen Jugendliche ein Flüchtlingsheim an und verletzten acht Menschen. In Freital bei Dresden und in Bredenbeck bei Hannover schleuderten Neonazis Molotow-Cocktails auf Flüchtlingsheime. Im brandenburgischen Cottbus machte die Nationale Alternative gegen die dortige Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber_innen mobil; weitere Brandanschläge z.B. in Münster, in March (Südbaden) und Tambach-Dietharz (Thüringen) folgten. 1.483 extrem rechte Gewalttaten registrierte das Bundeskriminalamt am Ende des Jahres 1991. 1992 stieg die Zahl um mehr als das Doppelte auf 2.584. Angesichts der massiven Dunkelfelder bei rechten Gewalttaten in den frühen 1990er Jahren muss man davon ausgehen, dass diese Zahlen nur einen winzigen Ausschnitt der Realität widerspiegeln. Begleitet wurde diese rassistische Mobilisierung von schizophrenen Medienkampagnen: Einerseits kommentierten zumeist westdeutsche Journalist_innen den nackten rassistischen Hass als Zivilisationsbruch; andererseits sekundierten nicht nur Boulevardmedien, sondern auch bürgerliche Magazine wie u.a. der Spiegel am 9. September 1991 mit einem Bild eines schwarz-rot-gold angemalten Kahns voller Menschen unter dem Titel »Flüchtlinge, Aussiedler, Asylanten: Ansturm der Armen« die rassistischen Schläger.

Auch vor Ort: Tödliche Konsequenzen

Auch in Hoyerswerda selbst sorgte die Kapitulation von Polizei und Justiz für ein enormes Selbstbewusstsein in der Neonaziszene, das bis heute ungebrochen anhält. Neonazis überfielen regelmäßig linke Jugendliche und Punks, erpressten »Schutzgelder« in Bordellen und ließen kaum eine Gelegenheit aus, deutlich zu machen, dass sie jenseits der geltenden Gesetze handeln konnten. Wer Neonazis im Hoyerswerda der frühen 1990er Jahre treffen wollte, besuchte als allererstes den Jugendclub »N. Ostrowski« mitten im WKI, wo überforderte Sozialarbeiter_innen zusahen, wie ihr Klientel jedes Wochenende woanders zuschlug. Zum Beispiel am 23. Oktober 1992 im nahen Geierswalde, wo 15 Neonazis bei einem Angriff auf eine Diskothek die Aushilfskellnerin Waltraud Scheffler töteten. Zu den regelmäßigen BesucherInnen des »N. Ostrowski« gehörten auch die Rädelsführer des Pogroms und die zwölf Angeklagten im Alter zwischen 20 und 25 Jahren, die von hier aus in den späten Abendstunden am 19. Februar 1993 aufbrachen, »um Zecken zu klatschen« und dabei Maik Zerna, den 23jährigen Schlagzeuger der nicht-rechten Band Necromantics töteten und dessen Bruder sowie weitere linke Jugendliche schwer verletzten. ■

Literatur und Filme zum Nach- und Weiterlesen bzw. -schauen:

Antifaschistisches Infoblatt Nr. 41, November /Dezember 1997

»Viele habe ich erkannt« (D 1992/ 25 Min.), Julia Oelkers/Lars Maibaum. Dokumentarvideo mit einem ehemaligen Vertragsarbeiter aus Hoyerswerda zum Pogrom: Bestellbar über: autofocus videowerkstatt: www.videowerkstatt.de/

»Die Polizei griff nicht ein...«

Interview mit Flüchtlingen aus Hoyerswerda aus dem AIB #16/Winter 91/92

Der Text ist aus einem Interview entstanden, das wir Mitte Oktober 1991 mit Pierre, Robert und Jean (Namen geändert) geführt haben. Die drei lebten zur Zeit der Pogrome als Flüchtlinge in den Wohnheimen in Hoyerswerda. Sie äußern sich zu den Lebensbedingungen und Angriffen auf ihr Wohnheim, zu ihrer Flucht nach Berlin und der dortigen Unterbringung. Unsere Fragen, die sich lediglich auf den Gang der Ereignisse bezogen, wurden zwecks besserer Lesbarkeit weggelassen.

Empfang und »Betreuung« in Hoyerswerda

Pierre: In Hoyerswerda waren Vietnamesen, Äthiopier, Rumänen, Jugoslawen, Kameruner, Ghanesen, Senegalesen, Angolaner... Wir kamen aus verschiedenen Orten. Einige aus Frankfurt, andere kamen aus Berlin und es gab auch welche, die aus Zittau kamen, die ihr Verfahren im Osten begonnen haben. Manche kamen auch aus Niedersachsen.

Wir kamen zuerst nach Chemnitz. Von dort wurden wir nach Hoyerswerda geschickt. Am Anfang fühlten wir uns gut aufgenommen. Nach einem Monat stellten wir fest, dass die Bevölkerung uns nicht gut gesonnen war. Man beleidigte uns, man bedrohte uns auf der Straße, sie griffen uns an, sie belästigten uns. So waren wir gezwungen, nur noch in Gruppen auszugehen. Gingst du raus zum Telefonieren gab es Probleme; gingst du einkaufen, wurdest du bedroht, all das. So haben wir schnell verstanden, dass die Leute von Hoyerswerda uns nicht mochten.

Was die Behörden angeht: Wir wurden nicht gut betreut. Selbst zu Beginn der Probleme haben die Behörden uns nicht geschützt. Ihr Engagement war nicht gerade ausreichend. Und zu unseren Informationen: Wir waren nicht wirklich informiert. Nehmen wir einen Fall als Beispiel: In Deutschland gibt es seit August ein Gesetz, dass die Arbeit für Asylbewerber regelt. Seit dem ersten August haben alle Asylbewerber das Recht zu arbeiten. Aber uns gegenüber haben sie das verschwiegen. Sie wollten uns nicht mitteilen, dass wir arbeiten dürfen. Wir übten Druck auf die Behörden aus, uns die Arbeitserlaubnis zu erteilen. Und selbst als sie mitbekommen hatten, dass wir die Information besaßen, waren sie noch immer unwillig; sie haben uns die Genehmigung nicht erteilt.

Also, es gab eine Menge vorenthaltener Informationen. Grund für uns, uns Anwälte zu suchen, die sich ein wenig für Betreuung, Schutz und Informationen einsetzen.

Robert: Als es um die Anwälte ging, sagten sie uns, sie könnten keine für uns finden, in Ostdeutschland sei es unmöglich und wenn wir im Westen suchen würden, könnte das sehr lange dauern. Daher würden wir sowieso in keiner Frage Erfolg haben. Das teilten sie uns offiziell mit. Wenn wir andere Fragen oder Probleme hatten, z.B. wie wir den Ort wechseln könnten, sagten sie: »Wir können euch nicht helfen, das ist euer Problem. Ihr seid hier hergekommen mit euren Problemen, jetzt löst sie auch selbst.«

Unter den Sozialarbeitern war einer mit Erfahrungen im internationalen Recht. Er hat über sechs Jahre in Kolumbien gearbeitet. Als wir uns an ihn wandten, weil einige Leute auf der Straße angegriffen worden waren, sagte er immer nur: »Kein Problem.« Immer nur: »Kein Problem.« Und immer wuchs das Problem, bis schließlich das Heim, in dem wir lebten, angegriffen wurde. Schon am Anfang stellte sich die Polizei auf die Seite der Faschisten. Ihr wisst, Hoyerswerda ist eine kleine Stadt. Man trifft sich, man kennt sich, und darum können sie sich nicht mit denen hauen. Schließlich kam die Polizei aus Leipzig und anderswo mit Hubschraubern und schützte uns, bevor wir evakuiert wurden.

Die Angriffe begannen beim Heim der Mosambikaner (dem Arbeiterwohnheim, Anm. d. Red.). Schon oft waren sie auf der Straße geschlagen worden und Schritt für Schritt kamen sie (die Angreifer, Anm. d. Red.), um das Heim anzugreifen, bis schließlich

viele im Krankenhaus lagen. Danach ging das dann mit den Vietnamesen los. Da wurden ihnen auf der Straße Dinge nachgerufen. Auch Leute von uns wurden geschlagen, als sie zur Kirche oder woandershin gingen. Schließlich kamen sie, um unser Haus anzugreifen: Mit Raketen und Tränengas schossen sie, und alles wurde wie auf einem Kriegsschauplatz, nein, ein Schlachtfeld war es.

Die Angriffe auf die Heime

Pierre: Sie begannen die Angriffe bei den Mosambikanern und danach bildeten sich Gruppen. Sie hatten auch Hunde. Wenn ein Ausländer auf der Straße an ihnen vorbeiging, ließen sie den Hund auf ihn los, und so etwas machten sie jeden Tag. Die Polizei griff nicht ein, wir verstanden es nicht. Und dann, es war der 20. September, griffen sie uns an.

Während des Tages, bevor sie kamen, gaben unsere Sozialarbeiter uns zu verstehen: »Heute wird der Angriff sein. Also bereitet euch vor: Schlaft nicht, seid vorsichtig, schließt die Fenster usw. – sie werden kommen und euch angreifen.« Also, es war, als ob es vorbereitet gewesen wäre. Ganz Hoyerswerda wusste es, dass wir an diesem Tag zu dieser Zeit angegriffen werden würden. Als der Angriff dann begonnen hatte und wir einige Blicke nach draußen riskierten, sahen wir einige von den Sozialarbeitern, die bei uns arbeiteten, unter diesen Gruppen. Sie taten nichts, sie sahen nur zu. Wir verstanden es nicht. Es war wie eine vorbereitete Sache, vorbereitet von der ganzen Bevölkerung der Stadt.

Robert: Wir taten nichts. Für mich und ich glaube für viele andere ging es nur darum, uns zu verstecken. Wir hatten nicht einmal Tränengas, gar nichts, außer dem Tisch, von dem wir aßen oder das Bett, auf dem wir schliefen. Wir sagten ganz offen, dass wir nichts hatten, um sie abzuwehren. Sie hätten kommen und uns töten können.

Pierre: Am zweiten Tag des Angriffs hatten wir Steine gesammelt und sie nach drinnen gelegt. Als die Skinheads eintrafen, kamen die Sozialarbeiter zu uns und nahmen alles weg, was wir vorbereitet hatten: Die Steine, die Flaschen, sie haben das alles weggeworfen. Sie verboten uns, auf die Angriffe zu antworten, uns zu verteidigen. Sie haben alles konfisziert, was wir als Waffe oder Instrument zur Selbstverteidigung hatten.

Also, als sie ankamen (gemeint sind die rund 400 antirassistischen Unterstützer_innen, die am 22. September, dem vierten Tag der Angriffe, mit einem spontanen Autokonvoi aus Berlin nach Hoyerswerda aufbrachen; Anm. d. Red.) verlangten drei aus diesen Gruppen von der Polizei die Erlaubnis, in unser Haus kommen zu dürfen, um uns einige Fragen zu stellen. Die Polizei stimmte nicht zu, doch wir bestanden darauf. Wir wollten mit diesen Leuten reden, damit sie wüssten, was hier vor sich geht. Auch unsere Sozialarbeiter wollten sich nicht darauf einlassen. Aufgrund unserer Beharrlichkeit gestatteten sie schließlich zwei oder drei Leuten aus diesen Gruppen, sich mit uns zu unterhalten.

Die Evakuierung

Robert: Manchmal kamen Leute, die von diesen Vorfällen am Anfang gehört hatten, um festzustellen, was unsere Probleme sind. Auch Journalisten. Sie kamen vom Fernsehen, um zu fragen, was los ist. Aber Frank, unser Sozialarbeiter, verwehrte ihnen den Eintritt. »Es geht ihnen gut«, sagte er, »es gibt keine Probleme und keine Erlaubnis, sie selbst zu fragen.« Er wollte nicht, dass die internen Probleme in unserem Haus genauer bekannt werden.

Pierre: Seit ihr da gewesen wart (gemeint ist der Autokonvoi; Anm. d. Red.), von diesem Punkt an sagte der sächsische Innenminister, dass er uns nicht länger schützen könne, da man das nicht länger bezahlen könnte. Also gab es die Entscheidung, dass wir Hoyerswerda verlassen sollten. Sie kamen um 14 Uhr, am Montag den 23. September. Um 14 Uhr teilten sie uns die Entscheidung mit, dass wir um 15 Uhr den Ort verlassen müssten. Also gaben sie uns eine Stunde, uns vorzubereiten, unsere Sachen zu packen und abzufahren. Das Ziel war uns unbekannt. Wir diskutierten, dass wir so nicht fahren könnten, ohne zu wissen, wohin sie uns bringen. Aber sie bestanden darauf und wir konnten nichts machen. Wir mussten es ganz einfach so hinnehmen. Es gab drei Busse. Wir Afrikaner waren alle in einem. So verließen wir Hoyerswerda. Als wir abfuhren, wurde ein Bus angegriffen. Das heißt, die Skinheads waren da. Von der Seite warfen sie Steine auf einen der Busse. In unserem Bus war ein Mitarbeiter des Sozialamts. Vor uns fuhr ein Lastwagen mit Soldaten (wahrscheinlich Bundesgrenzschutz; Anm. d. Red.). Als wir auf der Landstraße waren, kehrten die Soldaten um und wir blieben dort allein. Wir fuhren bis zu einem entfernten Dorf, das Meißen heißt. Bevor wir in den Ort fuhren, sahen wir auf den Brücken die Parolen »Ausländer raus«. Wir verstanden genug deutsch um zu wissen, dass dies die Parolen der Faschisten, der Rassisten sind.

So hatten wir schon im voraus Angst vor diesem Ort, da wir Hoyerswerda ja genau wegen dieser Dinge verlassen mussten. Wir kamen also in Meißen an, und es ist überall dasselbe. Vor allem war der Ort nicht angemessen. Es war ein isolierter Platz in einem Wald. In Hoyerswerda waren wir in einer Stadt mit all ihren Möglichkeiten. Aber dort in Meißen, das war eine Katastrophe, schlimmer als vorher in Hoyerswerda. Wenn es da einen Angriff gegeben hätte, wären wir nicht in der Lage gewesen, die Polizei rechtzeitig zu verständigen oder uns selbst zu verteidigen. So beschlossen wir, den Bus nicht zu verlassen, obwohl uns der vom Sozialamt dazu

→

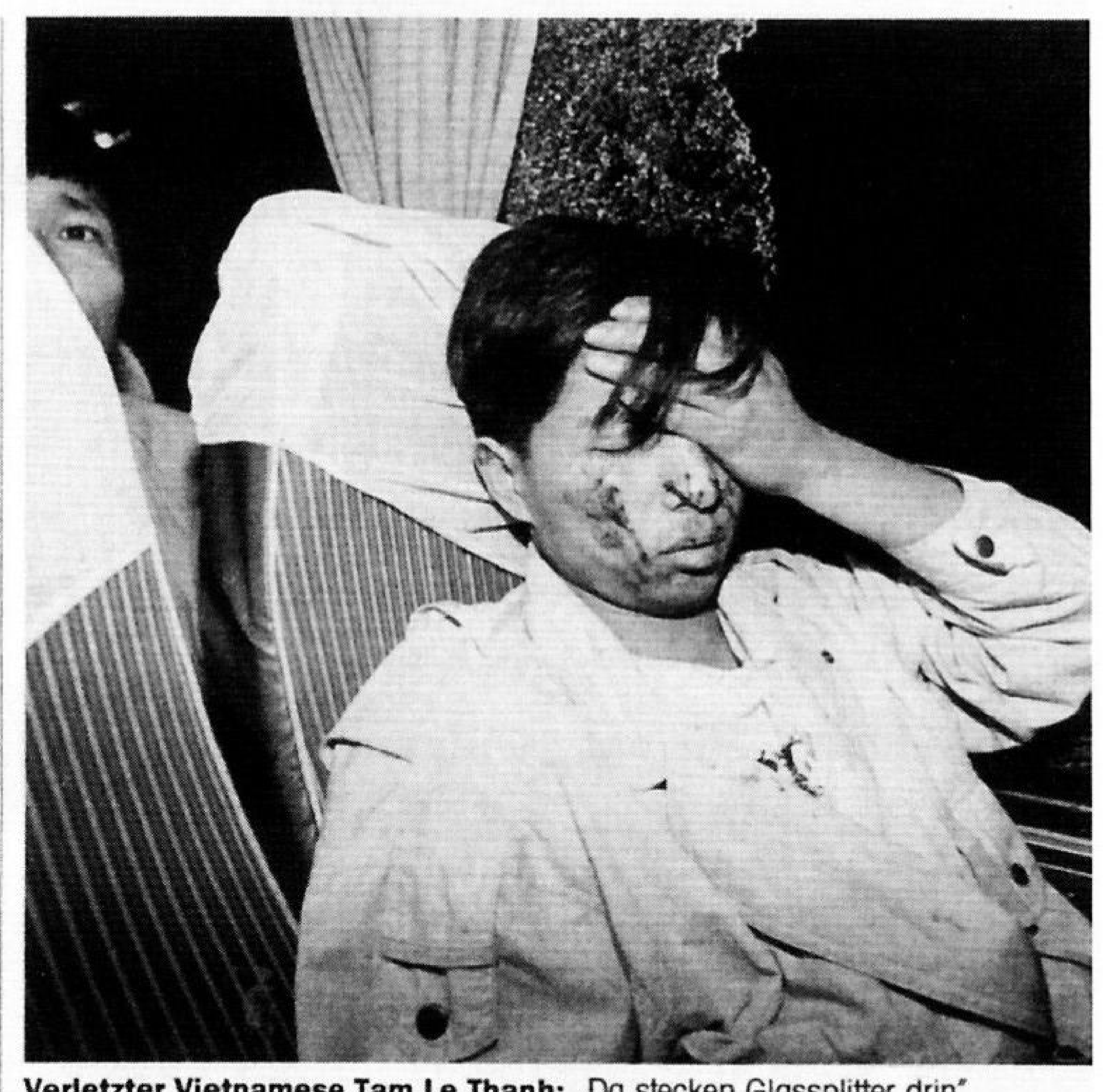
zwingen wollte. Schließlich haben sich der Typ und der Busfahrer ein Taxi rufen lassen und sind zurückgefahren.

Über die anderen Busse wissen wir nichts. Es waren nur wir Afrikaner, die in Meißen waren. Also blieben wir im Bus und verbrachten dort die ganze Nacht, ohne irgendwas zu essen. Wir waren dort völlig verlassen. Es war schon eine seltsame Ecke: Es gab Gleise und Züge fuhren vorbei. Vom Bus aus sahen wir Leute in den Zügen an uns vorbeifahren. Sie beleidigten uns, sie tuschelten über uns, zeigten uns die Finger... und wir hatten schnell kapiert, dass wir hier nicht sicher sein würden, dass es dasselbe wie in Hoyerswerda sein würde. Wir wollten auf den Typ vom Sozialamt warten, damit er nach Chemnitz fährt, wo die Zentralstelle ist und unsere Akten geführt werden. Er sollte von seinem Chef verlangen, uns einen sicheren Platz zu suchen. Wir warteten die ganze Nacht, er kam nicht zurück. Ebenso am Morgen: Wir waren da und warteten, er kam nicht. Es wurde Mittag. Und immer noch sahen wir diese Leute vorbeifahren, die uns beleidigten. Gegen 16/17 Uhr entschieden wir, den Ort zu verlassen, da wir unter diesen Bedingungen nicht weiter im Bus schlafen konnten. Wir bildeten einen Zug von dort bis zum Bahnhof. Dreimal mussten wir gehen, um all unser Gepäck zum Bahnhof zu bekommen. Wenn dieser Ort wirklich sicher gewesen wäre, dann hätte sich doch jemand um uns gekümmert, wenigstens die Polizei angerufen oder so. Aber niemand hat reagiert. Niemand hat uns gefragt, wo wir hin wollen mit unserem Gepäck auf dem Kopf. So haben wir am Bahnhof den Zug nach Berlin genommen.

[1] Faksimile Spiegel / Nr. 40 / 1991

:it in Sachsen [1]

hias Matussek über Hoyerswerda und den Exodus der Asylanten



Verletzter Vietnamese Tam Le Thanh: „Da stecken Glassplitter drin"



Solidarität und Unterstützung

Jean: Wir waren illegal. Gut, glücklicherweise haben eure Gruppen, die autonomen Gruppen uns geschützt in diesen zwei oder drei Wochen und dann hat sich die Kirche um uns gekümmert. Wir haben das Problem erörtert und seitdem warteten wir auf die Entscheidung, ob wir in Berlin bleiben dürfen. Wir kannten Berlin schon recht gut, weil wir hier waren, bevor wir nach Hoyerswerda geschickt wurden. Wir wissen, dass es auch hier Bedrohung und Angriffe geben kann. Aber hier in Berlin sind wir wirklich sicher. Denn wenn etwas passiert, ist nach ein, zwei, drei Minuten die Polizei da und greift ein.

Pierre: Wir wissen genau, dass wir illegal hier waren. Und wir wissen auch, dass wir nicht gegen die Gesetze handeln können, die uns verbieten, ohne Erlaubnis den zugewiesenen Ort zu verlassen. Aber wir haben das aus Notwehr getan. Hier in Berlin kam unsere Angelegenheit auf den Tisch der Regierung. Es gab Treffen, und die Regierung hat sich zusammengesetzt, um unser Problem zu behandeln. Was wir erwarteten war ganz einfach die Entscheidung des Innensenators, dass diejenigen, die hier ihren Asylantrag gestellt haben, in Berlin bleiben können.

Robert: Jetzt sind politische Dinge nötig: Wir haben viele Sachen zurücklassen müssen, in Meißen, in Hoyerswerda, überall. Wir mussten zuerst einmal uns selbst retten. Jetzt, wo die kalte Jahreszeit kommt, fehlt es zum Beispiel an warmer Kleidung. Ob wir die Sachen bekommen oder nicht, wissen wir nicht. Auch das hängt vom Sozialamt ab.

Jetzt zu den anderen Gruppen (die nicht über Berlin nach Hoyerswerda gekommen waren, Anm. d. Red.). Ich finde, Probleme müssen so gelöst werden, wie sie sich stellen. Man kann nach Gesetzen oder Prinzipien handeln. Aber auf der anderen Seite hat jeder das Recht, seinen Aufenthaltsort frei zu wählen. In Deutschland stehen dem vielleicht Gesetze entgegen, aber auf der ganzen Welt kann man selbst entscheiden, wo man leben will. Egal, ob man in dem Land geboren ist oder nicht. Also politisch unterstützen wir sie (die anderen Flüchtlinge, Anm. d. Red.).

Wenn die Frankfurter Stadtregierung in schriftlicher Form zusichert, dass die (Flüchtlinge, Anm. d. Red.), die nicht über Berlin gekommen sind, in Frankfurt bleiben können und dort untergebracht und beschützt werden - okay. Durch eine Erklärung, Einladung oder so. Wenn nicht, dann sollten sie dort nicht hingehen. Denn Faschismus ist Faschismus, ob in Frankfurt oder Berlin. Deshalb müssen sie dem Faschismus entfliehen, nicht irgendwelchen Städten, wisst ihr?

So sind wir ein wenig in zwei Gruppen geteilt, seit sich für einige von uns Probleme gelöst haben. Die Wünsche und Hoffnungen sind ein wenig anders geworden. Aber wir denken immer an die anderen. Und wenn es etwas gibt, was wir tun können, dann werden wir es tun. Aber es hängt auch von euch ab, den Unterstützer_innen. Es gibt nicht genug Unterstützer_innen. Immer irgendeine Aktion, etwas, womit man Druck erzeugen kann. Aber kein Problem, wir werden weiter zusammen für ihren Erfolg arbeiten. ■

»Was wollen die schon wieder hier?«

Ein im September 2011 vom AIB geführtes Interview mit den ehemaligen Vetragsarbeiter Manuel Nhacutou (MN) aus Mosambik sowie Emmanuel Adu Agyeman (EA) und Emmanuel Gärtner (EG), die 1991 unabhängig voneinander aus Ghana geflüchtet waren und zum Zeitpunkt der Angriffe in einem der Wohnheime in Hoyerswerda lebten.

Am Nachmittag des 17. September 1991, einem Dienstag, überfielen Neonazi-Skinheads vietnamesische Händler in Hoyerswerda. Nachdem einige von ihnen festgenommen worden waren, zogen rund 40 Neonazis zunächst vor das Vertragsarbeiter_innenwohnheim in der Albert-Schweitzer-Straße. Später griffen Neonazis auch die Flüchtlingsunterkunft in der Thomas-Müntzer-Straße an. Die fünf Tage andauernden Angriffe gelten als das erste rassistische Pogrom in Deutschland nach 1945.

AIB: Wie haben Sie den Anfang der Angriffe wahrgenommen?

MN: Ich war im Wohnheim. Plötzlich kam eine große Gruppe von Skinheads und fing an, mit Steinen und Flaschen auf unser Haus zu werfen. Wir haben natürlich reagiert, aber es kamen auch Nachbarn aus anderen Wohnblöcken. Die Nachbarn ermutigten die Skinheads, klatschten in die Hände. Viele von denen, die ich vor dem Haus gesehen habe, waren keine Skins, sondern Nachbarn und Kollegen. Viele habe ich erkannt, das war schmerzlich. In der Flüchtlingsunterkunft in der Thomas-Müntzer-Straße gingen die Angriffe zwei Tage später los.

EA: Nach den ersten Ausschreitungen in der Albert-Schweitzer-Straße erhielten wir eine Nachricht von unserem Sozialarbeiter, dass in der Nacht zum Freitag die Neonazi-Skinheads auch zu uns kommen wollten. Abends wurde die Straße zum Schutz mit Mülltonnen und Müllcontainern blockiert. Später kamen viele Neonazi-Skinheads, in der Nacht zündeten sie ein großes Feuer vor dem Haus an und schmissen Steine. Alle Fenster im Wohnheim waren kaputt. Wir sind dann alle aufs Dach hoch, damit niemand verletzt wird. Erst um vier oder fünf Uhr morgens kam die Polizei mit genug Verstärkung. Als wir später mit den Bussen aus Hoyerswerda evakuiert wurden, haben die Nachbarn an der Straße gestanden, haben applaudiert und sich gefreut, dass die Ausländer endlich weg sind – wie zwei Tage zuvor bei den Vertragsarbeitern.

AIB: Nach einiger Zeit im Kirchenasyl, besetzten Flüchtlinge und Unterstützer_innen die T(echnische) U(niversität) Berlin. Wie ging es dann weiter?

EG: Als ich aus Sassnitz auf Rügen (Anm. d. Red.: auch hier wurde ein Flüchtlingsheim von Neonazis angegriffen, einige Flüchtlinge machten sich danach auf eigene Faust auf den Weg nach Berlin bzw. Hamburg) nach Berlin kam, war die TU schon besetzt. Die Situation dort wurde aber immer schwieriger. Deshalb besetzten unsere Unterstützer_innen das Rote Rathaus, um einen Gesprächstermin mit dem Regierenden Bürgermeister Diepgen zu erzwingen. Er sagte Hilfe zu, aber nur für die, die beweisen können, dass sie angegriffen wurden. Alle anderen wurden nicht legalisiert. Wir anderen bekamen das Recht, in Berlin für unser Asyl zu kämpfen.

AIB: Sie waren kürzlich nach 20 Jahren erstmalig wieder in Hoyerswerda. Wie war es dort?

EA: Verglichen mit 1991 hat sich die Stadt sehr verändert, sie ist jetzt grün, sie ist kleiner geworden. Aber die Köpfe der Menschen haben sich nicht geändert. Ich sage nicht: Alle. Aber es gibt Leute, die immer noch faschistisches Gedankengut haben. Als wir am Wochenende dort waren und Manuel uns zeigen wollte, wo er gewohnt hat, hat eine Gruppe Menschen in der Albert-Schweitzer-Straße angefangen, uns zu beschimpfen. Andere kamen vorbei und sagten: »Was wollen die schon wieder hier?«

MN: Nach dem Pogrom von 1991 fanden wir die gleiche Situation vor wie vor 20 Jahren. Da gibt es nicht viel zu sagen. Der Mann, der uns am schlimmsten beschimpft hat, war 1991 wahrscheinlich zwei oder drei Jahre alt. Vielleicht hat er damals neben einem Älteren, seinem Vater, seinem Nachbarn, seinem Bruder gestanden, als sie die Häuser angegriffen haben. Am letzten Samstag stand noch ein kleines Kind neben der Gruppe und hat das alles gesehen. Wenn wir in 20 Jahren wieder dort hinfahren, ist die Situation dann wieder die gleiche? ■



Nicht wegschauen

hinsehen oder hingehen ?

[1] Pöbelnde Neonazis am Rande einer antirassistischen Gedenkdemonstration in Hoyerswerda am 17. September 2011.

Die rassistischen Angriffe im September 1991 in Hoyerswerda – das ist doch schon zwei Jahrzehnte her und im Vergleich zum Pogrom in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 doch relativ glimpflich ausgegangen, lauten einige Stimmen zum zwanzigsten Jahrestag dieses Schlüsseldatums der frühen 1990er Jahre. Der Einfluss, den die Ereignisse jener September-Woche sowohl auf die extrem rechte Organisierung und Konstituierung der Neonaziszene der gesamten 1990er Jahre als auch auf den Alltag von Flüchtlingen und Migrant_innen hatten, wird nach wie vor unterschätzt; und damit auch der Einfluss auf die antirassistischen Bewegungen und Selbstorganisierungen in Ost- und Westdeutschland.

Den fünf Tagen im September 1991, in denen sich in der einstigen sozialistischen Musterstadt Hoyerswerda in der Niederlausitz das erste Pogrom nach 1945 in Deutschland ereignete, kommt aus mehreren Gründen eine besondere Rolle zu, nicht nur für die gesamte weitere politische Entwicklung des neuen Großdeutschlands, sondern auch für die antirassistische und antifaschistische Linke.

Erstmals seit dem Fall der Mauer im November 1989 und der Vereinigung von DDR und Bundesrepublik kapitulierten der Staat und seine Exekutive – Polizei, Verwaltungsbehörden und Justiz – vor rassistischen GewalttäterInnen und der örtlichen Bevölkerungsmehrheit. Die Vertreibung der Vertragsarbeiter_innen und Flüchtlinge aus Hoyerswerda wurde nicht nur zugelassen, sondern gezielt herbeigeführt. Es gab zu keinem Zeitpunkt den Versuch, mit den im nur 2 1/2 Stunden entfernten Berlin vorhandenen, in Masseneinsätzen mehr als erfahrenen Polizeikräften der durchaus überschaubaren Menge der rassistischen GewalttäterInnen entschlossen polizeiliche und strafrechtliche Grenzen zu zeigen.

Damit signalisierten die politisch Verantwortlichen ebenso wie die Exekutive, dass sie bereit waren, bestimmte Gebiete den Neonazis und ihren SympathisantInnen zu überlassen. Und dass sie bereit waren für Minderheiten gegebenenfalls Artikel 1 des Grundgesetzes – die Garantie auf körperliche Unversehrtheit für alle in Deutschland Lebenden – außer Kraft zu setzen.

Diese spezielle Situation während der Ereignisse in Hoyerswerda traf die

autonomen Antifaschist_innen und Antirassist_innen der frühen 1990er überraschend und unvorbereitet: zwar waren seit dem Fall der Mauer und der rassistischen und nationalistischen Mobilisierung viele Antifaschist_innen im permanenten Dauereinsatz bei Nachtwachen vor besetzten Häusern, Zentren und Flüchtlingsheimen; doch auch nach der tödlichen Hetzjagd auf den ehemaligen mosambikanischen Vertragsarbeiter Amadeu Antonio Kiowa im November 1990 in Eberswalde unter den Augen von tatenlosen PolizistInnen hätte sich niemand vorstellen können, dass der Staat wenig später sein Gewaltmonopol quasi unter den Augen von Journalist_innen aus aller Welt ohne Not einfach aufgeben würde.

Die auf das Pogrom in Hoyerswerda folgende Großdemonstration am 27. September 1991 mit 4.000–5.000 überwiegend autonomen Antifas vor allem aus Nord- und Ostdeutschland bildete dann auch den Ausgangspunkt für einen seitdem ungelösten Streit innerhalb der unabhängigen Antifabewegung: Den einen Pol bildeten – und bilden – diejenigen, die de facto Strafexpeditionen für die einzig adäquate Antwort auf derartige rassistische Angriffe hielten und halten und jegliche Diskussionen mit der (lokalen) Mehrheitsbevölkerung für völlig sinnlos erachten. Den Gegenpol bildeten diejenigen, die meinten, mit viel Überzeugungs-, Bündnis- und Bildungsarbeit ließe sich das gesellschaftliche Klima vielerorts verändern. Die unüberbrückbaren strategischen Gegensätze führten auch zu einem Bruch zwischen den mehrheitsdeutschen Antifas und migrantisch organisierten und/oder identifizierten Aktivist_innen, die ihre Perspektiven und Erfahrungen in der autonomen Antifabewegung nicht (mehr) vertreten sahen – und sehen.

Der Streit ums Gedenken

Angesichts der Bedeutung der Ereignisse in Hoyerswerda 1991 ist der zwanzigste Jahrestag des Pogroms und der längst nicht mehr nur vor Ort in Hoyerswerda tobende Streit um ein angemessenes Gedenken und Erinnern aus mehreren Gründen für uns auch Anlass, uns nicht nur darauf zu beschränken, die faktischen und politische Hintergründe für diejenigen transparent zu machen, die vor zwanzig Jahren gerade im Krabbelalter waren.

Vielmehr ist der Streit um die Erinnerung an das Pogrom ein gutes Beispiel dafür, wie wichtig es ist, die (eigene) Geschichte selbst zu (be-) schreiben und die Deutungshoheit nicht politisch Verantwortlichen und Medienmacher_innen zu überlassen – insbesondere wenn es um Schlüsselereignisse der jüngeren Geschichte geht.

Dass dabei die Perspektive der unmittelbar von den rassistischen Angriffen betroffenen Flüchtlingen und Migrant_innen ebenso zur Debatte stehen sollte, wie der Rückblick auf die Erfolge und Misserfolge des eigenen antifaschistischen Handelns, halten wir für besonders wichtig.

Da sich in den kommenden Monaten an vielen Orten die Jahrestage neonazistischer Anschläge und Angriffe jähren, halten wir es für wichtig, diese Jahrestage zum Anlass zu nehmen, den Betroffenen von damals einen öffentlichen Raum zum Sprechen und Gedenken zu geben, den weiteren Werdegang der TäterInnen zu recherchieren und zu veröffentlichen und damit einen weiteren Anlass für öffentliche Debatten im lokalen/regionalen Raum über den Umgang mit Neonazismus zu schaffen. Gedenkorte oder Mahnmale können dabei sowohl wichtige Erinnerungsorte für die Betroffenen als auch Steine des Anstoßes für die Mehrheitsgesellschaft sein.

Back to the future? Nicht wegschauen, hinsehen!

Aber auch die Frage nach antifaschistischen Strategien insbesondere im Umgang mit dem ländlichen und kleinstädtischen Raum stellt sich vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse in Hoyerswerda noch einmal:

Bei einer Veranstaltung mit von den Ereignissen in Hoyerswerda betroffenen Migrant_innen, Flüchtlingen und Aktivist_innen in Berlin am 13. September 2011 wurde die Frage aufgeworfen, ob es angesichts der Zustände in Hoyerswerda nicht angebracht sei, bestimmte Regionen einfach aufzugeben, weil wir nicht mehr in der Lage seien, dort zu intervenieren.

Toni Schmidt von der Initiative Pogrom 91 entgegnete darauf mit einem Slogan der 1990er Jahre: Gerade weil die Situation so sei, müsse die Antifabewegung aufhören, davor die Augen zu verschließen, wieder hinsehen und wieder verstärkt in ländlichen Regionen und Kleinstädten Präsenz zeigen.

Offensichtlich ist der Diskussionsbedarf um eine angemessene Reaktion auf die Normalisierung und Verfestigung extrem rechter Dominanzen und Lebenswelten groß und es bleibt zu hoffen, dass der kommende 20. Jahrestag des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen zum Anlass für eine antifaschistische Standortbestimmung genommen werden wird.

In einem kritischen Rückblick auf das Handeln autonomer Antifaschist_innen fünf Jahre nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen schrieben wir der Bewegung den folgenden Satz ins Merkbuch: »Für die Zukunft müssen wir Lehren ziehen. Statt stets und überall verbal mit radikalen Parolen um uns zu werfen, statt in jedem Einzelereignis die Nagelprobe zu wittern, müssen wir lernen zu erkennen und zu unterscheiden, wann eine echte historische Verantwortung besteht, wann der Lauf der Dinge von unserem Handeln und Unterlassen tatsächlich bestimmt wird.« (vgl. AIB #41). Ein Satz, der auch nach zwanzig Jahren wenig an Gültigkeit verloren hat. ■

NPD-Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern

Die NPD hat sich in Mecklenburg-Vorpommern festsetzen können. Zum dritten Mal innerhalb von fünf Jahren gaben über 40.000 Nordostdeutsche dem wohl radikalsten Landesverband unter Führung von Udo Pastörs bei Wahlen ihre Stimme. Das entspricht dem NPD-Stammwählerlnnenpotenzial. Sechs Prozent der Stimmen wurden bei der Landtagswahl am 4. September 2011 eingefahren. Das bedeutet zwar einen Verlust von rund 1,3 Prozent zu 2006, doch bleibt die Neonazi-Partei in Fraktionsstärke mit immerhin fünf Abgeordneten im Schweriner Schloss vertreten.

Andrea Röpke

Vor allem durch die Unterstützung von »Freien Kräften« wie dem Kameradschaftsnetzwerk Freies Pommern konnte dem Landesverband der NPD ein flächendeckender Wahlkampf gelingen. Bereits am 9. Juli fand die Auftaktveranstaltung in Karow nahe Schwerin statt. In den nächsten Wochen säumten rund 80.000 Plakate die Alleen, Dörfer und Kleinstädte. 200.000 Euro soll die NPD dank anonymer Protegés in den Wahlkampf investiert haben. Ein Teil der Spenden wird dem »millionenschweren Kaufmann« (SuperIllu) und Spitzenkandidaten Udo Pastörs selbst zugeordnet.

Dabei schien der NPD zunächst vor allem das richtige Thema zu fehlen. In einem Bundesland mit nur rund 1,8 Prozent Migrant_innenanteil ließ sich die rassistische Forderung nach der »Trennung von Deutschen und Ausländern im Unterricht« nur bedingt verwenden. Diese Leere wurde durch Aktionismus kompensiert. Zentrale Anlaufpunkte für die Organisation waren das »Nationale Wohnobjekt« in Salchow bei Anklam sowie das »Thinghaus« in Grevesmühlen.

Die Internetpräsenz des Landesverbandes sowie das Nachrichtenportal »mupinfo.de« von David Petereit begleiteten jeden Schritt des Wahlkampfes. Rasant wurden lokale Themen aufgegriffen. So gelang es Udo Pastörs sich als erster Politiker werbewirksam vor die Werkstore einer von Entlassungen bedrohten Eisengussfabrik in Torgelow, nahe der polnischen Grenze zu stellen. Spontan sollen sich rund 50 EinwohnerInnen der Kundgebung angeschlossen haben. Die anderen Parteien schienen ihren Einsatz in Vorpommern wieder mal verschlafen zu haben. Solche Lücken nutzt die NPD. In den letzten Tagen vor der Wahl provozierte und störte Pastörs gezielt Veranstaltungen anderer Parteien. Clever ließ sich der ehemalige Edelsteinhändler bei allen Auftritten filmen. Tag für Tag wurden neue Videobotschaften mit Statements, Provokationen oder Aktionen veröffentlicht. Damit sollte ein Manko, die fehlende TV-Präsenz, ausgehebelt werden.

Geschickt klammerten NPD-Kandidaten kritische Stadtgebiete wie Rostock oder Greifswald aus und setzten alles auf eine Karte in den Regionen, die sich bereits 2006 und drei Jahre später bei den Kommunalwahlen als Hochburgen herauskristallisiert hatten. Apathisch ignorierten Medien und Öffentlichkeit das emsige Treiben der Neonazis. Gerne wurde sich auf die ersten Wahlprognosen von vier Prozent verlassen. Überregionale Medien, aber auch das Bundesinnenministerium, spielten die NPD herunter.

Nach dem, wenn auch knappen, Wahlflop der NPD in Sachsen-Anhalt im Frühjahr und dem Versagen in Bremen zwei Monate später, galt sie als abgeschrieben. Warnungen aus Mecklenburg-Vorpommern verhallten. Dabei hatten Kenner der Szene dort wenig Zweifel am Wiedereinzug der Neonazis ins Parlament. Bereits in der frühen Wahlkampfphase zeigte sich die mangelnde Distanz vieler Wähler_innen zur NPD. Bürger_innen äußerten sich frustriert in deren Videoclips, so als sprächen sie mit einer »normalen« Partei. Längst schien die jahrelange Graswurzelarbeit der Neonazis – zumindest in einigen Regionen – aufgegangen. Hemmschwellen sanken – die Akzeptanz stieg. Die NPD konnte ei-

nen dynamischen und selbstbewussten Wahlkampf führen.

Einzig der zeitnahe Prozess gegen den Nordwestmecklenburger NPD-Kreistagspolitiker Sven Krüger aus Jamel wegen illegalen Waffenbesitzes und gewerbsmäßiger Hehlerei sorgte bundesweit für Schlagzeilen. Bei Prozessbeginn im Juli war die Medienresonanz groß, denn der bullige Bauunternehmer mit der langen Latte an Verurteilungen legte kleinlaut ein Geständnis ab. Als so schnell keine aktuellen Verbindungen zum Wahlkampfkreis um Pastörs, Köster und Co. gezogen werden konnten, verebbte das Interesse. Zudem hatte Krüger sein NPD-Mandat niedergelegt. Krügers Verurteilung und seine Freilassung auf Kaution hatten nur noch einen geringeren Nachrichtenwert.

Inzwischen lassen sich die Neonazis in Mecklenburg-Vorpommern ohnehin kaum noch enttarnen. Die Clique um Pastörs steht längst zu den vielen Straftätern in den eigenen Reihen. Sogar mit den über 30 – wohl rechts motivierten – Anschlägen auf Parteibüros kokettiert die Szene.

Offen redet Udo Pastörs davon, den verhassten »Parteienstaat« bekämpfen zu wollen. Sein Mitstreiter, der NPD-Landtagsabgeordnete Michael Andrejewski aus Anklam provozierte mit einem echten Reizvideo. Ausgerechnet Andrejewski, den viele für einen der geistigen Brandstifter des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen 1992 halten, postierte sich als »Zeitzeuge« mit einem Infostand vor dem elfgeschössigen Sonnenblumenhaus in Rostock. Bis zu 1200 Rechte und SympathisantInnen belagerten vor 19 Jahren die damalige zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber_innen. Brandsätze flogen, Menschen lebten in Todesangst. Es grenzt an ein Wunder, dass niemand getötet wurde. Zum Jahrestag der Angriffe übt sich die NPD um Andrejewski in dreister Geschichtsklitterung, denn nicht »irgendwelche bösen Rechtsextremisten« seien an den Untaten schuld gewesen, sondern in erster Linie die Migrant_innen selbst. Das Video sorgte für keinen Aufschrei. Auch nicht die Tatsache, dass einer der NPD-Direktkandidaten, Stephan Jandzinsky-Joecke, im T-Shirt mit Hitler-Signatur den Wahlkampf unterstützte. Ebenso wenig, dass auch NPD-Landesvorstandsmitglied Alexander Wendt sich offen mit der Unterschrift von Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess auf dem Shirt zeigte. Konspirative Treffen der Szene, wie ein Solidaritätskonzert der Hammerskins für Sven Krüger in Jamel verliefen ungestört. Leider zu spät, erst ganz kurz vor dem Wahltag am 4. September, stellte das Internetportal Vice News ein für die NPD peinliches Video ins Netz. Zu hören waren Drohungen in Jamel und zu sehen ein Grill im »Thinghaus« mit der Aufschrift »Happy Holocaust«. Kleinlaut stotterte Landeschef Stefan Köster in dem Clip herum.

Die Feier am Wahlsonntag erledigte die NPD dann professionell. Presse war nicht zugelassen, ganz kurz durfte das Jubelgeschrei um 18 Uhr gefilmt werden. Nur führende Kader und Parteispitzen hatten sich außerhalb von Schwerin im Pamplower Hof eingefunden. Von den Kadern der »Freien Kräfte« in Mecklenburg-Vorpommern war niemand dabei, auch nicht der Landtagsabgeordnete Tino Müller oder der radikale Drahtzieher David Petereit, der sich einen Platz im Schweriner Landtag sichern konnte. Ihnen scheint der außerparlamentarische Kampf in der Region wichtiger. Der Fraktionsstatus im Schweriner Schloss mit all seinen finanziellen Vorteilen bietet vor allem Mittel zum Ausbau weiterer Infrastrukturen. Die Show dagegen wird Udo Pastörs überlassen. ■

[1] NPD-Propaganda vor dem Sonnenblumenhaus in Rostock, dem Ort des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen 1992.



Isoliert und radikalisiert

Die Berliner Neonaziszene

[1] Etwa 30 Neonazis aus Berlin und Brandenburg provozierten am 22. Januar 2011 mit einem antisemitischen Transparent und Sprechchören auf einer Anti-Gentechnik-Demonstration in Berlin.

Eine Berliner Neonazigewaltkarriere der 1990er Jahre: Am 14. Oktober 1992 versucht der 18-jährige Oliver Werner einen alternativen Jugendclub anzuzünden. Im Oktober 1993 beschlagnahmte die Polizei laut »Drahtzieher im braunen Netz Nr. 2« in Werners Wohnung Bombenbauanleitungen, eine Hülse für Rohrbomben und professionelle Zünder. Am 13. August 1994 beschießt er im Vorfeld einer Antifa-Demonstration mit einer Zwille von einem Hausdach Journalist_innen. Bei einer anschließenden polizeilichen Durchsuchung werden auch Brandsätze beschlagnahmt. Zweieinhalb Jahre später, am 19. Februar 1997, dringt Werners enger Kamerad Kay Diesner mit einer Pumpgun in eine linke Buchhandlung in Berlin-Marzahn ein und feuert auf den 63-jährigen Besitzer. Bei seiner anschließenden Flucht schießt Diesner auf zwei Polizisten, einer von ihnen stirbt. Der Buchhändler überlebt mit bleibenden Schäden.[1]

Die Liste der Taten Werners ist lang: Verstoß gegen das Sprengstoff- und Waffengesetz, Zuhälterei, Körperverletzung, Sachbeschädigung.

Sommer 2011: Am 3. August geraten die zwei für Gewalttaten bekannten Neonazis Sebastian Thom (24) und Julian Beyer (21) mit drei Personen in Streit, die NPD-Wahlplakate entfernt haben sollen. Beyer, NPD-Kandidat für die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in Neukölln, droht laut Polizei mit einem Messer und attackiert eine Person mit Pfefferspray. Auch bei Thom, NPD-Kreisverbandschef von Neukölln und Kandidat für das Abgeordnetenhaus sowie für die BVV Neukölln findet die Polizei Messer und Pfefferspray. Thom ist wegen eines Angriffs auf einen Linkspartei-Infostand im Wahlkampf 2006 und auf einen Polizisten vorbestraft.

Zwischen den Vorkommnissen aus den 1990ern und dem aktuellen Ereignis besteht eine personelle Verbindung: Am 9. Juli 2011 stehen Oliver Werner und sein »Ziehsohn« Sebastian Thom hinter einem Wahlkampfstand der NPD im Neuköllner Stadtteil Britz. Von Werner übernahm Thom sein aggressives Auftreten und wurde von ihm auf die NS-Ideologie eingeschworen. Neben weiteren Mitgliedern des Neuköllner Kreisverbands ist auch Julian Beyer anwesend, der wegen schwerer Körperverletzung und Brandstiftung verurteilt wurde.

Anhand dieses Beispiels lässt sich der Zustand der Berliner NPD sowie der lokalen Neonaziszene insgesamt aufzeigen. Dass Oliver Werner, der in den letzten Jahren die Öffentlichkeit scheute, nun wieder offen in Erscheinung tritt, zeigt exemplarisch: Die Berliner Szene steht unter Druck. Verantwortlich für solche Personalentscheidungen ist die Isolation und die daraus resultierende personelle Schwäche der Berliner Neonaziszene. Der NPD-Verband ist seit Jahren mit einem Mangel an vorzeig-

barem Personal konfrontiert. Ihr Landesvorsitzender Uwe Meenen musste nach innerparteilichen Querelen aus Franken importiert werden. Der Rückgriff auch auf einschlägig vorbestrafte und äußerst gewaltbereite Neonazis und die gesteigerte Militanz und Gewaltbereitschaft der jungen »Kameraden« ist zudem Ausdruck davon, dass sich die Szene von Zivilgesellschaft, Antifa und staatlicher Repression in die Enge gedrängt fühlt. Tatsächlich wurde ihr Handlungsspielraum in den letzten Jahren zunehmend eingeschränkt.

Die NPD im Wahlk(r)ampf

Am 18. September 2011 wurden in Berlin das Abgeordnetenhaus und die Bezirksparlamente (BVV) gewählt. Diesen Wahlkampf zu stemmen, stellte für die Berliner NPD einen Kraftakt dar, hatte sie doch einiges zu verlieren: Seit 2006 saß sie in vier Bezirksparlamenten mit insgesamt elf Verordneten. Auch wenn am Ende der Legislaturperiode wegen interner Konflikte von ursprünglich drei Fraktionen nur noch eine übrig geblieben war – Sitze in Rathäusern bedeuten Aufmerksamkeit und strukturelle sowie finanzielle Privilegien.

Die Konkurrenz durch neue, rechtspopulistische Parteien wie Pro Deutschland und Die Freiheit (Vgl. AIB #90) machte ihr ebenfalls zu schaffen; drohten sie doch, einen Teil des gemäßigteren, nicht NS-affinen, aber rassistischen und autoritären Klientels abzuwerben. Die NPD reagierte defensiv: um wenigstens ihre StammwählerInnenschaft zu halten, führte sie einen plump-rassistischen und antisemitischen Wahlkampf mit Kreuzworträtseln (Lösungswort: »Adolf«) und eindeutig zweideutigen Wahlplakaten (»Gas geben«).

Um in ihrer desolaten Situation überhaupt KandidatInnen aufstellen zu können, wurde von der NPD querfeldein alles genommen, was zu kriegen war: So zum Beispiel Hans-Ulrich Pieper, bekannt von den extrem rechten Dienstagsgesprächen (vgl. AIB #86), Jan Sturm, der seine kommunalpolitische Inkompetenz fünf Jahre lang in der BVV-Neukölln bewies und Enrico Domroese, der aus dem Umfeld der Hammerskins stammt. Aber auch alte Funktionäre der mittlerweile in der Bedeutungslosigkeit versunkenen Republikaner wie Axel Günther und Tibor Haraszti sowie der ehemalige Vorsitzende der im Januar mit der NPD verschmolzenen DVU, Matthias Faust, standen auf den Wahlzetteln. Darüber hinaus setzte die NPD auf eine Anzahl junger, wenig erfahrener Neonazis aus dem gewaltbereiten Kameradschaftsmilieu um die Internet-Seite »NW-Berlin« (Nationaler Widerstand Berlin). Deren Kopf Sebastian Schmidtke ist mittlerweile zum Vize-Vorsitzenden des Berliner Parteiverbands avanciert.

Um den Wahlkampf zu meistern wurden alte Gräben zugeschüttet; es wurde gebündelt, was vorhanden ist: So dankte Udo Voigt selbst »Uwe und seinen Männern« für ihren Einsatz beim Plakate aufhängen. Mit Uwe war Uwe Dreisch, ehemaliger Anführer der verbotenen Kameradschaft »Frontbann 24« (vgl. AIB #86) gemeint. Die Gruppe von erklärten SA-Fans war vor allem Resultat parteiinterner Querelen um den damaligen Landesvorsitzenden Jörg Hähnel und dessen Kontrahenten Hans-Joachim Henry sowie Gesine Hennrich. Dreischs Clique hatte sich später von der Berliner NPD gelöst, da sie dort NSDAP-Nostalgie und Uniformfetisch nicht richtig ausleben konnten.

Am Ende brachte der ganze Wahlkampf der NPD mit mehreren Kundgebungen, einer relativ hohen Anzahl an Wahlständen und -plakaten in einigen Regionen und inszenierten Skandalen jedoch tatsächlich nicht mehr als die anvisierte Mobilisierung ihrer StammwählerInnenschaft. Sie verlor Stimmen und zog lediglich mit je zwei Einzelverordneten in die Bezirksparlamente von Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf ein. In Neukölln scheiterte sie knapp – es fehlten nur 44 Stimmen. Die Konkurrenz von Pro Deutschland und Die Freiheit verblieb sogar lediglich bei 1,2 bzw. 0,9%.

Strategien gesucht

Die Berliner Szene sucht nach Wegen, sich im Gespräch zu halten. Langfristig durchdachte Strategien, mit der misslichen Situation umzugehen, gibt es offensichtlich nicht. Stattdessen wird zunehmend konspirativer, aktionistischer und militanter agiert. Aus Angst vor Gegenaktivitäten wird aufgerüstet und für Aktionen und Demonstrationen Unterstützung aus anderen Bundesländern und dem Ausland geholt.

Aktionistisch wird in die Offensive gegangen und sich das Ziel gesetzt, in links-alternative und migrantisch geprägte Kieze vorzudringen. Sei es durch eine rassistische »Ausländer-Raus-Kampagne«, nächtliche Sprühereien, Sachbeschädigungen oder auch Brandstiftungen an Wohnhäusern. So kommt es seit 2009 immer wieder zu kleineren und größeren Attacken, auch und gerade in den alternativen Stadtteilen Kreuzberg, Friedrichshain, Neukölln und Wedding. Ziele sind vor allem linke Einrichtungen wie Hausprojekte, Läden, Projekträume, Jugendclubs, Kneipen, aber auch Parteibüros der Linken (siehe S. 26) und der Grünen. Orientiert wird sich für die Auswahl der Ziele an der Webseite des »NW-Berlin«, die u.a. Sebastian Schmidtke zugerechnet wird und detaillierte »Anti-Antifa«-Listen über politische Gegner_innen und linke bzw. zivilgesellschaftliche Projekte enthält.

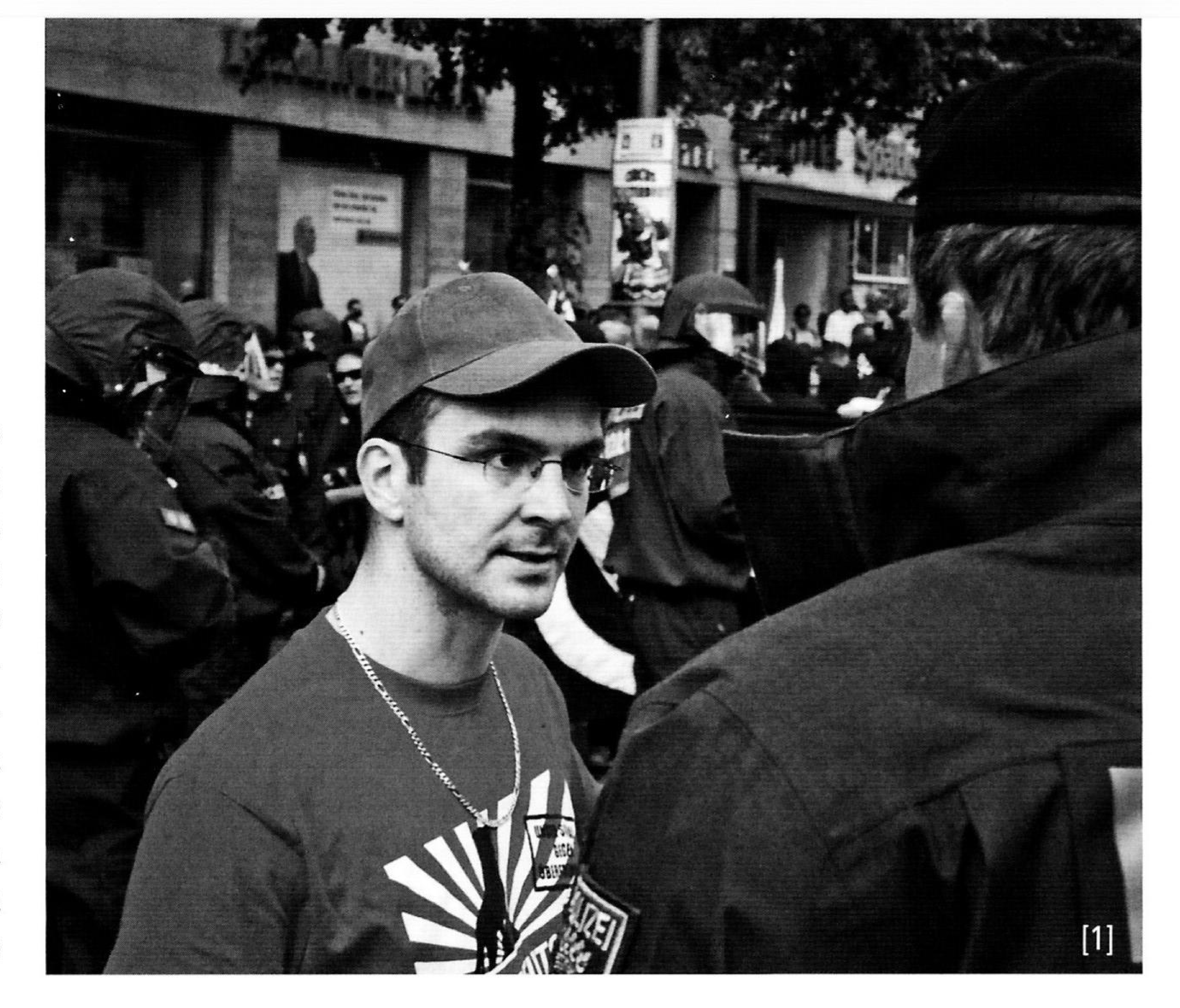
Höhepunkt der Anschlagswellen waren fünf in der Nacht vom 26. zum 27. Juni 2011 verübte Brandanschläge auf linke Einrichtungen in Kreuzberg, Prenzlauer Berg und Neukölln, bei denen der Jugendclub »Anton-Schmaus-Haus« zerstört wurde und nur durch Glück bei den anderen Projekten, die sich in Wohnhäusern befinden, kein →

1| Vgl. AIB #29, #38, weitere Literatur:

Drahtzieher im braunen Netz Nr. 2. Ein aktueller Überblick über den Neonazi-Untergrund in Deutschland und Österreich., Antifasch. Autorenkollektiv, 1996, Konkret Literatur Verlag; ISBN-10: 3894581409 oder ISBN-13: 978-3894581404

Sehnsucht nach Unfreiheit. Der Fall Kay Diesner und die rechte Szene: Ermittlungen am Ort des Geschehens, Laura Benedict, 1998, edition Ost, ISBN-10: 3932180364 und ISBN-13: 978-3932180361

2| Weitere Mitglieder laut Berliner Zeitung vom 03.09.11 / S. 21: *"(...) David G. und Christian B. (beide wegen Körperverletzung vorbestraft), Sebastian Z. und Stefanie P. (beide bekannte Aktivisten der Szene), Stephan A. (Anti-Antifa-Fotograf), und Roland S., (gilt ebenfalls als gewalttätig). Laut Verfassungsschutz ist es der harte Kern der Autonomen Nationalisten."*. http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2011/0903/berlin/0133/index.html



[1] Sebastian Schmidtke wird am 14. Mai 2011 in Berlin-Kreuzberg die vorzeitige Auflösung seiner Demonstration mitgeteilt.

größerer Schaden entstand. Dieses Beispiel zeigt deutlich die Verbindung zwischen den Anschlägen und dem engen Personenkreis um »NW-Berlin«: Nur einen Tag zuvor, nachdem die NPD-Kandidaten Uwe Meenen und Sebastian Thom von Unbekannten angegriffen worden waren, wurde über den Verteiler des »NW-Berlin« folgende Aufforderung verschickt: »Brecht den Terror der Roten! Linke Lokalitäten sind auf der Berliner Widerstandsseite zu finden«.

Auch um auf der Straße Präsenz zeigen zu können, muss die Szene zunehmend verdeckt agieren. Selten wird bei neonazistischen Veranstaltungen überhaupt noch frühzeitig ein Versammlungsort bekannt gegeben. So sollen antifaschistische Proteste erschwert werden. Unterstützung finden die neonazistischen Organisatoren hier bei der Berliner Polizei, die sich aus dem selben Grund rigoros weigert, die Veranstaltungsorte von Neonazidemonstrationen an Journalist_innen und Abgeordnete mitzuteilen. Aufgrund dieser Praxis gelang es im Mai 2011 rund 140 Neonazis aus mehreren Bundesländern, sich am U-Bahnhof Mehringdamm im links-alternativen Kreuzberg zu versammeln und dort Migrant_innen und Gegendemonstrant_innen anzugreifen. Gegenproteste wurden erschwert und die Polizei war überfordert. (Vgl. AIB #91). Nach scharfer Kritik aus der Landespolitik wurde schließlich versprochen, zukünftig spätestens einen Tag zuvor den Ort von Neonazidemonstrationen bekannt zu geben. Im Berliner Wahlkampf wurde selbst dieser faule Kompromiss von der Polizei nicht eingehalten.

Andere Konzepte der Berliner Szene sehen entweder unangemeldete Kleinstversammlungen mit selten mehr als 40 Personen oder mehrere Sammeltreffpunkte am Stadtrand vor, von denen dann, im Falle einer erfolgreichen Blockade des ursprünglichen Versammlungsortes eigenständige angebliche »Spontan«-Demonstrationen durchgeführt werden. Dieser sogenannte »Plan B« scheiterte jedoch am 1. Mai 2010, weil der Großteil der DemoteilnehmerInnen nach einem kurzen Sprint auf dem Kurfürstendamm in der City West im Gewahrsam landete. (Vgl. AIB #87)

Kontinuitäten und Umorientierung

Nach einer Aufschwungsphase Mitte der 2000er Jahre wurde die Berliner Neonaziszene durch Verbote, Haftstrafen und politische Gegenwehr gebremst. Die damals zentralen Kameradschaften »Tor« und »BASO« wurden verboten, nicht wenige Aktive juristisch belangt und einige sogar mit mehrjährigen Haftstrafen belegt. (Vgl. AIB #66, #69) Dies sorgte zwar bei den wenigsten für eine endgültige Einschränkung ihrer Aktivitäten, jedoch für eine gewisse Neuorientierung und Umgruppierung. Die beiden wegen Mordversuchs bzw. gefährlicher Körperverletzung zwischenzeitlich mehrjährig inhaftierten Neonazis Oliver Oeltze und Sebastian Dahl sind mittlerweile der neonazistischen Pseudo-Rockergruppierung »Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft« zuzuordnen. Diese ist zwar politisch bedeutungslos, hat aber aufgrund ihrer jahrzehntelangen Existenz, Gewaltaffinität und ihrer Mitglieder aus der Berliner RechtsRock-Band »Landser« einen gewissen Statuswert innerhalb der Szene. Weitere Neonazis fanden sich – wie erwähnt – auf den KandidatInnenenlisten der NPD wieder. Die meisten aus jenen Zusammenhängen organisieren sich heute in der Struktur um den »NW-Berlin«. Zudem sind einige parallel in der NPD-Jugendorganisation, Junge Nationaldemokraten (JN) organisiert, so zum Beispiel Björn Wild, ehemaliger Führungskader der »Kameradschaft Tor« (vgl. AIB #66) und weiterhin führender Kopf der Berliner »Autonome Nationalisten«-Szene um »NW-Berlin«.

Kontinuitäten bestehen jedoch nicht nur personell, sondern auch im Bestreben extrem rechte Infrastruktur auszubauen. Bereits 2003 führten Berliner Neonazis der »BASO« und »KS Tor« erstmalig eine Demonstration für ein »Nationales Jugendzentrum« durch. Diese Forderung wurde über mehrere Jahre immer wieder im Dezember aufgestellt und zum Teil mit Kampagnen begleitet. Nach Jahren der erfolglosen Appelle kam jedoch die Einsicht, dass von staatlicher Seite den Neonazis niemals ein Zentrum überlassen werden würde, weswegen begonnen wurde, sich selbst um ein Objekt zu bemühen.

Konkret wurden diese Bestrebungen jedoch erst 2010. Im Bezirk Pankow war ein angemietetes Ladengeschäft für einen kurzen Zeitraum Treffpunkt der Berliner Neonazi-Szene. Zwar als »JUZ« bzw. »Nationales Jugendzentrum« bezeichnet, wurde es nie Außenstehenden zugänglich gemacht. Eine integrative Wirkung, um Jugendliche an die Szene zu binden, konnte es so nie entfalten. Das Objekt wurde nach wenigen Wochen

wieder verlassen und ein neues gesucht. Eine Gruppe bekannter Neonazis aus dem »NW-Berlin«-Umfeld gründete hierfür den Tarnverein »Sozial engagiert in Berlin e.V.«, dessen Vorsitz Sebastian Thom innehat.[2] Das von diesem Verein in der Lichtenberger Lückstraße angemietete Ladengeschäft wurde, ähnlich dem Pankower »JUZ«, geheim gehalten und dient als Treffpunkt, Materiallager und Veranstaltungsraum. Nachdem der Neonazitreff durch Antifaschist_innen aufgedeckt wurde, kündigte der Vermieter umgehend. Es ist ein Rechtsstreit zu erwarten.

Parallel etablierte sich 2009 in der Brückenstraße in Schöneweide die rechte Szenekneipe »Zum Henker« und seit Sommer diesen Jahres auch ein »Security- und Outdoorgeschäft« namens »Hexogen«, welches von Sebastian Schmidtke selbst betrieben wird. Beide Orte dienen seitdem der Szene als Anlaufpunkte, regelmäßig kommt es in der Umgebung zu Sachbeschädigungen, Übergriffen und rechten Schmierereien. Es besteht also neben den Versuchen, in andere Bezirke vorzudringen, nach wie vor das Prinzip der Nachbarschaftsdominanz: Jahrelange Schwerpunktgebiete wie Schöneweide, Süd-Neukölln, Pankow und Lichtenberg sollen durch die Ansiedlung von eigener Infrastrukur verfestigt werden.

Großer Aufwand, kleine Wirkung

Höchstens eine von der »NW-Berlin«-Struktur getragene, zusammenhängend inszenierte »Ausländer-Raus-Kampagne« ließ mit einem medial vorhandenen Auslöser sowie einem definierten Anfang und Ende wirklichen Kampagnen-Charakter und damit den Ansatz einer Strategie erkennen. Bei allen weiteren Aktivitäten drängt sich folgender Eindruck auf: Eine strategische Überlegung wird eher durch die antifaschistische Öffentlichkeit hineininterpretiert und erst dann von den Neonazis rückwirkend realisiert bzw. dazu gedichtet. Zufrieden können die Berliner Neonazis damit nicht sein.

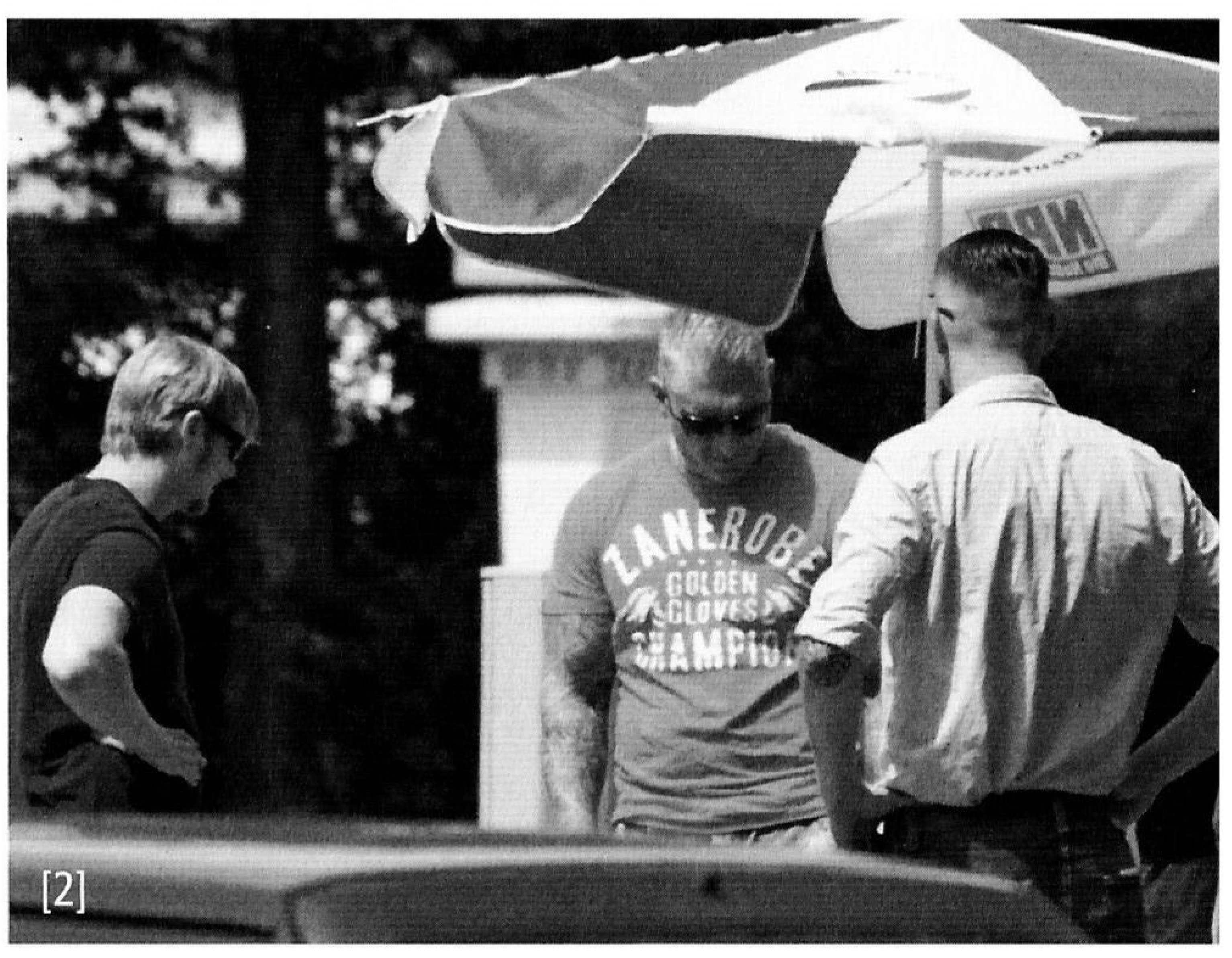
Zwar gelingt es ihnen durch klandestine Organisierung ihre Aktivitäten meist unbehelligt oder weitestgehend abgeschirmt durchzuführen. Jenseits vom engeren Sympathisant_innenkreis können aber so keine weiteren Personen partizipieren, der Teilnehmer_innenkreis bleibt überschaubar. Außerdem ist eine Taktik, die von Geheimhaltung lebt, sehr störanfällig und Antifaschist_innen ist es zunehmend möglich, sich darauf einzustellen – wie die Demonstration am Mehringdamm, aber auch andere Wahlkampfaktivitäten gezeigt haben.

So war für die Nacht vom 6. auf den 7. August 2011 ein geheim vorbereiteter, imposanter Auftritt geplant. Pünktlich um 22 Uhr sollten sich zahlreiche Neonazis mit »schlagkräftiger Unterstützung aus Tschechien« an der NPD-Bundesparteizentrale in Köpenick einfinden. Als ein beeindruckendes Zeichen der Stärke sollten von hier aus in einer Nacht bis zu 40.000 NPD-Wahlplakate flächendeckend in Berlin aufgehängt werden. Wenn man schon mal mit so vielen Kameraden zusammen war, sollte auch gleich noch ein Film eines nächtlichen Fackelmarschs aufgenommen werden. Stattgefunden hat diese Aktion in diesem Umfang nicht. Antifaschist_innen und Journalist_innen machten die Planungen im Vorfeld publik, woraufhin die Aktion vorgezogen werden musste und nur in Berlins Randgebieten mit bedeutend weniger Plakaten und ohne pathetisches Gruppenerlebnis umgesetzt werden konnte. Ohnehin war den Organisatoren offenbar ein fataler Fehler im Datum unterlaufen. Der ganze Aufwand zu dieser Uhrzeit hätte nur wirklich Sinn gemacht, wenn die NPD als erste Partei flächendeckend die Laternenmasten mit ihren Plakaten belegt hätte. Laut Berliner Straßengesetz dürfen Wahlplakate genau sieben Wochen vor einer Wahl an den öffentlichen Straßen und Plätzen auftauchen. Diese Frist hatte aber pünktlich eine Woche vorher, um 0.00 Uhr am 31. Juli begonnen, so dass am 6./7. August 2011 die besten Plätze an Berlins Laternenmasten schon von anderen Parteien übernommen waren.

Deutlich wird: Die Berliner Neonaziszene sieht sich in die Ecke gedrängt, ist organisatorisch und personell schwach und wird deshalb aggressiver. Die hohe Anzahl von knapp 100 kleineren und größeren Sachbeschädigungen in den letzten knapp zwei Jahren verdeutlicht dies und der nun vorerst verlorene »parlamentarische Weg« könnte diesen Trend fortsetzen. Eine langfristig aussichtsreiche Strategie Stärke zu erlangen stellt dies nicht dar. ■



[1] Sebastian Dahl (r.) und Oliver Oeltze (2 v.r.) bei einer Wahlkampfveranstaltung der NPD am 14. September 2011 auf dem Berliner Alexanderplatz



[2] v.l.n.r.: Julian Beyer (NPD Neukölln), Oliver Werner, Jill-Pierre Glaser (NPD Neukölln) am 9. Juli 2011 an einem NPD-Wahlkampfstand in Berlin-Neukölln.

Vorbildlicher Volkstod

Das Neonazi-Netzwerk »Spreelichter«

Rhetorische Weichspülerei ist nicht die Sache des südbrandenburgischen Neonazi-Netzwerks »Spreelichter«. Ihre zentrale Parole lautet »Die Demokraten bringen uns den Volkstod«. Mit theatralischen Aktionen und über ihre Webseiten verbreiten sie den Slogan. Das Konzept – völkische Phrasen vermittelt über moderne PR-Methoden – kommt an und wird mittlerweile bundesweit in der Neonazi-Szene aufgegriffen.

Eine Kahnfahrt im Spreewald

Ein Südbrandenburger Volksfest im Jahr 2006: Beim Spreewaldkorso in Lübbenau schippern dutzende geschmückte Kähne an den etwa 2000 Zuschauer_innen vorbei. Eines der Boote sticht aus der Masse der Traditions- und Trachtenmotive heraus. Zwei Personen stehen mit etwas wackeligen Füßen auf dem Kahn – sie sind in Sensenmann-Kostüme gekleidet und halten ein Transparent mit der Botschaft »Die Demokraten bringen uns den Volkstod«.

Was die Aussage der Aktion genau sein sollte, blieb damals für die meisten der eher konsternierten als aufgebrachten Zuschauer_innen wohl unverständlich. Südbrandenburger Neonazis hatten sich, getarnt als ein »Atari Computer Klub«, für den Korso angemeldet. Mit dem Auftritt wurde höchstwahrscheinlich eine Aktion von Linken aus der Region nachgeahmt: Zwei Jahre zuvor hatte sich eine Gruppe von Antirassist_innen in einen Umzug zur 750-Jahrfeier der Stadt Frankfurt/Oder eingeschlichen und Transparente gegen das europäische Grenzregime gezeigt.

Weites Aktionsrepertoire

Die Lübbenauer Neonazi-Kahnfahrt vor fünf Jahren stellte den Startpunkt für den Aktivismus des heutigen »Spreelichter«-Netzwerks dar, das nach ihrem zentralen Internetauftritt benannt ist. Mit der Rede vom »Volkstod« als Trademark haben die Neonazis in Südbrandenburg ein für das extrem rechte Spektrum ungewöhnlich ideenreiches Aktionsrepertoire entwickelt. Tarn-Auftritte bei Volksfesten, recht aufwändige Street-Art-Aktionen und unangemeldete Demonstrationen gehören dazu – oder es werden die Haustüren von Arbeitsagenturen zugemauert.

Zentrales Standbein ist die durchaus professionelle Aufbereitung der Aktionen über eigene Internetseiten. Mit multimedial gestalteten Berichten soll der eigene Aktivismus vermittelt werden und ist zudem um politische und historische Kommentare sowie Flugblatt-Downloads und Audiomagazine ergänzt. Ihr Anliegen benennen die »Spreelichter« in einem 2009 veröffentlichten Positionspapier: »Es geht um Propaganda – um Propaganda, die unmissverständlich das System als Grund dafür erkennt und benennt, dass unser Volk seinem Tod entgegengeht. Um Propaganda, die den nationalen Sozialismus als einzige Lösung etabliert, die ›Demokratie westlicher Prägung‹ hingegen als todbringende Gefahr der Völker brandmarkt.«

An den Schauplätzen der Aktionen kommen die »Spreelichter«-Botschaften nicht immer so an, wie sie intendiert sind. 2010 pinselten die Neonazis die Parole »Arbeit statt Abwanderung« auf den Parkplatz der Senftenberger Arbeitsagentur. Dem Chef der Behörde gefiel der Slogan so gut, dass er seine Mitarbeiter_innen für ein Pressefoto vor dem »anonymen Hinweis« posieren ließ.

Unsterblich in Bautzen

Vorläufiger Höhepunkt war ein Fackelmarsch von mehreren hundert gleichmäßig maskierten Neonazis durch das ostsächsische Bautzen in der Nacht zum 1. Mai 2011. Die unangemeldete, halbkonspirativ organisierte Demonstration war Auftakt für die neue Kampagne »Werde unsterblich«. Ein Videoclip der Demonstration wird auf einschlägigen Internetseiten begeistert kommentiert. »Das ist die beste Aktion die ich seit Ewigkeiten gesehen habe. Ich hoffe, dass nach dem Aha-Effekt und dem vollkommen verdienten Feiern dieser Aktion auch andere Gruppen ihren Worten Taten folgen lassen«, war etwa im neonazistischen Szeneforum Thiazi zu lesen. Sowohl die Maskenaktionen der »Unsterblichen« (die Idee stammt aus dem Film »V wie



[1] Marcel Forstmeier (mit Mikro) zählt zum Kern des »Spreelichter«-Netzwerkes.

Vendetta«), sowie die älteren Sensenmann-Auftritte mit der »Volkstod«-Parole werden mittlerweile bundesweit in vielen Städten von dortigen Neonazis nachgespielt. Allein über die Thiazi-Diskussion um die »Unsterblichen« erfährt man von mal mehr, mal weniger gelungenen Aktionen in sieben verschiedenen Bundesländern, welche die Bautzener Aktion nachahmen. Die Auftritte in Hannover (Niedersachsen), Döbeln, Rodewisch, Kohren-Sahlis (Sachsen), Gießen, Viernheim (Hessen), Potsdam (Brandenburg), Ludwigshafen (Rheinland-Pfalz), Teterow, Waren (Mecklenburg-Vorpommern) und in Deggendorf (Bayern) sind wie beim Vorbild recht sorgfältig mit Text- und manches Mal auch mit Videoberichten begleitet. Auch der zentrale Internetauftritt des »Spreelichter«-Netzwerks hatte kurzfristig mit den »Elblichtern« in Magdeburg Nachahmer gefunden. Mittlerweile sind diese aber schon wieder auf einen einfachen Twitter-Ticker reduziert. Obwohl die »Spreelichter« selbst alles andere als »Autonome Nationalisten« sind, erntet ihre Medienkompetenz gerade auch in diesem, auf ästhetische Aufbereitung des eigenen Tuns bedachten Spektrum Anerkennung. Für den »Nationalen Widerstand Dortmund« produzierten die Spreelichter unter anderem den Mobilisierungs-Videoclip für den dortigen Antikriegstag im September 2011.

Schon lange Feindbild: Die NPD

Die Homepage der »Spreelichter« ist seit März 2009 aktiv, doch das dahinterstehende Netzwerk existiert bereits bedeutend länger. Kontinuierliches Element war und ist eine ins Extrem gesteigerte völkische Ideologie, verbunden mit einer Ablehnung der als parlamentarisch-angepasst angesehenen NPD. Im Jahr 2004 hatten sich wichtige Teile der Berlin-Brandenburger NPD aus der Partei herausgelöst, weil auf Bundesebene der Bosnier Safet Babic als Europawahl-Kandidat aufgestellt worden war. Der Landesvorsitzende Mario Schulz und JN-Chef Jens Pakleppa traten mit einer großen Gruppe von Getreuen aus der Partei aus. Noch im gleichen Jahr wurde im südbrandenburgischen Vetschau die »Bewegung Neue Ordnung« (BNO) gegründet, die bald unter dem Namen »Ja zu Brandenburg« erfolglos zu den Landtagswahlen antrat. Vor allem unter dem Label »Schutzbund Deutschland« wurde intensive Propaganda betrieben – massenhaft mittels Flugblättern und für den internen Kreis mit Zeitschriften wie »Ein junges Volk«. Das Netzwerk kooperierte zeitweise mit der ebenfalls NPD-feindlichen, völkischen »Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft« (BDVG) in Süddeutschland. Ebenfalls gründete sich 2004 eine »Gesinnungsgemeinschaft Süd-Ost-Brandenburg« (GGSOBB). Bereits 2006 wurde der ultravölkische »Schutzbund Deutschland« verboten. Ein kurz darauf als »Bewegung Neues Deutschland« produziertes Flugblatt brachte den presserechtlich Verantwortlichen Maik Eminger vor Gericht. Die GGSOBB löste sich zum Schein selbst auf. In den zwei Jahren ihrer Existenz war sie an das sächsisch-brandenburgische »Lausitzer Aktionsbündnis« um Sebastian Richter angebunden und betrieb eine nach damaligen Standards professionelle Homepage.

→

→ Wenig später ging eine Homepage mit dem Titel »Jugendoffensive« an den Start, auf der mittels Videoclips und Texten Jugendliche motiviert werden sollten, sich dem »Widerstand« anzuschließen.

Ein Webmaster in Lübbenau

Betreiber von BNO- wie GGSOBB-Homepage war der Lübbenauer Neonazi Marcel Forstmeier, der sein Webmaster-Handwerk in einem landesgeförderten Existenzgründerprogramm erlernt hat. Er war bei einem brutalen Überfall zugegen, bei dem 2005 eine Gruppe Neonazis eine antifaschistische Infoveranstaltung in Cottbus stürmte. Forstmeier, Jahrgang 1981, zählt zum Kern des »Spreelichter«-Netzwerks. Eine der ersten Kampagnen richtete sich 2009 gegen einen lokalen Erdbeerbauern und dürfte ihn in finanzielle Schwierigkeiten gebracht haben. Zuerst wurden verschiedene Flugblätter veröffentlicht. Der Bauer sei nicht nur ein Kapitalist, er setze auch giftige Chemikalien ein und beschäftige obendrein osteuropäische Saisonarbeiter_innen. Später wurden Erdbeerverkaufsstände niedergebrannt und es gab einen Einbruch auf dem Hof des Bauern. Fotos davon tauchten auf der »Spreelichter«-Webseite auf. Die folgende juristische Auseinandersetzung um eines der Hetzflugblätter brachte Forstmeier schlussendlich eine saftige Geldstrafe ein. Ein weiterer alter Bekannter tritt inzwischen in Zusammenhang mit den »Spreelichtern« wieder in Erscheinung. Maik Eminger, ehemals um den »Schutzbund Deutschland« aktiv, engagiert sich mittlerweile für eine Potsdamer Kameradschaft, die zuweilen auch als JN-Stützpunkt auftritt – und massiv auf Propaganda mit der »Volkstod«-Parole setzt.



[1]

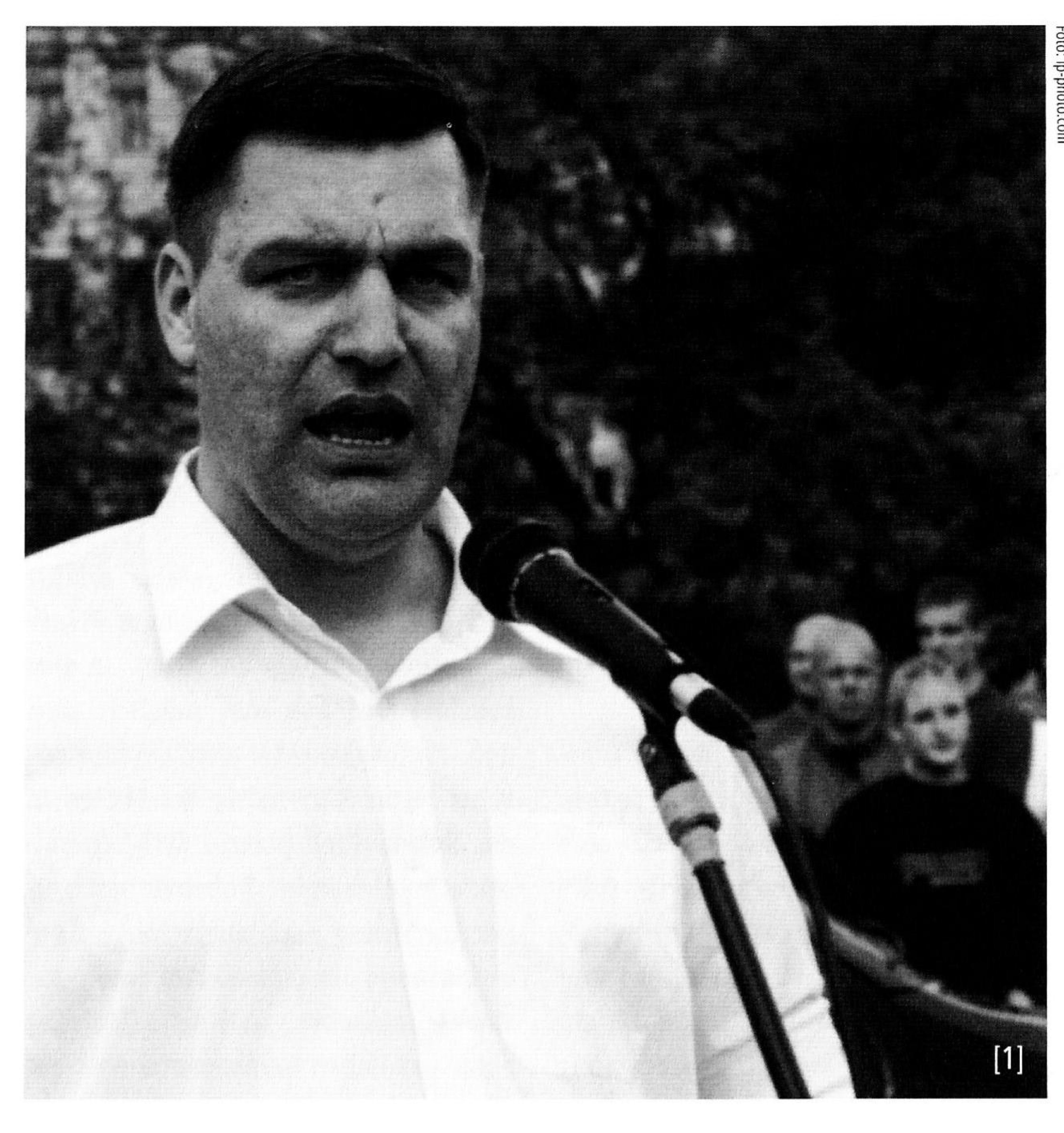
[1] Inszeniertes Pathos: Screenshot des Internetauftritts der «Spreelichter«

Pathetische Phrasen

Neben den sorgfältig vorbereiteten, nachahmbaren und vergleichsweise einfallsreichen Aktionen dürfte die Ästhetik der »Spreelichter« ein wichtiger Faktor sein, der das Konzept zum Erfolgsmodell werden ließ. Die Sprache in den Veröffentlichungen bedient sich eines ausufernden, zuweilen übersteuerten Pathos.

Ein »Heldengedenken« in einem Waldstück 2010 wird auf der »Spreelichter«-Seite so beschrieben: »Vertraut ist das Bild sich versammelnder bekannter und unbekannter Gesichter, die in kleinen Gruppen beieinander stehen. Aufregung und Anspannung sprechen aus den Mienen der Jüngeren, wissend, dass sie die Grenze des Erlaubten schon überschritten haben. Routine und Gelassenheit stehen in den Gesichtern der Älteren. Allzu bekannt ist das Bild, der Klang der vielen leisen Stimmen, der Geruch von nassem Laub. Wer sich an diesem Novemberabend hier eingefunden hat, steht außerhalb der Gesellschaft eines Staates, der die Geschichte seines Volkes verachtet.«

Auf Außenstehende mag solch eine Sprache lächerlich wirken, für Szeneaffine werden jedoch Deutungen angeboten, über die sich das eigene Tun mit einem übergeordneten Sinn ausstatten lässt. Gezeichnet wird das Bild eines totalitären, maschinenartig-seelenlosen und volksfeindlichen Staates, gegen den sich eine mutige und opferbereite Bewegung von »Widerstandskämpfern« auflehnt. Mit literarischen und filmischen Anleihen wird diese Deutung illustriert. Gern wird beispielsweise George Orwells Roman »1984« herangezogen, die Hintergrundmusik zum Video der »Unsterblichen« stammt aus dem Soundtrack von »Matrix Revolutions«. Die Masken bei den »Unsterblichen«-Aktionen sind dann wohl auch weniger Referenz an ähnliche Optik bei den linken »Überflüssigen« oder den »Anonymous«-Hackern, sondern ein direkter Verweis auf den Film »V wie Vendetta«. Die von den »Spreelichtern« zitierten Verweise behandeln allesamt Widerstandshandeln gegen totalitäre Systeme und beschreiben die gemeine Bevölkerung als geblendete, handlungsunfähige Objekte. Mit ihren Aktionen wollen die »Spreelichter« dann auch das verblendete »Volk« aus seiner Lethargie aufrütteln. Damit


Foto: ip-photo.com

[1] Der frühere Brandenburger JN-Landeschef Jens Pakleppa zählt zum Netzwerk ultravölkischer Neonaziaktivisten in Brandenburg.

einher geht ein Selbstverständnis als bereits erweckte, hellsichtige Avantgarde – man beachte nur die Lichtmetaphorik im Namen »Spreelichter« oder bei den Fackelmärschen.

An regulär organisierten Demonstrationen beteiligen sich die »Spreelichter« kaum. Bei den stattdessen durchgeführten Aktionen wird peinlich genau darauf geachtet, die Beteiligten unerkannt bleiben zu lassen. Es soll der Eindruck hinterlassen werden, die smarten, anonymen »Widerstandskämpfer« könnten jederzeit und überall zur Tat schreiten. Kurzum: Es wird ein Mythos konstruiert. Genau hieraus ergibt sich die Attraktivität der »Spreelichter«-Aktionen. Auf dem Fronttransparent der »Unsterblichen«-Demonstration in Bautzen stand »Damit die Nachwelt nicht vergisst, dass du Deutscher gewesen bist«. In Kombination mit den Fackeln, den Masken und der halbkonspirativen Vorbereitung ergibt sich der mythische Gehalt der »Unsterblichen« – und ihr faschistischer Charakter.

Demografie und Demokratie

Neben neonazistischen Standards in der Geschichtspolitik – etwa zum jährlichen Gedenken an den Hitlerstellvertreter Rudolf Heß – und tagespolitischen Kommentaren hat das »Spreelichter«-Netzwerk vor allem die Themen Demokratie und Demografie aufs Tableau gehoben. Die »Demokraten« seien verantwortlich für die Miseren der Jetztzeit, für soziales Elend, Gehirnwäsche und konsumistische Dekadenz. Man müsse sich im Rahmen der eigenen Politik in aller Entschiedenheit und ohne rhetorische Abstriche gegen das gesamte System richten. Dass die NPD bei Wahlen antritt macht sie zur Teilhaberin an ebenjenem System. Die Partei sei »demokratisch« verblendet und darum abzulehnen: »Wer sich aus offenkundig kurzsichtigen oder utopischen Vorstellungen zur Teilnahme an Wahlen der Demokraten entscheidet, stellt sich in der öffentlichen Wahrnehmung bewusst oder unbewusst auf die Seite jener, die denken, man könne alles zum Guten wenden, wenn man alle davon überzeugt, einen hierfür zu erwählen.«

Die sozialen Probleme und den Bevölkerungsschwund in ihrer Region nutzen die »Spreelichter« recht geschickt als Agitationsthemen. An der Abwanderung trage das herrschende System die Schuld: »Die Demokraten bringen uns den Volkstod«. In der überschäumenden Rhetorik der »Spreelichter« tauchen beispielsweise Mechanismen innerhalb des Kapitalismus nicht als Grund für soziale Not auf. Die Schuld wird ausschließlich im politischen System der »Demokratie« ausgemacht. Und der Verfall sei absichtlich hervorgebracht, richte sich gezielt gegen das deutsche Volk. Die »Demokraten« würden den »Volkstod« wollen, sie arbeiteten emsig im Dienst dunkler Mächte an der Ausrottung der Deutschen. Auf der Internetseite der »Unsterblichen« wird die Verknüpfung von Demokratie und Demographie explizit versucht: »Die Unsterblichen sind junge Deutsche, die sich bundesweit auf öffentlichen Plätzen zusammenfinden, um auf das Schandwerk der Demokraten aufmerksam zu machen. Worin dieses Schandwerk besteht? All den skandalösen, lächerlichen, peinlichen und unsinnigen Taten der Demokraten, die wir alle tagtäglich erfahren und erahnen, ist eine Sache gemein: Sie führen in ihrer Gesamtheit zum Tod des deutschen Volkes. Allein die Statistik belegt es. So haben deutsche Frauen im Durchschnitt 1,3 Kinder. Was dazu führt, dass sich unser Volk von Generation zu Generation um etwa ein Drittel verringert.« ■

Tatmotiv Antikommunismus

Anschläge auf linke Parteistrukturen

Ulla Jelpke (Die Linke, MdB)

Ulla Jelpke ist Abgeordnete der Linksfraktion im Bundestag und deren innenpolitische Sprecherin

Im Schnitt wurde im Sommer 2011 alle zwei Tage ein Angriff auf ein Büro der Linkspartei verübt. Mal fliegen Steine durch die Scheiben, mal sind es potentiell lebensbedrohliche Stahlgeschosse. Mal werfen Neonazis Akten durcheinander und zertrümmern Computerbildschirme, mal wird ätzende und übelriechende Buttersäure ins Büro gegossen, dann wieder werden die Schlösser verklebt. Eine von der Bundestagsfraktion erstellte unvollständige Auflistung extrem rechter Gewalttaten und Übergriffe gegen Die Linke zählt weit über Hundert solcher Fälle zwischen Januar 2010 und Juni 2011 auf. Immer wieder werden neonazistische Parolen und Morddrohungen an die Wand gesprüht – damit klar ist, wer für die Anschläge und Zerstörungen verantwortlich ist. Ebenfalls von rechten Anschlägen betroffen, wenn auch in deutlich geringerem Maße als die Linkspartei, sind Büros der SPD, der Jusos, der Falken sowie der Grünen. Bei einem Brandanschlag wurde Ende Juni 2011 das »Anton-Schmaus-Haus« der Falken in Berlin-Britz so stark zerstört, dass es vorerst nicht für die Kinder- und Jugendgruppenarbeit weitergenutzt werden kann. Das nach einem von der SA ermordeten Aktivisten der sozialistischen Arbeiterjugend benannte Falkenheim war in der Vergangenheit schon öfter Ziel von Neonazi-Attacken und auf der Internetseite des »Nationalen Widerstands Berlin« als potentielles Anschlagsziel mit Adresse und Fotos genannt. Auch auf mehrere andere linke Projekte in Berlin gab es Ende Juni Brandanschläge (vgl. S. 18).

Aufgeklärt werden die meist nächtlich verübten Anschläge nur selten. Nachdem im Juli und August eine Reihe von Anschlägen auf SPD-, DKP- und Linkspartei-Büros in Dortmund, Siegen und Hamm begangen und Drohparolen an die Wohnhäuser von bekannten Antifaschisten geschmiert wurden, wiegelte die Polizei mit Verweis auf den alljährlich von Neonazis Anfang September durchgeführten »Nationalen Antikriegstag« in Dortmund ab: »In den Wochen davor häufen sich Angriffe rechtsextremer Täter auf die Büros linksgerichteter Parteien – das ist jedes Jahr dasselbe und für uns nichts Neues«, erklärte der Dortmunder Polizeisprecher Wolfgang Wieland derartige »Störaktionen« zur Normalität. Obwohl die Dortmunder Neonaziszene auch polizeibekannt ist, wird kaum nach den Tätern gesucht. Nachdem mein Dortmunder Wahlkreisbüro in der Nacht vom 19. auf den 20. Juli 2011 bereits zum sechsten Mal Ziel eines neofaschistischen Angriffs war, wurde das »Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt« von der Staatsanwaltschaft Dortmund in einer Rekordgeschwindigkeit von nicht einmal fünf Tagen eingestellt, »weil ein Täter nicht ermittelt werden konnte«. Dazu hieß es: »Weitere Nachforschungen versprechen zur Zeit keinen Erfolg.«

Während Anschläge auf linke Parteibüros und Treffpunkte für die Polizei vielerorts zur Bagatelle erklärt werden, heizen die Springer-Presse und Unionspolitiker das Klima, in dem solche Anschläge erst möglich werden, mit primitivster antikommunistischer Hetze nachhaltig an. Mitten in das Sommerloch platzte CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt mit seiner Forderung nach »verschärfter Beobachtung« der Linkspartei durch den Verfassungsschutz und der Einleitung eines möglichen Verbotsverfahrens gegen Die Linke. Erst wenige Tage davor hatte Dobrindts Parteifreund, Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, ein neues Verbotsverfahren gegen die faschistische NPD abgelehnt. Als Begründung für Dobrindts Forderung musste einmal mehr ein Vortrag der Linke-Vorsitzenden Gesine Lötzsch auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz im Januar in Berlin herhalten. Entsprechend der Aufgabenstellung der Konferenz hatte sie in ihrem zuvor bereits in der Tageszeitung junge Welt veröffentlichten Beitrag angegeben, »neue Wege zum Kommunismus« zu suchen. Diese verliefen bei ihr freilich nicht über eine gewaltsame Revolution und endeten auch nicht in der Diktatur des Proletariats. Vielmehr erteilte die Linksparteivorsitzende autoritären Sozialismusmodellen eine klare Absage und skizzierte eine sozialdemokratische Reformstrategie. Allein der Gebrauch des bösen »K-Wortes« hatte im Januar schon die Unionsparteien und die rechte Presse auf die Barrikaden getrieben. Dass an der Konferenz auch die DKP-Vorsitzende Bettina Jürgensen und



[1]

die von der bürgerlichen Presse unisono als »Ex-Terroristin« titulierte Linksaktivistin Inge Viett teilnahmen, wurde Lötzsch ebenfalls zur Last gelegt.

Dobrindt warf der Linkspartei auch vor, sie wolle eine andere Republik, weil sie den Kapitalismus zu überwinden versuche. Zurecht hat der Ko-Vorsitzende der Linkspartei, Klaus Ernst, in einem Kommentar für das »Neue Deutschland« darauf hingewiesen, dass Dobrindts Äußerungen »anmaßend, bedenklich und bestürzend zugleich« sind. Anmaßend sei die Forderung nach dem Linksparteiverbot insbesondere, da das Grundgesetz zwar die Menschenwürde, die demokratische Willensbildung, die Meinungsfreiheit und den Sozialstaat schütze, nicht aber den Kapitalismus.

Auch 22 Jahre nach dem Ende der DDR muss die Mauer- und Stasi-Keule dafür herhalten, jede Kritik am Kapitalismus zu diskreditieren. Jede Alternative soll so von vornherein als »stalinistisch« und letztlich im Gulag endendes Unrecht diffamiert werden. Glücklicherweise lassen sich davon angesichts der tatsächlichen Verwerfungen des Kapitalismus und dessen weltweiter Krise immer weniger Menschen beeindrucken. Dort, wo Die Linke bei Wahlen Stimmen verliert, hat dies nicht mit ihrer differenzierten Positionierung zur DDR-Vergangenheit, sondern eher mit einer zu starken Anpassung an bürgerliche Realpolitik in der Gegenwart zu tun. Dass der von Dobrindt und Konsorten gepredigte Antikommunismus damit keinen fruchtbaren Boden mehr finden würde und nur noch den rechten Rand der CSU bindet, wäre allerdings ein Fehlschluss. Denn in Teilen der bürgerlichen wie extremen Rechten hat längst eine Neuinterpretation dessen, was unter »Sozialismus« oder »Marxismus« verstanden wird, stattgefunden. Dies verdeutlichen die Anschläge von Oslo im Juli diesen Jahres.

Dass Islamhass ein zentrales Motiv für diese Anschläge mit 77 Toten war, wurde weithin zur Kenntnis genommen. Doch nicht etwa einer Moschee oder explizit muslimischen Jugendlichen galten die Anschläge von Anders Behring Breivik. Sie richteten sich vielmehr gegen die sozialdemokratische Regierung und ein Ferienlager der Arbeiterjugend. Aus der Sicht des Attentäters war dies durchaus schlüssig. Denn das zweite zentrale Feindbild Breiviks war der »Marxismus« beziehungsweise der »Kulturmarxismus«. »Marxisten« würden Hand in Hand mit der arabisch-islamischen Welt und vermittelt durch die Ideologie des Multikulturalismus an der Islamisierung Europas arbeiten, lautet die in Breiviks 1500-seitigem Manifest verkündete Verschwörungstheorie. Die »Marxisten« sind für Breivik bereits die keineswegs radikalen Sozialdemokraten der in Norwegen regierenden Arbeiterpartei und ihre Jugendorganisation Arbeiterjugend. Die meisten der Toten waren Mitglieder der Arbeiterjugend. Damit handelt es sich bei dem Anschlag auf der Insel Utoya um das schlimmste Massaker an Sozialisten in Europa, das seit Entstehen der Arbeiterbewegung in Friedenszeiten außerhalb von Kriegen und niedergeschlagenen Revolutionen begangen wurde. Dass Antikommunismus ein so entscheidendes Motiv für den Massenmord von Oslo war, bleibt in der öffentlichen Wahrnehmung allerdings weitestgehend unbemerkt.

Um nicht missverstanden zu werden: Natürlich besteht ein Unterschied zwischen der unsinnigen Forderung nach einem Verbot der Linkspartei und den als Akte der Selbstjustiz von Neofaschisten verübten Anschlägen auf Parteibüros. Und glücklicherweise waren bei diesen Anschlägen bislang keine Toten zu beklagen. Von Einschüchterungsterror gegen die Linkspartei kann durchaus gesprochen werden, von Terrorismus (noch) nicht. Dennoch ist Wachsamkeit geboten. ■

[1] Am 18. Mai 2011 beschädigten Unbekannte das Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten Halina Wawzyniak (Die Linke) in Berlin-Kreuzberg. Vier Tage zuvor versuchten Neonazis hier einen Aufmarsch durchzuführen.

Tatmotiv: »Ausländerhass«

Das Urteil im Prozess um den Mord an dem 19-jährigen Kamal Kilade in Leipzig am 24. Oktober 2010 ist bemerkenswert. Nach fünf Verhandlungstagen kam die Schwurgerichtskammer am Landgericht Leipzig zu der Überzeugung, dass die beiden angeklagten Neonazis Daniel Kappe (29) und Marcus Eckardt (33) »nicht wahllos irgendein Opfer« gesucht hätten, »um Aggressionen abzubauen«. Vielmehr hätten sie »ein in ihr Welt- und Feindbild passendes Opfer gesucht und in Kamal Kilade gefunden«.

Den »Ausländerhass« des bekennenden Neonazis Marcus Eckardt, der erst zehn Tage vor dem Angriff auf Kamal aus der Haft entlassen worden war, hielt das Landgericht Leipzig für das »tragende Motiv« für den tödlichen Messerstich gegen den jungen irakischen Migranten – auch wenn während der Tat an sich keine rassistischen Beleidigungen gefallen waren. Entsprechend wurde der einschlägig vorbestraften Marcus Eckardt am 8. Juli 2011 dann auch wegen Mordes zu dreizehn Jahren Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt. Sein Mittäter Daniel Kappe kam dagegen mit drei Jahren Haft wegen vorsätzlicher Körperverletzung glimpflich davon, obwohl er es gewesen war, der den Angriff auf Kamal begonnen hatte. Mit dem Urteil setzte sich die Kammer gleich in zweifacher Hinsicht über die Staatsanwaltschaft Leipzig hinweg: Diese hatte ein politisch rechtes und rassistisches Motiv in allen öffentlichen Stellungnahmen und in der Anklageschrift konsequent verneint und für den Haupttäter lediglich auf eine Verurteilung wegen Totschlags plädiert.

Zum Tathergang stellte das Gericht fest, dass sich Eckardt und Kappe am Abend des 24. Oktober 2010 mit einem ehemaligen Kameraden auf Sauftour begeben hatten, um Eckardts Haftentlassung zu feiern. Am Ende der Nacht ließen sich Eckardt und Kappe bewusst auf der Suche nach »Feinden wie Junkies oder Ausländern« – so der Vorsitzende bei der Urteilsverkündung – von ihrem Begleiter zu einem kleinen Park am Leipziger Hauptbahnhof fahren. Dort wurden die beiden Neonazis auf Kamal wohl deshalb aufmerksam, weil der sich gerade mit seiner Freundin stritt, während ein jüngerer russlanddeutscher Freund etwas abseits auf einer Parkbank den Streit verfolgte. »Gibt es ein Problem?« soll der 19jährige Kamal noch gefragt haben, als er sah, dass die beiden Neonazis zunächst auf seinen Freund einredeten. »Jetzt ja«, antwortete Daniel Kappe nach Überzeugung des Gerichts und ging dann direkt mit Faustschlägen auf den Teenager los. Dem gelang es zunächst noch auszuweichen. Dann jedoch setzte Kappe Pfefferspray ein und Kamal konnte sich nicht mehr wehren. Währenddessen hatte Marcus Eckardt zunächst den 17-jährigen Freund von Kamal bedroht und stach schließlich mit seinem Messer auf Kamal ein.

Neonazi-Hegemonie in Knästen

Anhand der knapp zwei Jahrzehnte umfassenden Knastkarriere des 1978 in Erfurt geborenen Marcus Eckardt wird u.a. deutlich, wie wirkungslos die akzeptierende Sozialarbeit der frühen 1990er Jahre war und wie umfassend die Hegemonie der extremen Rechten in vielen Jugendknästen und Haftanstalten in Thüringen und Sachsen seit Jahren ist. Der von Kopf bis Fuß mit neonazistischen Parolen wie »White Power« und Symbolen wie Hakenkreuzen und SS-Runen tätowierte Eckardt schloss sich bereits 1992 als Dreizehnjähriger der rechten Szene in Erfurt an. Erste Straftaten führten dann u.a. dazu, dass er – unterbrochen von Jugendhaftanstalten – in ein Erfurter Jugendwohnheim zog und von dort aus im Rahmen einer »erlebnispädagogischen Maßnahme« auf eine neunmonatige begleitete Schiffsreise ins Mittelmeer starten durfte. Ab 1998 bis zum 14. Oktober 2010 war Eckardt ununterbrochen in Haft – u.a. in Erfurt, Weimar, Ichtershausen in Thüringen sowie in Tonna, Bautzen und Waldheim in Sachsen.

Die Haftzeit nutzte Eckardt vor allem dazu, sich fester an die Neonaziszene zu binden. In einem angehaltenen Brief aus der Haftanstalt Waldheim berichtete er, er erhalte Unterstützung von »Kameraden«, höre viel »patriotische Musik« und befinde sich seit ca. »acht Jahren in der Bewegung«. Während seiner Haftzeit in der thüringischen Jugendstrafanstalt Ichtershausen wurde Eckardt von der jüngst verbotenen neonazistischen »Hilfsorganisation für nationale Gefangene und deren Angehörige« (HNG)[1] in de-

1| Hilfsorganisation für nationale Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) (Hrsg.): Nachrichten der HNG, Nr. 231/2000, S. 4.

ren monatlicher »Gefangenenliste« aufgeführt (vgl. AIB #80). Und während seiner Inhaftierung in der JVA Tonna im Jahr 2007 wurden in seiner Zelle eine Bauanleitung für einen Brandsatz und eine schwarz-weiß-rote Fahne beschlagnahmt. Abweichler, vermeintliche Sexualstraftäter und Nicht-Deutsche erniedrigte und misshandelte er. Wegen Vergewaltigung in drei Fällen, gefährlicher Körperverletzung in fünf Fällen und Körperverletzung in zwei Fällen – das Opfer war dabei immer ein Mithäftling in der Jugendhaftanstalt Gotha, der von Eckardt und weiteren Mithäftlingen durch gezieltes Verbrühen und Verbrennen mit heißem Wasser und Tauchsiedern regelrecht gefoltert wurde – sowie wegen weiterer Gewaltdelikte u.a. gegen einen Mithäftling, weil dieser nicht »gut genug Deutsch« sprach, verbüßte Eckardt bis zum Oktober 2010 eine Gesamtfreiheitsstrafe von achteinhalb Jahren. Nach seiner Festnahme wegen des Mordes an Kamal fanden die Ermittler in seiner neuen Erfurter Wohnung zwar keine Möbel, aber drei Kisten voller neonazistischer Propaganda und einschlägiger Musik, die aus seiner Haftzeit stammten.

Wenige Tage nach seiner Haftentlassung hatte sich Eckardt eigens in einem Erfurter Waffengeschäft ein Messer mit einer 8,5 cm langen Klinge und ein Pfefferspray besorgt. Dann begab er sich auf Besuchsreise bei »Kameraden«. Die erste Station: Leipzig. Dort wollte er seinen Knastkameraden Daniel Kappe besuchen, den er in der JVA Waldheim kennengelernt hatte.

Unter Neonazi-Schlägern

Daniel Kappes Weg in die Neonaziszene hatte als Teenager in seiner Geburtsstadt Leipzig begonnen; nach einem Umzug nach Aachen im Jahr 2001 schloss sich der Sohn eines sächsischen Polizeibeamten mit enger Elternbindung der Kameradschaft Aachener Land (KAL) an (vgl. AIB #91). Dort fiel er vor allem als brutaler Schläger gegen Linke, aber auch szeneintern auf. Strafrechtliche Konsequenzen hatte sein Verhalten in drei Fällen. Im Oktober 2005 hatte Kappe in Langerwehe bei Aachen einen nicht-rechten Jugendlichen u.a. als »Scheiß Zecke« beschimpft und ihn körperlich bedroht. Im Februar 2007 verurteilte das Landgericht Aachen Kappe wegen unterlassener Hilfeleistung; er hatte tatenlos zugesehen, als eine junge Frau aus dem Umfeld der KAL von zwei Kameradschaftsaktivisten misshandelt wurde. Im gleichen Jahr verurteilte das Landgericht Aachen ihn wegen Geiselnahme und gefährlicher Körperverletzung zu drei Jahren Haft. Gemeinsam mit anderen Neonazis hatte Kappe bei einer kameradschaftsinternen Racheaktion zunächst die Schwester eines »Kameraden« über Stunden entführt, um dessen Aufenthaltsort zu erfahren, und war dann über den Mann hergefallen. Absitzen musste Kappe die Strafe u.a. in der sächsischen Haftanstalt Waldheim, wo er dann auch Marcus Eckardt kennenlernte. Im April 2010 setzte das Landgericht Chemnitz die Verbüßung von Kappes Reststrafe auf dessen Antrag hin zur Bewährung aus und bescheinigte ihm trotz fortgesetzter Kontakte zur Neonaziszene eine »günstige Sozialprognose«. Im Prozess vor dem Landgericht Leipzig bemühte sich der 29-jährige Kappe sehr, sich als Aussteiger aus der Neonazi-Szene zu präsentieren. So behauptete er beispielsweise, nach seiner Haftentlassung im Mai 2010 kein Geld gehabt zu haben, um sich »neutrale« Kleidung zu kaufen. Nur deshalb habe er am Tatabend ein T-Shirt mit dem Aufdruck »Kick off, Antifascists« sowie eine Thor-Steinar-Jacke getragen.

In seinem Teilgeständnis griff er zudem tief in die Mottenkiste der altbekannten Entlastungsstereotype. Er sei am Tatabend betrunken gewesen, Neonazi sei er nur geworden, weil er als Sachse in Aachen keine andere Wahl gehabt hätte, sich irgendwo an-



[1] Srceenshot: Bild.de vom 08.07.2011
Zu sehen Marcus Eckardt.

zuschließen. Ausländerfeindlich sei er auch nicht, weil er bei seinem Job auch einen kubanischen Kollegen habe. Das Gericht überzeugte Kappe damit zwar nicht, dennoch verzichteten die Richter darauf, der Frage der engagierten und angesichts des staatsanwaltschaftlichen Desinteresses unverzichtbaren Nebenklage nachzugehen, wer Kappes Wohnung nach dessen Festnahme im Fall Kamal Kilade und vor Eintreffen der Durchsuchungsbeamten »gesäubert« hatte. Dubios auch, dass die durchsuchenden Beamten bei ihm lediglich einige neonazistische Pins feststellten, einschlägige Szenekleidung aber mit dem Hinweis, sie hätten nur nach »verbotenen Symbolen« gesucht, schlichtweg ignorierten.

Während Kappe das Urteil annahm und nun auf seinen erneuten Haftantritt wartet, hat Eckardt Rechtsmittel gegen seine Verurteilung eingelegt, über die der Bundesgerichtshof entscheiden muss. Abzuwarten bleibt, ob die sächsische Landesregierung und die Bundesregierung Kamal Kilade nun als Opfer rechter Gewalt anerkennen – bislang war das nicht der Fall.■

Burschenschaftliche Lebenswelten

Ein »Leak« enthüllt Interna der Deutschen Burschenschaft

Heftige Flügelkämpfe, begleitet von der Veröffentlichung umfangreicher interner Dokumente im Internet, erschüttern die Deutsche Burschenschaft. Das »DB-Leak« bietet unter anderem äußerst aussagekräftige Einblicke in die burschenschaftliche Lebenswelt – und zeigt nebenbei, wie der Verband seine Aktivitäten ins benachbarte Ausland auszuweiten sucht.

Einwände gab es nicht. Ohne besondere Debatte nahm die Deutsche Burschenschaft (DB) auf dem Burschentag 2006 den Antrag der Hamburger Burschenschaft Germania an, mit Blick auf die voranschreitende europäische Integration die »burschenschaftlich-politische Ausrichtung« des Verbandes »neu auszurichten«. Man müsse in Zukunft nicht nur eine »offensive Unterstützung der Volkstumsarbeit in Gebieten deutscher Minderheiten« leisten, besonders in den »deutschen Ostgebiete[n]«, hieß es in dem Antrag. Es gehe auch um eine »Zurückdrängung weiterer Multikultisierung« der Bundesrepublik Deutschland und Österreichs »durch weitere Zuwanderung und Aufnahme von Flüchtlingen kulturferner Herkunft«. Zugleich sei eine »Umkehr der demographischen Katastrophe aufgrund stetigen Geburtenrückgangs« bei Deutschstämmigen vonnöten. Schließlich hätten Burschenschafter zukünftig »Widerstand« zu leisten gegen die »Gesinnungsdiktatur der sog. ›Political Correctness‹«, hieß es in dem Antrag. Der Burschentag stimmte ohne Widerrede zu.

Seit Juni kommt die DB aus den Medienschlagzeilen nicht mehr heraus. Rechtsaußen-Kräfte wie etwa die Hamburger Burschenschaft Germania wollen dem Verband zu neuer Schlagkraft verhelfen und bemühen sich deshalb, ihre politische Linie in der DB festzuzurren. Notfalls werde man »halt den Laden übernehmen«, heißt es aus diesem Flügel in Anspielung auf die sichere strukturelle Mehrheit, über die er verfügt. Der verbandsintern weitaus schwächere konservative Flügel ist nicht wirklich in der Lage, dem Durchmarsch der Ultrarechten Handfestes entgegenzusetzen, und greift daher in seiner Not auf die Medien zurück. Immer neue an die Öffentlichkeit lancierte Interna liefern ausreichend Stoff für Schlagzeilen, die dem Rechtsaußen-Flügel eine katastrophale Presse verschaffen und ihn unter Druck setzen seine Offensive einzustellen. Das Material zeigt allerdings auch, dass selbst Rechtsaußen-Positionen wie etwa diejenigen aus dem Antrag der Hamburger Burschenschaft Germania von 2006 in der DB konsensfähig sind – und es liefert zudem prägnante Einblicke in die burschenschaftliche Lebenswelt.

Beispiele? Die akademische Burschenschaft Arminia Czernowitz zu Linz hielt im November 2007 einen »Freiheitskommers« ab. Als Festredner war Bernd Rabehl angekündigt, der sich damals mit Auftritten auf NPD-Veranstaltungen einen Namen gemacht hatte. Es kam zu heftigen Protesten in der Öffentlichkeit. Auch in der DB gab es im Vorfeld Streit. Die Burschenschaft Arminia Czernowitz hatte beim Dachverband einen finanziellen Zuschuss beantragt, und daher gab es auf dem Burschentag eine kleine Auseinandersetzung um den »Freiheitskommers«. Empört habe er feststellen müssen, schimpfte ein Burschenschafter, dass bei einem ähnlichen Kommers in Wien das »Lied der Deutschen« nicht habe gesungen werden dürfen. »Es gehe nicht an«, zitiert ihn das interne Protokoll, »daß die DB einerseits stets gern als Zahlmeister herangezogen werde, dann aber das Lied ihres Verbandsbruders Hoffmann von Fallersleben boykottiert werde.« Ein harter Vorwurf, auf den die Arminia Czernowitz umgehend reagierte: »Die Antragstellerin versichert, daß auf dem geplan-



ten Kommers das Lied der Deutschen in allen drei Strophen steigen werde.« Damit waren alle Zweifel ausgeräumt, der Burschentag genehmigte den gewünschten Zuschuss von 1.500 Euro. Später wurde in internen Rundbriefen für Rabehls Festrede geworben.

Ein weiteres Beispiel stammt ebenfalls vom Burschentag 2005. Die Alte Rostocker Burschenschaft Obotritia machte sich Gedanken um die Mensur. Sie schlug vor, die DB solle für das studentische Fechten mit scharfen Waffen eine Unfallversicherung abschließen. Der Antrag stieß weithin auf Unverständnis. Natürlich, suchte der DB-Fechtbeauftragte den Vorschlag zu verteidigen, seien die üblichen Gesichtsverletzungen, die »Schmisse«, von der Unfallversicherung nicht gedeckt – aber doch »die Folgen der Schmißverletzungen. Und gerade darauf komme es an«, heißt es im Tagungsprotokoll. »Die Schmisse selbst würden in den meisten Fällen vor Ort medizinisch versorgt. Es gehe in der Hauptsache um die Finanzierung der Wiederherstellungsmaßnahmen von schweren Schmißverletzungen mit Langzeitfolgen«, also nicht »ums Zunähen der Wunden, sondern um die Behandlung der längerfristigen Folgen.« Der Vorschlag, eine Unfallversicherung abzuschließen, fand auf dem Burschentag keine Mehrheit – mit einem durchtrennten nervus facialis muss ein Burschenschafter eben im Zweifelsfalle leben.

Neben diversen interessanten Details zeigen die »DB-Leak«-Dokumente unter anderem eines: Dass die DB immer wieder Aktivitäten in Wohngebieten deutschsprachiger Minderheiten im Ausland entfaltet, vor allem in Polen. Zumindest zeitweise gab es intensive Kontakte zur dortigen deutschsprachigen Minderheit und deren Organisationen, etwa zur »Jugendfraktion der Deutschen Minderheit«, deren damalige Vorsitzende im August 2004 im Haus der Berliner Burschenschaft der Märker weilte, wo man sich vornahm, die Beziehungen künftig weiter auszubauen. Keine drei Jahre zuvor hatten die Polen-Aktivitäten der DB einen Eklat verursacht, der selbst verbandsintern zur Einrichtung einer Untersuchungskommission führte. Nach einer DB-Tagung im polnischen Góra Swietej Anny (vormals Annaberg/Oberschlesien) war es zu Klagen gekommen, die im Burschentags-Protokoll aus dem Jahr 2002 nachzulesen sind. Unter anderem hatte sich der Leiter eines Pilgerheimes beschwert, dass Burschenschafter nachts um drei in der Hauskapelle betrunken seltsame Lieder grölten.

Der Abschlussbericht des untersuchenden Burschenschafters konnte die Lage zumindest punktuell entspannen. So sei, erklärte er in einem »persönlichen Nachwort«, das Verhalten der inkriminierten Burschenschafter »zweifellos [...] skandalös« gewesen. Allerdings müsse »auch gesagt werden, dass durch ›stille Post‹ viele Vorgänge unnötig dramatisiert und in Superlative verwandelt wurden«. »So wurde aus dem, ausgesprochen genug schlimmen, Nasenstupser eines völlig alkoholisierten Verbandsbruders bei einer Nonne durch die ›stille Post‹ ein Grabscher an den Busen und das Singen von gänzlich unangebrachten und deplazierten Soldatenliedern aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges wurde zum ›Horst-Wessel-Lied‹ interpretiert«. »Andere Gerüchte«, klagte der Burschenschafter, »malten gar Hitlergrüße vor allen Kruzifixen durch Verbandsbrüder aus«. Dafür, erklärte er ausdrücklich, habe er keinerlei Beweise finden können. Dessen ungeachtet seien die involvierten Herren schwerer Strafe zugeführt worden; einige hätten mehrere Wochen lang ihr Burschenband nicht tragen dürfen. Und gegen die »vier erstmalig auffällig gewordenen Mitglieder« habe man sogar ein Alkoholverbot für das gesamte laufende Semester verhängt. ■

Geschichte & Organisierung der Antifa

Buchprojekt bei theorie.org erschienen

AIB: Stellt doch euch und euer Buch sowie die damit verbundene Intention, die Geschichte »der Antifa« zu schreiben, vor.

Moritz: Wir vier sind seit Jahren in der antifaschistischen Linken in Frankfurt a. M. aktiv und haben für die Reihe theorie.org ein Buch über die Geschichte der Antifa geschrieben. Klar ist, dass es natürlich nicht »die Antifa« gibt, sondern das Label Antifa heute eine sehr ausdifferenzierte Bewegung mit ganz unterschiedlichen Schwerpunkten in Theorie und Praxis bezeichnet.

Mirja: Trotzdem denken wir, dass es einige grundlegende Gemeinsamkeiten in der Symbolik, der Organisierung und den historischen Bezügen gibt, die es in einem gewissen Sinne möglich machen, von »der Antifa« zu sprechen. Aber selbst diese Annahme erlaubt noch lange nicht, eine Geschichte der Antifa zu vermuten: Die subjektiven Perspektiven der jeweiligen Autor_innen spiegeln sich durch Fokussierungen und die Wahl eines bestimmten roten Fadens wieder – gerade dann, wenn es um eine so bewegte Geschichte wie die der Antifa geht.

Jan: Ziel war es, im Format einer Einführung die Geschichte des radikalen Antifaschismus in Deutschland zu schreiben, also desjenigen, der nicht nur antifaschistisch, sondern auch revolutionär war oder zumindest sein wollte. Damit wollen wir jüngeren als auch älteren Antifas einen Überblick bieten. Wir versuchen, trotz aller Widersprüche und unterschiedlicher sozialer Bedingungen, eine Brücke zu schlagen von der Antifaschistischen Aktion des Jahres 1932 über die verschiedenen Ausprägungen, die radikaler Antifaschismus in den folgenden Jahrzehnten genommen hat, bis in die Gegenwart.

Lena: Überall sind innerhalb der Antifabewegung historische Bezüge präsent. Das reicht vom Antifa-Logo bis zur LL-Mobilisierung, vom »Stalingrad '43«-Shirt und Parolen à la »Bomber Harris, do it again!« bis zur Orientierung an der Organisationsform der AA/BO. Bei dem Buch geht es ein Stück weit auch um die Klärung der Frage: Worauf bezieht man sich da? Es geht darum, die eigene Geschichte zu vergegenwärtigen und die kritische Frage zu stellen, was daraus an Erfahrungen und politischen Konzepten übernommen werden kann – und was in die Kategorie »Folklore und Heroisierung« gehört.

AIB: Ihr beschreibt »die Antifa« als die linksradikale Soziale Bewegung der 1990er. Kann bei aller Unterschiedlichkeit der verschiedenen Akteur_innen und ihrer Motive, sich antifaschistisch zu engagieren von der »Antifa« als Bewegung gesprochen werden?

Mirja: Wie gesagt, Antifa bezeichnet eine sehr heterogene Bewegung mit ganz unterschiedlichen lokalen Voraussetzungen: Z.B. Dorf, Klein- oder Großstadt? Bedeutung der Neonaziszene? Linke Infrastruktur? Ebenso unterschiedlich wie die Bedingungen sind die Antworten der jeweiligen Antifas. Auch wenn viele Einschätzungen und Theorien der Gruppen sich widersprechen, hat sich insbesondere seit den 1990ern aus dieser Unterschiedlichkeit dennoch eine Bewegung entwickelt, die mehr als zwei wehende Fahnen verbindet. U.a. die Form der Organisierung, das positive Verhältnis zu Militanz oder die kritische Haltung gegenüber Staat und Kapitalismus deuten auf Gemeinsamkeiten hin, die von einer Bewegung sprechen lassen.

AIB: Beim Durchlesen eures Buches sticht eine Fokussierung auf die in der Antifaschistischen Aktion / Bundesweite Organisation (AA/BO) organisierten Gruppen und ihre Politik hervor. In der Regel waren dort bundesweit 10–15 Gruppen organisiert. Gleichzeitig gab es in Deutschland immer weit über 100 Antifa-Gruppen und Initiativen. Warum so ein Fokus auf diese zehn Prozent? Ist das nicht Geschichtsklitterung?

Lena: Das ist eine berechtigte Frage und die Vielfalt der Antifa darf tatsächlich nicht vergessen werden. Der Schwerpunkt des Buches liegt aber neben der Geschichte auf der Organi-

sierung. In Bezug darauf lässt sich sagen, dass die AA/BO und insbesondere die Antifa [M] bis heute stilbildend für eine bestimmte Form der Organisierung, der Öffentlichkeits-, Bündnis- und Jugendarbeit war.

Jan: Außerdem ist Geschichtsschreibung in gewissem Maße immer eine nachträgliche Konstruktion. Es gibt viele Geschichten der Antifa, wir haben eine davon geschrieben. Dabei konnten und wollten wir nicht alles abbilden, was radikale Antifaschist_innen in den letzten achtzig Jahren gemacht haben, sondern wollten Entwicklungen und Konzepte vorstellen. Und dabei nimmt die AA/BO als Versuch einer bundesweiten Antifa-Organisierung und mit ihrem Anspruch auf gesamtgesellschaftliche Wirkungsmacht von heute aus betrachtet eine besondere Stellung ein. Darüber hinaus haben wir aber, denke ich, schon die Vielfalt der Antifa berücksichtigt.

AIB: Die Entwicklung der extremen Rechten in Deutschland, auf die aktiver Antifaschismus jeweils reagierte bzw. reagieren musste, kommt recht wenig vor. Warum spielen die verschiedenen Spielarten und Entwicklungsschübe des deutschen Neonazismus in eurem Buch eine so untergeordnete Rolle?

Moritz: Den Begriff des »Rechtsextremismus« bzw. der »extremen Rechten« vermeiden wir im Buch. Die Extremismustheorie setzt Links und Rechts gleich und erklärt menschenfeindliche Ideologien zum Randproblem der kapitalistischen Gesellschaft. Der Begriff wird für radikale Linke schnell zum Eigentor. Aber klar, Nazis sind und bleiben zentrales Thema antifaschistischer Arbeit und tauchen insofern auch auf. Unser Buch ist insgesamt aber keine Geschichte des Neofaschismus, sondern des linksradikalen Antifaschismus, der immer schon mehr sein wollte als »nur« gegen Nazis.

Lena: Über Nazis und ihre unterschiedlichen Erscheinungsformen gibt es schon eine Reihe Bücher, über die Antifa eher nicht. Außerdem sagt der jeweilige Zustand der Neonaziszene nicht unbedingt etwas über die Ausgestaltung der Organisierung antifaschistischer Politik aus.

AIB: Wo seht ihr die großen Unterschiede zwischen den 1990er Jahren und heute? Was für eine Perspektive sprecht ihr der Antifa zu?

Lena: Ins Auge fällt natürlich die krasse Ausdifferenzierung der Antifa im neuen Jahrtausend. Unter dem Label Antifa verorten sich sowohl antideutsche, antinationale, internationalistische und klassische (also quer zu diesen Spektren verortete und sich vor allem mit Neonazis beschäftigende) Antifas. Dann ist da die theoretische Weiterentwicklung: Während z.B. die AA/BO theoretische Arbeit eher auf die lange Bank geschoben hat, ist heute doch die Einsicht weit verbreitet, dass Theorie und Praxis in einem engen Verhältnis zueinander stehen müssen.

Mirja: Seit Ende der 1990er hat sich außerdem der gesellschaftliche Kontext stark verändert. Ohne die Entwicklung, die mit dem »Aufstand der Anständigen« im Sommer 2000 begann, wären vermutlich so breite und offensive Blockadeaktionen gegen Neonaziaufmärsche wie in Dresden kaum möglich. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass die kapitalistische Zurichtung der Gesellschaft – Stichworte Hartz IV und Militarisierung nach innen und außen – gerade von der liberalen Mitte der Gesellschaft vorangetrieben werden können. Die Geschichte hat darüber hinaus gezeigt, dass linke Organisierung extrem wichtig ist. Inzwischen gibt es wieder Tendenzen zu verbindlicherer bundesweiter Organisierung und Zusammenarbeit, wo sie vor einigen Jahren noch undenkbar war. Gleichzeitig bleibt die direkte Arbeit gegen Neonazis sehr wichtig.

Jan: Nazis natürlich, ja. Vermutlich wird aber allgemein die Beschäftigung



mit reaktionären Ideologien, die ja kein Monopol der Nazis, sondern auch bei religiösen FundamentalistInnen, RechtspopulistInnen usw. zu finden sind, wichtiger werden. Entscheidend wird meiner Meinung nach sein, was für eigenständige Antworten die antifaschistische Linke gerade im Spannungsfeld von kulturellem Rassismus und religiösem Fundamentalismus entwickeln kann.

Moritz: Antifa ist heute häufig eine Art Markenzeichen, das – besonders für junge Leute – attraktiv ist und daher zur Politisierung gut zu funktionieren scheint. Linke Politik wird aber genauso in vielen anderen Gruppen gemacht, die nicht das Prädikat »Antifa« in ihrem Namen tragen. Was ihre Organisationsform angeht, sind aber auch diese Gruppen geprägt durch die Entwicklungen, die antifaschistische Organisierung besonders seit den 1980er Jahren durchlaufen hat.

Strukturell muss es insofern in Zukunft auch darum gehen, bestimmte Konzepte wieder stärker aufzugreifen: Jugendarbeit, lokale Verankerung über Events hinaus und Bündnisarbeit sind nur drei Schlagworte dafür. Die Geschichte der Autonomen, der Antifa und anderer Spektren linksradikaler Politik ist voll von Konzepten, die reformuliert und überarbeitet werden können. Unsere Hoffnung ist, dass das Buch neben der historischen Orientierung auch für inhaltliche Neubestimmungen eine Folie bietet. ■



Mirja Keller, Lena Kögler, Moritz Krawinkel, Jan Schlemermeyer: Antifa: Geschichte und Organisierung
1. Auflage 2011
200 Seiten, kartoniert
ISBN 3-89657-665-8
ca. 10,– Euro

Jenseits des Neonazismus

Ideologien der Ungleichwertigkeit

Gregor Wiedemann

Gregor Wiedemann, Forum für kritische Rechtsextremismusforschung, Mitherausgeber des kürzlich im VS Verlag erschienenen Sammelbandes »Ordnung. Macht. Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismusmodells«

Am 22. Juli 2011 ermordete Anders Behring Breivik auf der norwegischen Ferieninsel Utoya 69 Menschen. Zuvor hatte er ein Regierungsgebäude in Oslo in die Luft gesprengt und dabei ebenfalls mehrere Menschen getötet. Seine Taten begründet Brevik in einem mehr als 1500-seitigen »Manifest« sowohl mit wüster antiislamischer Hetze, als auch mit Zitaten liberaler Freiheitsdenker. Ein radikaler Muslimhasser, der für sich in Anspruch nimmt, die Demokratie zu verteidigen? Die Expert_innen der staatlichen deutschen Sicherheitsarchitektur sind von dieser Erscheinung derart überrascht, dass einige schon übereifrig ein drittes Ende an das Hufeisen schmieden. So warnte der Präsident des Bayrischen Verfassungsschutzes Anfang August angesichts der Ereignisse in Norwegen vor einer »neuen Form des Extremismus«, der sich gegen den Islam und die Religionsfreiheit wende, dessen Grenzen insbesondere zum »Rechtsextremismus« jedoch »noch nicht scharf« seien.[1]

Die Äußerungen des LfV-Präsidenten sind ein leuchtendes Beispiel für Beschränktheit und Verblendung, die das Extremismus-Modell für die Analyse gesellschaftlicher Zustände zur Folge hat. Dass antimuslimische Ressentiments eines extremistischen Randes ein Problem für den gesellschaftlichen Zusammenhalt werden könnten, ist angesichts der millionenfachen Auflage von Thilo Sarrazins rassistischem Buch »Deutschland schafft sich ab« eine späte und hochgradig naive Form von Erkenntnis; das Beharren auf einer scharfen Abgrenzung zwischen »Rechtsextremismus«, der »auch andere Ziele« verfolge, und »antiislamistischem Extremismus« schlicht grotesk. Der Sozialwissenschaftler Volker Weiß weist darüber hinaus darauf hin, dass es sich bei Anders Breivik nicht um einen (Neo-)Nazi handelt[2] – eine Bezeichnung, die bisweilen zum Synonym für den diskreditierten Rechtsextremismusbegriff geworden ist. Stattdessen strebe er laut eigener Aussage nach einer »Konservativen Revolution«, wie sie u.a. auch die sogenannte »Neue Rechte« in Deutschland kolportiert, setzt dabei jedoch statt auf diskursive Hegemonie auf Gewalt.

Was jedoch der norwegische Massenmörder, der sozialdemokratische Elitist oder Neonazis miteinander teilen, ist ihre Überzeugung nicht alle Menschen seien gleich viel wert. Zugeschriebene oder selbst gewählte Merkmale werden für sie zu einem legitimen Grund für Benachteiligung und Ausschluss von Menschengruppen. Das Bielefelder Institut für Konflikt- und Gewaltforschung untersucht dieses Phänomen unter der Bezeichnung »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« (GMF) im Rahmen einer Langzeitstudie, deren Ergebnisse jährlich unter dem Titel »Deutsche Zustände« veröffentlicht werden. Zur Halbzeit ihres zehnjährigen Forschungsprojekts konstatierten sie auf Basis ihrer Daten »das Vorliegen eines Syndroms, das sich auf eine generalisierte Ideologie der Ungleichwertigkeit [IdU] zurückführen lässt«.[3] Dessen Elemente bilden Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Behinderten, Islamophobie, Sexismus, Etabliertenvorrechte sowie die Abwertung von Langzeitarbeitslosen.

Die Funktionen, die mit solchen Ungleichwertigkeitsvorstellungen verknüpft sind, können durchaus unterschiedlich sein. Beispielsweise ließe sich Breiviks Weltbild als Ausdrucksideologie charakterisieren – als ein geglaubtes Apriori-Wissen über die Einteilung der Welt in Gut und Böse, das nicht gerechtfertigt werden muss. Sarrazins Thesen tragen dagegen eher Züge einer Rechtfertigungsideologie, mit der Machtinteressen und soziale Hierarchien apologetisch gegen einen sozialen Wandel verteidigt werden sollen.

Das letztere jüngst soviel Zuspruch erfahren, hängt mit dem Zusammenspiel von Ungleichwertigkeit und Ungleichheit zusammen. Auf als unveränderlich geltende Merkmale wie Geschlecht oder Ethnie begründete kategoriale Klassifikationen eignen sich Wilhelm Heitmeyer zufolge besonders dazu, existierende soziale Ungleichheit in Ungleichwertigkeit zu transformieren, mit der Folge der Verzerrung, Biologisierung oder Naturalisierung sozial konstruierter Realitäten. Die in den letzten Jahren verschärfte soziale Ungleichheit ist das Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse, die mit einer verstärkten Ökonomisierung aller Lebensbereiche einhergegangen sind.[4] Immer mehr Menschen

1| www.sueddeutsche.de/bayern/bericht-des-verfassungsschutzes-neue-form-des-extremismus-1.1126960

2| www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,776735,00.html

3| Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2008): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 22.

4| Vgl. Bröckling, Ulrich; Krasmann, Susanne; Lemke, Thomas (Hg.) (2007): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

5| »Erklärungskraft haben ökonomische Orientierungen insbesondere für das Ausmaß der Fremdenfeindlichkeit, die Abwertung von Langzeitarbeitslosen, sowie Obdachlosen«, Küpper, Beate; Zick, Andreas (2008): Soziale Dominanz, Anerkennung und Gewalt. In:


Foto: Flickr.com – Daniele Civello

verfügen dauerhaft nicht über die nötigen materiellen Ressourcen, um an der Gesellschaft teilzuhaben, was ihnen jedoch nicht mehr als Folge ökonomischer und politischer Strukturen, sondern als individuelles Versagen angelastet wird. Den GMF-Studien zufolge werden sie zunehmend anhand von Nützlichkeitskriterien bewertet.[5] Insbesondere bei der Stigmatisierung von Migrant_innen und Langzeitarbeitslosen wird die Transformation sozialer Ungleichheit in Ungleichwertigkeit sichtbar. Funktional gesehen, tragen sich verfestigende (kultur-)rassistische Weltwahrnehmungen und eine »Rassifizierung des Prekariats«[6] dazu bei, die andauernde Ausgrenzung der benachteiligten Gruppen zu legitimieren. Auf verschiedenen Stufen eines Eskalationsprozesses kann dies von Missachtung/Verachtung über Diskriminierung bis hin zu Unterdrückung und physischer Vernichtung der »Minderwertigen« führen. Für Heitmeyer und Co. stellen GMF und IdU daher auch keine Ersatzbegriffe für »Rechtsextremismus« dar. Letzterer wird vielmehr mit einer neuen Definition in das Theoriegebäude eingefügt: IdU + Gewaltakzeptanz.[7]

Wenn mensch sich also auf die Suche nach Begriffen »zur Benennung des Spektrums rechts von der CDU bis militante Neonaziszene« begibt, dann handelt es sich hierbei um einen verkürzten Ansatz. Es geht weder um den simplen Austausch von Begriffen[8], noch sollten Problembeschreibungen auf die Konstruktion eines »bösen Anderen« beschränkt bleiben. Begriffe wie Neonazismus und Neofaschismus weisen insofern Parallelen zum Rechtsextremismusbegriff auf, als dass sich die Wahrnehmung von Neonazis und Faschisten ebenso auf eine Vorstellung von Randgruppen erstreckt, von denen sich ein problemfreier »Normalbereich« klar abgrenzen ließe. Wann diese Begriffe und die dahinterliegenden Konzepte zur Problematisierung gesellschaftlicher Zustände taugen, und wann nicht, sollte deshalb wohl überlegt sein. Andernfalls besteht die Gefahr, dass diskriminierende Tendenzen jenseits vermeintlicher Ränder übersehen werden oder eine vorschnelle Stigmatisierung bestimmter Akteure bzw. ihrer Einstellungen beispielsweise als nazistisch politische Auseinandersetzung verhindert.

Der Verzicht auf einen Sammelbegriff zur Skandalisierung kann stattdessen dazu beitragen, die Debatte offen zu halten. Ideolog_innen der Ungleichwertigkeit jenseits des Neonazismus lassen sich dann je nach spezifischer Ausprägung für diskriminierende, antiindividualistische, antiuniversalistische, autoritär-dezisionistische und somit antidemokratische Einstellungen und Handlungen kritisieren. Eine Erweiterung des Fokus vom »bösen Anderen« hin zu Ideologien der Ungleichwertigkeit sollte diesbezüglich eine Problematisierung ermöglichen, auch ohne gleich die »Nazikarte« auszuspielen. ■

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 68.

6| Wollrad, Eske (2008): White Trash – Das rassifizierte Prekariat im postkolonialen Deutschland. in: Altenhain, Claudio et al. (Hg.): Von »Neuer Unterschicht« und »Prekariat«, Bielefeld: Transcript.

7| Klein, Anna; Küpper, Beate; Zick, Andreas (2009): Rechtspopulismus im vereinigten Deutschland als Ergebnis von Benachteiligungsgefühlen und Demokratiekritik. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 93–112.

8| Wie auch im Aufruf des AIB »Beyond Rechtsextremismus« zu dieser Debattenreihe zu lesen war. In: AIB # 89 (Winter 2010/2011), »Beyond Rechtsextremismus«, Seite 34.



Bremer Brechmittelprozess

Christian Jakob

Es fiel Helmut Kellermann offensichtlich schwer, die richtigen Worte für sein eigenes Urteil zu finden. »Der Tod von Laya Condé kann nicht befriedigend gesühnt werden«, schickte der Richter am Bremer Landgericht vorweg. Neunzig Minuten lang begründete er im zweiten Verfahren um den Brechmitteltod des Sierra Leoners aus Bremen, warum er den Polizeiarzt Igor V. vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung freigesprochen hatte. Kellermann kam in der Berufungsverhandlung damit zu exakt demselben Urteil, wie schon 2008 eine erste Kammer des gleichen Gerichts. »Wir werden dafür Schläge einstecken«, sagte Kellermann am Ende.

Doch dies geschah nicht. Während es bei der Verkündung des ersten Freispruchs im Dezember 2008 noch Tumulte im Gerichtssaal gegeben hatte, blieb am 15. Juni 2011 alles ruhig. Nur wenige Pressevertreter hatten sich eingefunden, um das Ende des Revisionsverfahrens zu verfolgen.

Der zum Zeitpunkt seines Todes 35 Jahre alte Condé war das bundesweit zweite Opfer einer zwangsweisen Brechmittelvergabe durch die Polizei (vgl. AIB #80). Wie schon der erste Tote, der Nigerianer Achidi John in Hamburg, wurde er des Drogenhandels verdächtigt und auf der Straße verhaftet. Condé, der weder vorbestraft noch zuvor polizeilich in Erscheinung getreten ist, wurde in der Nacht des zweiten Weihnachtstages 2005 von einer Zivilstreife im Bremer Steintorviertel kontrolliert. Die Fahnder machten »verdächtige Schluckbewegungen« aus und brachten ihn ins Polizeipräsidium im Stadtteil Vahr. Dort gab es eigens für solche Fälle einen so genannten »Exkorporationsraum«. Doch Condé weigerte sich, den Brechsirup Ipecacuanha freiwillig zu schlucken, um seinen Mageninhalt zwecks »Beweissicherung« auszuspeien. Sowohl die beiden Polizisten, als auch der von ihnen hinzugerufene, Polizeiarzt Igor V. waren noch nie mit so einer Situation konfrontiert gewesen.

Das hinderte sie nicht daran, forsch zur Sache zu gehen: Condé wurde an einen Spezialstuhl gefesselt, ein Polizist hielt seinen Kopf fest, V. legte ihm eine Nasensonde. Über die flößte er ihm den Brechsirup und, mit einer Spritze, große Mengen Wasser ein. Tatsächlich erbrach Condé insgesamt fünf Kügelchen mit je 0,1 Gramm Kokain, immer wieder rutschte die Sonde heraus. Doch durch die Tortur wurde

sein Zustand so kritisch, dass ein Notarzt hinzukommen musste. Da waren die ersten Kokainkugeln bereits draußen. Der Notarzt stabilisierte Condé vorübergehend. Doch statt die »Exkorporation« nun zu beenden, setzte V. sie weiter fort – insgesamt über 80 Minuten, bis Condé schließlich hirntot ins Koma fiel.

Ein erster medizinischer Gutachter hatte 2006 festgestellt, dass Condé ertrank, weil das Wasser, das V. im einflößte, in seine Lunge gelaufen war. Die Staatsanwaltschaft klagte V. deshalb wegen fahrlässiger Tötung an und forderte neun Monate Haft auf Bewährung. Die meisten der insgesamt zehn Sachverständigen, die das Gericht anhörte, stützten die Version der Staatsanwaltschaft. Gutachter der Verteidigung glaubten jedoch, dass eine bei einer Obduktion festgestellte Schädigung von Condés Herzen für seinen Tod verantwortlich sein könnte. In diesem Fall treffe den Polizeiarzt keine Schuld. Zum Teil handelte es sich um dieselben Gutachter, die mit genau demselben Argument – einem unentdeckten Herzfehler – eine Strafverfolgung im Achidi-John-Fall abgebügelt hatten. Auch Klaus Püschel, als Brechmittelbefürworter bekannter Chef der Hamburger UKE-Rechtsmedizin, in der Achidi John gestorben war, durfte in Bremen für den Kollegen V. aussagen.

Im Juli 2006 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) der Beschwerde eines Afrikaners aus Wuppertal stattgegeben, dem 1993 vier Polizisten und ein Arzt Brechsirup per Magensonde einflößten. Der EGMR stufte den zwangsweisen Brechmitteleinsatz als »unmenschliche und erniedrigende Behandlung« ein und entschied, dass er das Folterverbot der Europäischen Menschenrechtskonvention verletze. Seit Condés Tod werden in Bremen Verdächtige, die den Brechsirup nicht freiwillig schlucken, für einige Tage in eine Zelle mit einem Spezialklo gesperrt. Zwar bekam die Familie von Condé wegen der EUGMR-Entscheidung eine Entschädigung vom Land Bremen. Bestraft wurde V. jedoch nicht. Im ersten Verfahren 2008 war das Bremer Landgericht noch überzeugt, dass Condé ertrunken war. Es sprach V. trotzdem frei: Denn der habe wegen mangelnder Qualifikation seine »objektiven fachlichen Fehler subjektiv nicht erkennen« können.

Dieses Urteil war vom Leipziger Bundesgerichtshof (BGH) geradezu zerrissen worden: V. habe sich »zahlreicher Verstöße gegen die ärztlichen Sorgfaltspflichten« schuldig gemacht, schrieben die Richter in ihre Revision. Er habe Condé »unzureichend« untersucht und nicht über die Risiken der Maßnahme aufgeklärt. Er habe zugelassen, dass das Spülwasser in Condés Atemwege eindringt und sich vom »Vorurteil leiten lassen«, das afrikanische Dealer sich ohnmächtig stellen, statt die Maßnahme abzubrechen. Spätestens nach Erbrechen der ersten Kugel sei die Maßnahme »leicht erkennbar unverhältnismäßig« gewesen, auch, da Condé dann »wehrlos war und keine Chance mehr hatte zu kooperieren«. Außerdem habe V. eine Körperverletzung begangen, als er Condé mit Pinzette und Spatel im Rachen herumgestochert habe, damit er weiter bricht. Insgesamt, so der BGH, müsse ein »Verstoß des Angeklagten gegen das Gebot der Wahrung der Menschenwürde« in Betracht gezogen werden. Die Bremer Justiz habe es versäumt, die übrigen Beteiligten zur Rechenschaft zu ziehen. Dafür war es nun zu spät: Zum Zeitpunkt des BGH-Urteils waren alle Verjährungsfristen abgelaufen. Im April 2010 hob der BGH den ersten Freispruch von V. auf.

Die Bremer Richter beeindruckte das deutliche Urteil der höheren Instanz nicht. »Die Justiz und die Rechtsmedizin hatten sich damals verrannt«, sagte Kellermann zwar bei der Urteilsverkündung. »Solche Beweissicherung darf es nie mehr geben.« Doch Konsequenzen für die Täter sollte es nicht geben: »Es ist sehr wahrscheinlich, dass Condés Herzfrequenz abfiel und der Hirntod eintrat, weil er Wasser eingeatmet hatte«, sagte Kellermann. »Aber kein Gutachter konnte eine andere Todesursache mit Sicherheit ausschließen.« Es sei deshalb »nicht geboten«, Igor V. wegen des Todes an Condé zu bestrafen.

Einer erlebte diesen Urteilsspruch nicht mehr: Der für den ersten Prozess nach Europa gereiste Bruder des Toten, Namantjan Condé, hatte sich kurz nach dem ersten Freispruch in Brüssel selbst getötet.

Für den Polizeiarzt V. galten somit zweimal die allerhöchsten Maßstäbe des deutschen Strafrechts. Zuerst war er nicht ausreichend ausgebildet gewesen, um seine eigenen Fehler zu erkennen, nun war es eben Condés möglicher Herzfehler, der ihn rettete.

Doch während im Falle V. der Grundsatz »im Zweifel für den Angeklagten« so hoch gehalten wurde, geht der Staat bei Afrikaner_innen nicht so integer zu Werk. Die Brechmittelmethode dient – vor allem in der erzwungenen Variante – der Abschreckung. Solche »Beweissicherung« gibt es nur, weil die Verdächtigen im Drogengeschäft auf der Straße meist schwarz sind. Bei ihnen gelten andere Maßstäbe. Die sind seit jeher am anderen, am unteren Ende des Spielraums angesiedelt. Das gilt für weite Teile der Öffentlichkeit, denen es im Kampf gegen das Feindbild des afrikanischen Dealers gar nicht hart genug zugehen kann. Und das gilt für die Justiz, die immer wieder findig jene schont, die das übernehmen.

Ende Juni 2011 hat die Nebenklage erneut Revision beim Bundesgerichtshof eingelegt. ■

Braunes Erbe

Alte Nazis im Landtag von Nordrhein-Westfalen und die mühsame Aufarbeitung

Florian Osuch

Der Nationalsozialismus scheint in all seinen Facetten zwar noch lange nicht abschließend, jedoch umfangreich erforscht. Über die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft wurden mehr als über jede andere Zeitepoche Werke publiziert, bis in die heutige Zeit. Neben den umfangreichen Forschungen zum Zweiten Weltkrieg, zu Zwangsarbeit und zur Vernichtung insbesondere von Jüdinnen und Juden bleibt nahezu kein gesellschaftlicher Bereich ausgespart – Wirtschaft, Militär, Justiz, Medizin, Polizei, Sport, Verwaltung, Kirche, Kultur und Presse.

Es gibt jedoch immer noch Felder, wo eine Aufarbeitung aussteht, so etwa die Rolle ehemaliger Nazis in westdeutschen Landesparlamenten. Erst seit 2008 beschäftigten sich Historiker_innen mit dem oftmals nahtlosen Übergang alter Nazis, teilweise auch SS-Angehörige, in neue Führungspositionen. Den Aufschlag machte die Fraktion Die Linke im Landtag von Niedersachsen, die im Oktober 2008 eine Studie zum Thema vorlegte.[1] Wenige Monate zuvor, während einer Plenarsitzung am 9. Mai 2008, hatte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Dr. Bernd Althusmann im Landtag folgendes erklärt: »Meine Damen und Herren, die CDU hat ihre geistigen und politischen Wurzeln im christlich motivierten Widerstand gegen den Terror des Nationalsozialismus. Das ist die Wahrheit«.[2] Im Jahr 2009 veröffentlichte Rüdiger Sagel von der Linken eine Studie zu ehemaligen Nazis im Landtag von Nordrhein-Westfalen.[3] Im April diesen Jahres legte dann die hessische Linksfraktion eine Studie zu den Abgeordneten aus ihrem Landesparlament[4] nach.

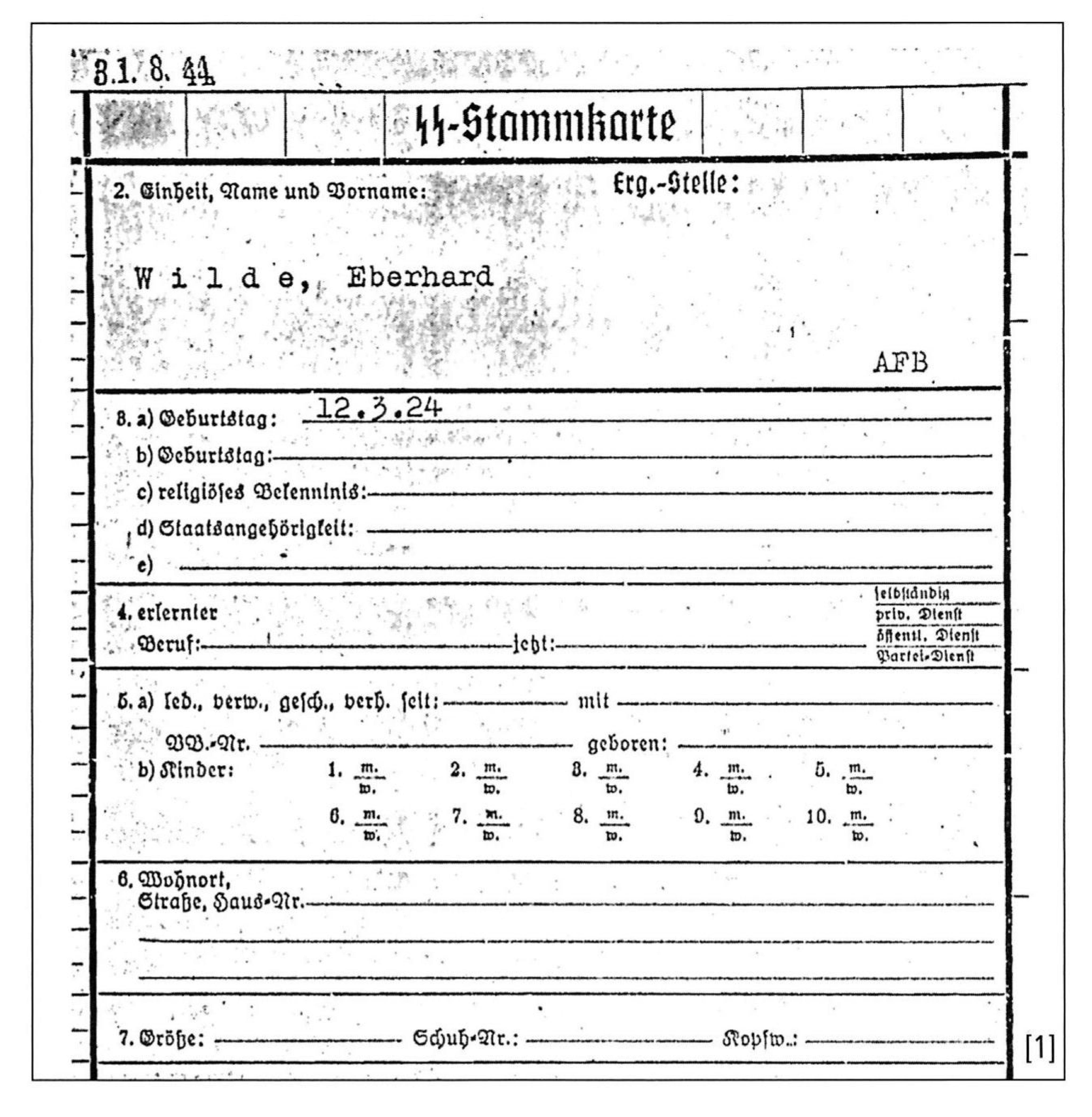
Der folgende Artikel legt den Schwerpunkt auf das Bundesland Nordrhein-Westfalen. Der Autor der Studie, der Historiker Dr. Michael Klepsch, wälzte Archivbestände in Berlin und Düsseldorf und durchforstete Unterlagen, Korrespondenz und Mitgliedskarteien von NSDAP, SS und SA sowie Akten aus dem Bestand der Entnazifizierung. Die offiziellen Handbücher des Landtags gaben nicht viel her. Klepsch untersuchte insgesamt 451 Abgeordnete, die bei Kriegsende mindestens 18 Jahre alt waren. Unter den 41 Männern mit NSDAP-Parteibuch befanden sich auch hauptberufliche NS-Funktionäre und Mitglieder von SS bzw. Waffen-SS. Besonders brisant: Unter den ehemaligen Nazis waren später nicht weniger als acht Fraktionsvorsitzende und zwei spätere Landesminister, zum Beispiel Willy Weyer (FDP) und Paul Mikat (CDU). »Insbesondere in der FDP war der Anteil ehemaliger Nazis hoch: In den Nachkriegsjahren hatte mehr als jeder fünfte FDP-Landtagsabgeordnete eine braune Vergangenheit. Die Partei war in NRW regelrecht unterwandert. Zwischen 1955 und 1975 wurde die FDP-Fraktion von sechs ehemaligen Nazis, darunter drei SS-Männern geführt«, heißt es bei der Linkspartei.[5]

Altnazis versuchten FDP zu unterwandern

Der recht hohe Anteil »belasteter Abgeordneter« bei der FDP – immerhin 16 von 75 Männern – muss vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass es in den 1950er Jahren Bestrebungen von Altnazis gab, die FDP zu unterwandern und dort führende Funktionen zu besetzen. Die damaligen Pläne sind als »Naumann-Affäre«[6] bekannt. Dazu der Historiker Dr. Hans-Peter Klaus: »[Werner] Naumann und [Ernst] Achenbach verfolgten das Ziel, mit weiteren hochrangigen Vertretern des untergegangenen NS-Regimes vornehmlich die FDP, aber auch die DP [Deutsche Partei] und den BHE [Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten] zu infiltrieren, um aus den Reihen dieser im Bundestag bereits verankerten Parteien heraus eine neue ›Nationale Sammlungsbewegung‹ rechts von der CDU zu etablieren, der sich die kleineren neonazistischen Parteien und maßgebliche Teile der Soldatenverbände, Vertriebenenorganisationen usw. anschließen sollten«.[7]

Den Anstoß zur Studie gab Rüdiger Sagel, der lange Jahre für die Grünen im Landtag NRW saß. Er verließ die Partei unter anderem wegen der Hartz-IV-Gesetze, behielt jedoch sein Landtagsmandat und wechselte später zur Partei Die Linke. Zum Entstehen der Broschüre äußerte Sagel: »Im 2008 er-

1| Dr. Hans-Peter Klausch: Braune Wurzeln – Alte Nazis in den niedersächsischen Landtagsfraktionen von CDU, FDP und DP, Hannover 2008.
2| Zitiert nach Klaus: Braune Wurzeln, Seite 3.
3| Dr. Michael Klepsch: Das vergessene braune Erbe – 60 Jahre Landtag NRW. Nahtloser Übergang in neue Führungspositionen. Alte Nazis in den nordrhein-westfälischen Landtagsfraktionen von CDU und FDP, Düsseldorf 2009.
4| Dr. Hans-Peter Klaus: Braunes Erbe – NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter der 1.-11. Wahlperiode (1946-1987), Wiesbaden, April 2011.
5| Interview mit Rüdiger Sagel in: junge Welt, 11.01.2011.
6| Vgl. dazu AIB # 59 (2/2003): Nazis und »Nationale Sammlung«: Pflicht nach rechts. Die FDP in den fünfziger Jahren.
7| Klausch: Braunes Erbe, a.a.O., Seite 17.
8| Interview mit Rüdiger Sagel in: junge Welt, 11.01.2011.
9| Dr. Michael Klepsch: Das vergessene braune Erbe, 2. Auflage, Düsseldorf 2011.



3.1. 8. 44

SS-Stammkarte

2. Einheit, Name und Vorname: Erg.-Stelle:

W i l d e, Eberhard

AFB

3. a) Geburtstag: 12.3.24

b) Geburtsort:

c) religiöses Bekenntnis:

d) Staatsangehörigkeit:

e)

4. erlernter Beruf: jetzt: selbständig / priv. Dienst / öffentl. Dienst / Partei-Dienst

5. a) led., verw., gesch., verh. seit: mit

VB.-Nr. geboren:

b) Kinder: 1. m./w. 2. m./w. 3. m./w. 4. m./w. 5. m./w. 6. m./w. 7. m./w. 8. m./w. 9. m./w. 10. m./w.

6. Wohnort, Straße, Haus-Nr.

7. Größe: Schuh-Nr.: Kopfw.:

[1]



[2]

schienenen Jahrbuch ›60 Jahre Landtag in Nordrhein-Westfalen‹ hatte nur ein einziger Abgeordneter auf seine Nazi-Vergangenheit hingewiesen. Alle anderen haben sie verschwiegen«.[8]

Aufarbeitung steht weiterhin aus

Die Abwehrreaktionen der bürgerlichen Parteien waren massiv. »Während die ansonsten um Polemik gegenüber der Linken nicht verlegene nordrhein-westfälische FDP zu keinerlei Stellungnahme bereit war und auch heute noch lebende Betroffene sich zu den dokumentierten Beweisen ihrer Verstrickung mit dem Nationalsozialismus eisern in Schweigen hüllten, zogen es CDU und SPD in der parlamentarischen Auseinandersetzung vor zu behaupten, dass sich der Landtag seit jeher mit der NS-Vergangenheit zu Genüge auseinandergesetzt habe und ungeachtet unvollständiger und fehlerhafter Angaben im biografischen Handbuch kein weiterer Aufklärungsbedarf bestehe«.[9]

Nach Erscheinen der Studie stellte der damals noch fraktionslose Abgeordnete Rüdiger Sagel im Landtag NRW den Antrag zur Einrichtung einer historischen Kommission zur Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit der Landtagsabgeordneten.[10] In diesem Zusammenhang sollte auch das biografische Lexikon des Landtages überarbeitet werden. Bei der anschließenden Debatte im Landtag NRW bezeichnete zwar die SPD die bisherigen Angaben über die Biographien aller Abgeordneten nach dem Zweiten Weltkrieg als »rudimentär«, für eine Kommission bestünde jedoch »keine Notwendigkeit«.[11] Der Antrag wurde mit Stimmen von CDU, SPD und FDP abgelehnt, bei Enthaltung der Grünen.

Im Frühjahr 2011 griff die nun in Fraktionsstärke vertretene Linkspartei das Thema erneut auf und stellte abermals einen Antrag auf Einrichtung einer unabhängigen historischen Kommission[12]. Inzwischen hatte jedoch bereits das Landtagspräsidium das Thema aufgegriffen und sorgte dafür, dass über den Antrag nicht erneut abgestimmt wurde. Stattdessen wurde die Verwaltung des Landtages beauftragt, ein Konzept für eine Aufarbeitung zu erstellen. Inzwischen soll sich eine Arbeitsgruppe mit dem Thema beschäftigen, obgleich nicht bekannt ist, ob bereits Historiker_innen mit der Untersuchung beauftragt wurden. ■

Die Broschüre gibt es als PDF unter: www.linksfraktion-nrw.de

[1] SS-Stammakte des ehemaligen FDP-Fraktionsvorsitzenden Eberhard Wilde.

[2] Titel einer gleichnahmigen Studie der Partei »Die Linke«.

10| Vgl. Landtag NRW, Drucksache 14/10012 vom 27.20.2009.
11| Edgar Moron, Abgeordneter der SPD, Landtag NRW, Plenarprotokoll 14/134 vom 04.11.2009.
12| Vgl. Landtag NRW Drucksache 15/661

Leere Anklagebänke

Sieben deutsche Wehrmachtsangehörige wurden in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt

Marianne Wienemann und Matthias Durchfeld

Die Autor_innen arbeiten für das »Istoreco-Institut für die Geschichte der Resistenza und für Zeitgeschichte«.

www.istoreco.re.it

Am 6. Juli 2011 um 21 Uhr ist es endlich soweit: Im Militärgericht von Verona spricht der Gerichtspräsident nach über 50 Sitzungen das Urteil: sieben Mal lebenslängliche Haft, zwei Freisprüche. Außerdem müssen die Verurteilten Entschädigungen zahlen und die Kosten des Verfahrens tragen. Beifall im Zuhörer_innenraum, aber auch Tränen und Umarmungen bei den Überlebenden und den Familienangehörigen der Opfer. Siebenundsechzig Jahre lang mussten sie auf diesen Moment warten; darauf, dass die Gesellschaft diese Verbrechen als solche brandmarkt und die Verbrecher beim Namen nennt.

Das Gericht sieht es als erwiesen an, dass die Verurteilten des gemeinschaftlich begangenen, fortgesetzten Mordes an nicht kriegsbeteiligten Zivilist_innen schuldig sind. Die Taten geschahen im Zeitraum vom 18. März bis zum 5. Mai 1944. In dieser kurzen Zeit überfielen Einheiten der Division »Hermann Göring«, unterstützt durch faschistische italienische Milizen, mehrere Dörfer in den Bergen der Toskana und Emilia-Romagna, töteten deren Bewohner_innen, darunter zahlreiche Kinder unter 14 Jahren, Greis_innen und Pfarrer, insgesamt circa 400 Menschen. Bei den Dörfern handelt es sich um Monchio, Susano, Costrignano (Provinz Modena), Cervarolo und Civago (Provinz Reggio-Emilia), Ceppetto, Cerreto Maggio (Provinz Florenz), Vallucciole, Stia, Pratovecchio, Partina, Moscaio, Castagno d' Andrea, Badia a Prataglia, Caprese (Provinz Arezzo), Mommio (Provinz Massa-Carrara).

Prozessiert wurde gegen zwölf Wehrmachtsangehörige der Division »Hermann Göring«, die meisten davon Offiziere und Unteroffiziere der Fallschirm-Panzer-Aufklärungsabteilung. Drei Angeklagte starben während des Prozesses, ein weiterer kurz vor dem Urteilsspruch. Keiner der Angeklagten ist vor Gericht erschienen. Sie wurden durch Wahl- oder Pflichtverteidiger_innen vertreten. Da die Bundesrepublik Deutschland aus Gründen der zivilrechtlichen Haftung auch auf der Anklagebank saß, hatte die deutsche Botschaft in Rom ebenfalls einen Wahlverteidiger geschickt.

Erschütternd waren die Zeug_innenaussagen der zahlreichen Frauen und Männer, die selbst die Massaker überlebt hatten, aber mit ansehen mussten, wie ihre Familienangehörigen oder andere Menschen aus dem Dorf misshandelt, vergewaltigt, ermordet wurden. Sie mussten miterleben, wie ihre Häuser, ihr Vieh, ihre gesamten Lebensgrundlagen niedergebrannt und zerstört wurden. Beeindruckend auch die Aussagen der Kinder und Enkel der Opfer, die berichteten, wie die Verarmung, aber vor allem die Traumatisierung der Eltern, Großeltern, Onkel und Tanten das tägliche Familienleben beeinflusst hat, und das oft über Jahrzehnte hinweg bis heute.

Die Beweisaufnahmen zu diesem Prozess begann im Jahr 2005. Die deutschen Ermittlungsbehörden übergaben der italienischen Staatsanwaltschaft im Zuge der Amtshilfe umfangreiche Materialien. Außerdem 180 Protokolle von Telefongesprächen der Verdächtigen, die drei Monate lang abgehört worden waren. Der Leiter der ermittelnden italienischen Militärpolizei bemerkte dazu im Gerichtssaal, es sei auffällig, dass keiner der Verdächtigen auch nur eine Andeutung von Reue geäußert habe.

Am Ende des Prozesses hält das italienische Militärgericht es anhand der Beweismittel und Zeugenaussagen als erwiesen an, dass die Verurteilten als Offiziere und Unteroffiziere an der Planung der Massaker beteiligt waren, sich am Ort des Geschehens befanden und als Kommandanten der eingesetzten Truppen Verantwortung für deren Tötungsaktionen tragen.

Die Frage steht im Raum, warum dieser und andere Prozesse gegen deutsche Kriegsverbrecher erst 60 Jahre und länger nach den Massakern stattfinden? Während des Priebke-Prozesses in Rom werden 1994 bei der Generalmilitär-Staatsanwaltschaft 695 Akten über deutsche Kriegsverbrechen gefunden, die detaillierte Angaben über die Täter enthielten. Der Schrank, in



Foto: Archivio Digitale Della Memoria

[1] Der von der Fallschirm-Panzerdivision »Hermann Göring« zerstörte Ort Sant' Pancrazio in der Provinz Arezzo.

dem sie vor unbefugten Augen verborgen lagen, wird in Italien »Schrank der Schande« genannt. Da die Taten nicht verjähren, werden die Akten an die zuständigen Militärstaatsanwaltschaften zur Bearbeitung gegeben. In der Folgezeit kommt es zu mehreren Prozessen und Verurteilungen.

Wer oder was hat die italienischen Militärjustizbehörden zu dieser »Versteckaktion« veranlasst? In einem Brief vom 10. Oktober 1956 schreibt der Verteidigungsminister Paolo Emilio Taviani an den Außenminister Gaetano Martino, dass er dagegen ist, von Seiten Italiens Anträge auf die Auslieferung von Kriegsverbrechern an Deutschland zu stellen, um keinen Riss im atlantischen Bündnis zu provozieren und um den in letzter Zeit erstarkten Polemiken in Deutschland gegen die deutsche Wiederbewaffnung im Rahmen der NATO keine Nahrung zu geben. Dieses Akzeptanzproblem der Bundeswehr wurde gelöst. Die Akten verschwanden und damit für die Öffentlichkeit auch das Thema deutsche Kriegsverbrechen in Italien.

Zur aktuellen Situation, diesmal der Vollstreckung dieses Urteils und anderer der gleichen Art. Die deutsche Justiz hat auf diesem Feld verschiedene Möglichkeiten. Sie könnte zum Beispiel, wie im Fall Scheungraber (vgl. AIB #81 und #84) geschehen, ein Gerichtsverfahren gegen die Verurteilten und Tatverdächtigen einleiten. Macht sie aber nicht, weil nach ihrer Sichtweise die Beweismittel dafür nicht ausreichen. Als nächstes könnte sie die Verurteilten ausliefern, das Europarecht sieht das vor. Macht sie aber nur dann, wenn die Täter dem zustimmen, was diese in allen Fällen nicht getan haben. Danach besteht die Möglichkeit, die italienischen Urteile in Deutschland zu vollstrecken. Der zuständige italienische Militärstaatsanwalt Marco De Paolis hat entsprechende Anträge auf den Weg gebracht, wartet aber seit Jahren auf Antwort. Es ist nicht klar, wo die Anträge versandet sind – im italienischen Justizministerium oder in den zuständigen deutschen Landesjustizministerien. Haben wir es hier mit einem neuen »Schrank der Schande« zu tun?

In jedem Fall könnte die Bundesregierung unmittelbar handeln: sie könnte den Opfern der Massaker die Entschädigungen zahlen, die Gerichte ihnen zugesprochen haben. Statt dessen hat sie beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag den Antrag gestellt, dass es den italienischen Gerichten verboten werden soll, den deutschen Staat zu Schadensersatzzahlungen zu verurteilen. Die italienischen Gerichte hatten ihre Urteile damit begründet, dass es sich hier um Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelt, und dies schwerer wiegt als die »Staatenimmunität«. Dazu sagte der Verteidiger der BRD im Verona-Prozess: »Dann könnten ja einzelne geschädigte vietnamesische Bürger die USA wegen Napalmbomben vor Gericht ziehen und Entschädigungen fordern.« Und ebenso die Opfer aus den aktuellen und zukünftigen Kriegen. Deshalb: besser nicht an der Staatenimmunität rühren.

Wir finden: Besser die Verbrecher bestrafen, die Opfer entschädigen und den nächsten Krieg ausfallen lassen! ■

¡Defender tu vida no es delito!

»Dein Leben zu verteidigen ist kein Verbrechen!«

Über einen inhaftierten Antifaschisten, über Neonazi-Skinheads in Quito und die Unabhängigkeit der Justiz in Ecuador.

Víctor Nuess

Víctor Nuess ist Aktivist der Antifaschistischen Linken Berlin und hielt sich zwischen September 2010 – März 2011 in Ecuador auf.

Wir stehen vor einer Stahltür im Norden Quitos, der Hauptstadt Ecuadors. Es ist Mittwoch, der 26. Januar, 11 Uhr. Es ist die Stahltür des »Carcél 4«, eines Gefängnisses in Quito, in dem normalerweise PolitikerInnen und PolizistInnen untergebracht sind, wenn sie auf der juristischen Ebene in Ungnade gefallen sind. Wir wollen einen jungen Antifaschisten von 20 Jahren besuchen; er sitzt seit Mai 2010 ein. Es ist Álvaro Paredes, dem vorgeworfen wird, den Neonazi Abraham Chimborazo erstochen zu haben.

»¡Defender tu vida no es un delito!« (»Dein Leben zu verteidigen ist kein Delikt«), so die Leitparole der bescheidenen Kampagne für die Freiheit von Álvaro. Bescheiden auch deshalb, weil sich die Solidaritätsgruppe sowie die Brigada Antifascista Quita, faktisch im Laufe eines Jahres seit dem Ableben des stadtbekannten Neonazi-Skins Chimborazo aufgelöst hat. Wir treffen nichtsdetsotrotz einen gut gelaunten Álvaro nach oberflächlichen Leibesvisitationen im Innenhof des Knastes.

Warum sitzt Álvaro

Ein Gruppe um den bekannten Neonazi Abraham Chimborazo überfiel am 17. Mai 2010 – bewaffnet mit Schlagringen, Messern und Knüppeln – den jungen Antifaschisten, als er gerade aus der Universität kam. Es war bereits der dritte Überfall dieser Art, mit der offensichtlichen Absicht, Álvaros Leben zu beenden.

Álvaro flüchtete zunächst über eine vielbefahrene Straße, dann in ein Internetcafé, wo es zu einem heftigen Handgemenge kam. Er flüchtete weiter, wieder auf das Gelände der Uni, wo er Film- und Videostudent ist. Dort schlugen ihn die Neonazis brutal zusammen, er konnte das Messer von Chimborazo entwenden, der im Tohuwabohu dann von seinem eigenen Messer verletzt wurde und verstarb.

Danach tauchte Álvaro Paredes verletzt für einige Tage ab, gab über YouTube eine Erklärung zum Überfall auf ihn ab. Dann stellte er sich auf Anraten seiner damaligen Anwälte der Justiz.

Die ersten Gerichtstermine zur Haftprüfung waren eher ein Desaster, nicht zuletzt wegen grundsätzlich falscher Einschätzungen seiner Anwälte. Ihre Einschätzung war gewesen, dass Álvaro ohne weitere Komplikationen auf freien Fuß gesetzt würde, da er ja in Notwehr gehandelt habe. Unterschätzt wurde seitens der Anwälte, die über reichlich Erfahrung mit Menschenrechtsprozessen verfügen, der Grad der Korruption ecuadorianischer Gerichte, speziell der des Provinzgerichtes Pichincha, der hiesigen Provinz. Álvaro wurde schließlich wegen Mordes angeklagt, was auch seine lange Untersuchungshaft erklärt.

Korruption der Justiz und Neonazi-Skinheads

In den ersten Anhörungen vor Gericht, hatte die zuständige Richterin sowohl eine Beweisführung auf Seiten von Álvaro nicht zugelassen, als auch jeglichen Versuch der Anwälte vor Ort weitergehende Äußerungen zu tätigen, unterbrochen oder abgewürgt. Im Gegenzug konnten die Eltern von Chimborazo sich offen selbst als Faschisten bezeichnen. Sie seien Nationalisten, wollten Ordnung etc. Kein Wort zur ANR [Acción Nacional Revolucionaria], der Neonazi-Gruppe, die Álvaro nach dem Leben trachtete. Kein Wort über ihre guten Verbindungen zu Teilen der Polizei, kein Wort



[1] Solidaritätskundgebung der Kampagne »Freiheit für Álvaro«.

dazu, dass ein ehemaliger Fremdenlegionär die jungen Neonazis in Kampfsport trainierte. Kein Wort über ihre Aktionen der »sozialen Säuberungen« gegen Homosexuelle, Sexarbeiterinnen, Obdachlose und Linke. Das Gericht sowie große Teile der ecuadorianischen Gesellschaft haben keine Begrifflichkeit von Faschismus oder Nationalsozialismus. Ohnehin ein kurioses Phänomen: Die auf den Nationalsozialismus fixierte Neonazi-Skinhead-Szene, bestehend aus weniger als 20 Personen. In einem Land, in dem mehr als 80 Prozent der Bevölkerung entweder Indigene, Mestiz_innen oder Afro-Ecuadorianer_innen sind. Der Nazikult erscheint wie eine willkürliche Mischung aus der Verwendung von Nazi-Symbolik, (rassistischer) Verachtung von Armen, Hass auf Obdachlose und Sexarbeiter_innen. So spricht die ANR von sozialen Säuberungen und meint Überfälle auf Obdachlose und Sexarbeiter_innen, oftmals auch erkennbare alternative Jugendliche (Heavy Metals, Punks, Langhaarige). Die ANR stellt sich auf ihrem Internet-Blog ästhetisch wie »Autonome Nationalisten« in der BRD dar, deren Symbolik und Motive auch dort zu finden sind. Ihre Parolen sind eine Mischung aus Gewaltkult und Nationalismus; »Blut – Stolz – Nation« (Sangre, Orgullo, Nación). Ihre aktuell dargestellte Großtat für die »Säuberung des Vaterlandes« ist eine »ökologische Aktion« zur Reinhaltung ihres Viertels. Mit gefüllten Müllbeuteln zeigen sie sich breitbeinig ihrer Fangemeinde.

Es gibt zwar in der ecuadorianischen Gesellschaft die politische Kategorie »rechts«, jedoch wird dies oftmals nur für die rechte politische Opposition oder Paramilitärs angewandt. Was Rechtskonservatismus, (faschistische) Diktaturen oder paramilitärische Aktionen der Polizei ideologisch und praktisch mit Faschismus zu tun haben, wird nicht gesehen. So sind auch die Reaktionen der Richterin und der Presse zu erklären, die es nicht als Skandal empfanden, dass sich Rechte – wie die Familie des Toten Chimborazo – offen als Fans des Nationalsozialismus outen. Nicht selten heißen hier Menschen mit Vornamen »Hilter« oder »Jitler«.

(Gerichts-)Entscheidungen

Was aber im Falle von Álvaro eventuell beim Gerichtstermin am 2. Februar 2011 wesentlich entscheidender war, war die Tatsache, dass das Gericht vom neuen Anwalt von Álvaro im Vorfeld eine hohe finanzielle »Spende« von 30.000 US $ erwähnt hatte. In einer Unterredung mit der Richterin, hatte der Anwalt darum gebeten, beim kommenden Gerichtsterminen doch bitte Platz zu lassen, den Fall ausführlich von Seiten der Verteidigung würdigen zu können. Es ist darüber hinaus davon auszugehen, dass in den vorangegangenen Verhandlungen ebenfalls Geld im Hintergrund eine nicht unerhebliche Rolle gespielt hatte.

Wendung und Freiheit

Am 2. Februar 2011 wurde im entscheidenden Gerichtstermin Álvaro Paredes nicht nur wegen einfacher Notwehr zu vier Jahren ohne Bewährung verurteilt, sondern auch ZeugInnen auf Seiten der Angreifer anschließend wegen Falschaussage angeklagt bzw. zu einer Geldstrafe verurteilt. Am Tag des Gerichtstermins wurde eine Gruppe von fünf Neonazi-Skinheads von der Polizei stundenlang geschützt. Auf der Solidaritätskundgebung auf Seiten der Unterstützenden von Álvaro Paredes hatten sich 50 Menschen eingefunden.

Mittlerweile ist Álvaro Paredes Freigänger mit Auflagen. Das Jahr Untersuchungshaft und das junge Alter geben ihm nach ecuadorianischer Rechtssprechung die Möglichkeit dazu. Seine ehemalige politische Gruppe, die Brigada Antifascista Quito hat sich aufgelöst und einige Personen, die noch am Anfang der Solidaritätsarbeit in seinem Namen antifaschistische Konzerte organisiert hatten, haben das eingesammelte Solidaritätsgeld nicht an Álvaro oder seine Anwälte weitergeleitet. Ein Brief von Álvaro hat dies unlängst öffentlich gemacht. Er selbst denkt über zwei Möglichkeiten nach: entweder die Brigada Antifascista neu aufzubauen oder aber eine Zeit lang nach Venezuela zu gehen, um sich dort solidarisch im Prozess zur Umgestaltung hin zum »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« einzubringen, nicht zuletzt auch wegen anhaltender Drohungen seitens der Neonazis. Wir wünschen ihm viel Glück, wie immer seine Entscheidung auch ausfallen mag. ■



[2] Álvaro Paredes wurde mittlerweile aus der Untersuchungshaft entlassen.



Terroranschläge in Norwegen

Foto: flickr.com – Marcin Lachowicz

Es ist schrecklich. Das Massaker auf der Insel Utøya und im Regierungsviertel in Oslo sind die heftigsten Terroranschläge, die jemals gegen die skandinavische Arbeiter_innenbewegung gerichtet waren. Wie konnte das passieren? Die ersten offiziellen Reaktionen versuchten, den Anschlägen die politische Dimension zu nehmen und sie als Taten eines Wahnsinnigen zu isolieren. Um die Anschläge und deren Ursachen zu verstehen, muss aber festgestellt werden, dass es politische Taten waren. Politisch motiviert und gegen andere politische Überzeugungen gerichtet.

Mathias Wag

Die Gründe/Motive für die Terroranschläge liegen im Rechtspopulismus der extremen Rechten, welcher heutzutage als salonfähig angesehen wird. Selbst definiert sie sich beschönigend als »einwanderer- und islamkritisch«. Eine extreme Rechte, die mehr europäisch agiert als national, mehr pro-israelisch als antisemitisch auftritt und mehr antimuslimisch und kulturrassistisch argumentiert als rassenideologisch. Sie sehen den Kulturkampf als bedeutungsvolle Arena und verkleiden ihre Rhetorik (auf ihre Art) als »antirassistisch« und offen, um der Stigmatisierung als rechts zu entgehen.

Es besteht kein Zweifel mehr, dass Anders Breivik das Massaker lange Zeit geplant hatte. Das Jugendlager wählte er als Ziel, um den größtmöglichen Schock und die maximale Verbreitung seiner Theorien, zusammengefasst in seinem sogenannten Manifest »2083-A european Declaration of Independence«, zu gewährleisten. Ein Tagebuchteil des Manifestes beschreibt die detaillierte Planung der Terroraktionen und diese gehören somit zu den am besten dokumentierten Anschlägen überhaupt. Inspiration bekam Breivik unter anderem von einem wichtigen Flügel der neuen extremen Rechten, dem Counter Jihad. Sie vertreten, genau wie Breivik, die Theorie um Metapolitik und Kulturkampf. Die Counter Jihad Bewegung ist aus der islamfeindlichen Stimmung entstanden, welche durch die Anschläge vom 11. September 2001 noch weiter Anschub erhielt. In den folgenden fünf bis sechs Jahren bildete sich ein Netzwerk aus europäischen Bloggern, die sich unter dem Namen Counter Jihad zusammentaten. Die tonangebenden Blogger waren »Gates of Vienna«, »Brüssels Journal« aus Belgien und der »Norweger Fjordmann«. Im April 2007 traf sich das Netzwerk, unterstützt von dem dänischen Netzwerk SIAD (Stop the Islamisation of Denmark) unter dem Motto »UK and Scandinavia Counter Jihad Summit« in Kopenhagen. Mit Ted Ekeroth war ein Vertreter der rechtspopulistischen Partei Schwedendemokraten anwesend. Die nächsten Jahre gab es Folgetreffen in Wien, Brüssel, Zürich und noch einmal Kopenhagen. Mitorganisator »Gates of Vienna« fasst die Ziele der Bewegung zusammen:

1.) Der weiteren Islamisierung der westlichen Länder etwas entgegenzusetzen. Die muslimische Integration muss eliminiert und dem Islam in der Öffentlichkeit kein weiterer Platz eingeräumt werden. 2.) Den Islam auf die

Nationen zu begrenzen, in denen Muslime in der Mehrheit sind. Kriminelle Muslime abzuschieben und die restlichen vollständig in die lokalen Kulturen zu assimilieren. 3.) Alle ausländische Unterstützung der betreffenden Nationen einzustellen 4.) Ein Basisnetzwerk zu entwickeln, das die politische Klasse in unseren Ländern ersetzt und die herrschende multikulturelle Ideologie, die die Islamisierung erst möglich macht, zu eliminieren. Wird diese Ideologie von uns in Ruhe gelassen, wird sie den Untergang der westlichen Zivilisation verursachen.

Der zentrale Organisator und Ideologe für das Netzwerk ist der norwegische Blogger, der unter dem Pseuonym Fjordmann schreibt. Der Attentäter Breivik erklärt Fjordmann zu seinem Lieblingsautor und den größten Teil seines Manifestes bilden direkte Kopien von Fjordmanns Texten. Nach dem Massaker wurde viel über eine Verbindung von Breivik zu Fjordmann spekuliert. Der antimuslimische Blogger Ted Ekeroth (Schweden), der selbst auf seinem Blog Fjordmann verteidigt, erklärt entgegen der Spekulationen, dass Fjordmann und Breivik nichts miteinander zu tun haben. Fjordmann selbst erklärt auf dem Blog »Gates of Vienna«, dass er Breivik nie persönlich getroffen habe.

Das Hauptaugenmerk von Counter Jihad liegt darauf, den sogenannten Kulturkampf voranzutreiben. Es sind aber auch weitere politische Initiativen aus dieser Bewegung entstanden. Die dänische Gruppe »Stop Islamiseringen af Danmark« (SIAD) von Anders Gravers Pederesens hat versucht, ihre Initiative auf Europa auszuweiten und die SIOE (Stop Islamisation of Europe) ins Leben gerufen. Counter Jihad und SIOE zeigen Interesse an der militanten English Defence League, die ihre Wurzeln in der britischen Hooligan-Szene hat. Eine Kombination aus Facebook und andere sozialen Medien sowie provozierenden gewalttätigen Demonstrationen vor Moscheen, ließ die Gruppe schnell zu einer bedeutenden Bewegung werden. Die britische Polizei bezeichnet die EDL als die größte Bedrohung der inneren Sicherheit in Großbritannien. Der EDL-Chefideologe Alan Lake wurde von dem Politiker der Sverigedemokraterna (vgl. AIB # 90) Kent Ekeroth zu seinem Antiislamierungskongress im Jahr 2009 eingeladen. Nur ein Jahr später wird die schwedische Antwort auf die EDL, die Swedish Defence League, gegründet.

Auch Breivik interessierte die EDL und er sprach sich in dem norwegischen Forum »Document.no« für eine norwegische Ausgabe der EDL aus, um die norwegischen antirassistischen Organisationen, wie »rote Jugend, SOS Rassismus, Blitz« (Autonomes Zentrum in Oslo) in ihrer Arbeit zu behindern. Breivik und die EDL teilen die große Faszination und Identifikation für die Kreuzzugritter als Symbol für den Kampf gegen den Islam. Norwegens zentrales Forum für die antimuslimische Debatte ist »Document.no« des Journalisten Hans Rustads. In dem 2003 gegründeten Forum war Breivik ein aktiver Schreiber und nahm auch an den Seminaren teil. Er sprach sich dafür aus, dass die Seite von Rustads die Grundlage für eine kulturkonserative Zeitung bilden sollte. Desweiteren versuchte er, den Aufbau eines norwegischen Ablegers der EDL oder eine norwegische Version der amerikanischen Tea-Party-Bewegung (vgl. AIB # 87) voranzutreiben.

Die Zahl 2083, im Titel vom »Terrormanifest« Breiviks steht für das Jahr, in dem der Islam den Krieg gewonnen habe und es zu spät zum Agieren sei. Es ist eine Anspielung auf die Belagerung Wiens durch Truppen des Osmanischen Reiches, exakt 400 Jahre zuvor, die schon einmal die europäische Zivilisation bedroht hätten. Die Counter Jihad Bewegung tritt dafür ein, dass der Islam nicht als Religion angesehen wird, sondern als Ideologie. Der Islam wird mit dem Kommunismus und Nazismus verglichen und als totalitäre Ideologie gleichen Typs identifiziert. Der marxistischen Ideologie wird die Schuld gegeben, der Islamisierung die Tür geöffnet zu haben – mit dem Ziel, das westliche Vaterland zu zerstören. Inspiriert ist diese Sicht von der französischen »Neuen Rechten« und deren Diskussion um den Kampf der Kulturen und Metapolitik. Demzufolge versuchte die Linke der 1968er den Kapitalismus abzuschaffen, verlor jedoch den Kampf um die politische und ökonomische Macht. In der Kultur konnte sich die Linke aber halten. Der Niedergang des ökonomisch »harten« Marxismus fiel zusammen mit dem Auseinanderbrechen des real existierenden Sozialismus. Der »weiche« Marxismus dagegen vermochte es, in den kunst- und ideologieproduzierenden Institutionen Einfluss zu nehmen: In Ausbildungswesen, Forschung, Kultur und in den Medien. Über diese Kontrolle der Ideologieproduktion gelang es der politischen Linken, eine kulturelle Hegemonie, ein Problemformulierungsprivilegium, zu errichten. Somit wurde der Rahmen für die Setzung der grundlegenden Werte und Normen, die seitdem die Politik bestimmen, geschaffen. Die Wurzeln für diesen weichen, infiltrierenden Marxismus, den Kulturmaxismus, der einen langen Marsch durch die Institutionen hinter sich habe, glaubt die »Neue Rechte« in Gramscis Theorien über Hegemonie und in der Frankfurter Schule zu finden.

Der metapolitische Kampf, der Kampf um Problemformulierung, Worte, Begriffe, Normen und Werte, wird als ein politisches Vorstadium, und die Blogger und Forumschreiber als die Vortruppen in diesem Kampf angesehen. Der Kampf gegen die politische Korrektheit, die Selbststilisierung als Underdog und der »Das darf man ja nicht sagen in der letzten Zeit«-Geist, der die gesamte extreme Rechte vereint, macht diese »Neue Rechte« Theorie zu einem zusammenhängenden politischen Projekt. ■

Breiviks politischer Hintergrund

Eine Einschätzung der norwegischen Antifaszene

Linnea Faksen ist Teil der antifaschistischen Szene Norwegens und im autonomen Blitzhuset in Oslo aktiv. Gemeinsam mit anderen beschäftigt sie sich seit einigen Jahren unter anderem mit neokonservativen Kräften in Norwegen.

Interview: antifa.cz und recherche-nord

AIB: Warum hat Anders B. Breivik eurer Meinung nach ein Camp der jungen Sozialdemokraten für seinen Angriff ausgewählt, anstatt radikalere Aktivist_innen, die gegen Islamophobie, Rassismus und Faschismus kämpfen?
Wahrscheinlich hat er festgestellt, dass die sozialdemokratische »Arbeiterpartei« zur Zeit die einflussreichste politische Kraft in Norwegen ist. Seiner Meinung nach tragen sie die Hauptverantwortung für die Migration von Muslimen nach Norwegen. Radikalere Aktivist_innen scheint er für weniger wichtig zu halten.

AIB: Breivik ist kein Neo-Nazi, sondern mehr ein fundamentaler Christ, der sich als Kämpfer gegen Islam, »Multikulturalismus« und »kulturellen Marxismus« begreift. Was macht die konservativen, eurozentristischen und christlich-fundamentalistischen Strukturen und Organisationen in Norwegen aus? Was sind ihre Aktionsformen, wie lässt sich ihre Ideologie umreißen?
Breiviks ideologischer Hintergrund speist sich aus diversen Internetforen. Eines davon ist das Portal »www.Document.no«, dass konservative, islamophobe und rassistische Positionen propagiert. Er war außerdem in diversen anderen Foren bekannter Websites aktiv. Eine der bekanntesten Gruppen ist die SIAN (»Stoppt die Islamifizierung Norwegens«), welche sich pro-israelisch und gleichzeitig tief antimuslimisch positioniert. Die SIAN hat allerdings nur wenige aktive Mitglieder und konnte ein paar Demonstrationen unter massivem Polizeischutz durchführen, die jedes Mal von fünf bis zehnmal so vielen Gegendemonstrant_innen begleitet wurden. Von 2001 bis 2005 war er außerdem Mitglied der »Fortschritts-Partei« (FRP), zu deren prominentesten Mitgliedern Per Willy Amundsen und Christian Tybring-Gjedde zählen. Teile der FRP vertreten ähnliche Ideen wie Breivik bezüglich Islam und »Multikulturalismus«. Sie hat andererseits aber auch relativ liberale Mitglieder, die eher für einen »Laisser-faire«-Kapitalismus eintreten, als sich mit migrationsspezifischen Themen zu beschäftigen. Einige Mitglieder positionieren sich nun allerdings klar gegen die islamophoben Teile ihrer Partei, sodass es in naher Zukunft sicherlich zu internen Spannungen kommen wird. Breivik war nie Teil der eher armseligen und unbedeutenden »Norwegian Defense League« (einer Partnerorganisation der English Defense League (EDL)). Doch er lässt sich sicher als Fan der EDL bezeichnen, stand mit einigen ihrer Mitgliedern in Kontakt und nahm an Demonstrationen in England teil.

AIB: Stehen diese ultrakonservativen Gruppen mit außerparlamentarischen Gruppen in Kontakt oder sind mit diesen vernetzt?
Meiner Meinung nach vollzieht sich ein Bruch zwischen Neonazis (welche z.B. die rechtsradikale Szene in Schweden dominieren) und den islamophoben und christlich-fundamentalistischen Gruppen. Ich habe die Diskussionen im skandinavienweiten »nordisk.nu-Forum« verfolgt, in dem Neonazis Breivik einen »Freimaurer« und »Zionisten« nennen. Sie sprechen sogar von einer israelischen Verschwörung hinter den Anschlägen.

Die christlichen Fundamentalisten und islamophoben Gruppen titulieren Breivik wiederum als Neonazi. Es gibt also definitiv eine Teilung in der radikalen Rechten zwischen »klassischen« Neonazi-Gruppen wie der SMR (Schwedische Wiederstandsbewegung), Vigrim (norwegische Neonazigruppe) und den EDL-inspirierten Gruppen (Nordic Defence League, Swedish Defence League, Norwegian Defence League, SIAN usw.).

AIB: Welche Geschichte hat die »Fortschritts-Partei« und was ist ihre politische Agenda? Was verstehen sie unter Migration? Haben sie ein »ideales« Konzept für Migrationspolitik?
Die Gründungsthemen der FRP waren niedrigere Steuern und ein »Stopp der Zuwanderung« – eine klassische Protestpartei mit einer rechtspopulistischen Agenda. Nahezu jeder norwegi-



Foto: Jon-Are Berg-Jacobsen-AFP-Getty Images

[1] Der Attentäter Anders Breivik wird nach seiner Festnahme von mehreren Polizisten zum Gericht gebracht.

sche Neonazi war eine Zeit lang Mitglied der FRP, wurde aber entweder auf Grund seiner Ansichten aus der Partei geworfen oder verließ sie freiwillig, da sie als zu »moderat« galt. Das Ziel der FRP ist es, Norwegen in einen weniger sozialdemokratischen Staat nach Vorbild der USA in Kombination mit einer restriktiveren Migrationspolitik zu verwandeln. Diese bezieht sich vor allem auf die Migrant_innen muslimischen Glaubens. Des weiteren fordern sie eine klassische »Law-and-Order«-Politik: mehr Polizei, eine härtere Justiz und mehr Überwachung. Ich würde sie eher mit den Republikanern vergleichen als mit den »schwedischen Demokraten« oder der »Danish Peoples Party«, weil sich ihre Wirtschaftspolitik doch sehr an der Idee des freien Marktes orientiert.

AIB: Wieso war die FRP die zweitstärkste Partei bei den letzten Wahlen in Norwegen? Warum wurden sie eurer Meinung nach gewählt?

Xenophobie und Islamophobie in der norwegischen Gesellschaft sind sicherlich zwei Gründe für ihren Erfolg und auch ihre Forderungen nach härterer Justiz und geringeren Steuern haben Zustimmung gefunden. Ich glaube aber auch, dass sie so erfolgreich sein konnten, weil sich alle anderen Parteien so arrogant gegenüber der »Arbeiterklasse« verhalten. Sowohl die Sozialdemokraten, als auch die Sozialisten kämpfen nicht mehr gegen Armut und Neoliberalismus und haben in gewisser Weise auch aufgehört ihre Wirtschaftspolitik am »Kleinen Mann« auszurichten. Die FRP hingegen gibt zumindest vor, diesen zu unterstützen und haben dafür eine sehr gut funktionierende Propaganda-Maschine.

AIB: Mit welchen anderen europäischen Parteien steht die FRP in Kontakt oder kooperiert sogar?

Es gibt Verbindungen zur Regierungspartei »Venstre« in Dänemark (der Name bedeutet eigentlich »Links«, sie haben allerdings eine ähnliche Agenda wie die FRP). Sie beziehen sich außerdem auf die Tories in England, die Republikaner in den USA und andere konservative und neokonservative europäische Parteien. Vorgeblich lehnen sie offensichtlich rechtsradikale Parteien wie die »Front National« in Frankreich, die »schwedischen Demokraten« usw. ab. Aber natürlich haben sie auch mit diesen Parteien einige Gemeinsamkeiten.

AIB: Wie haben sich in Norwegen antimuslimische und gegen »Multikulturalismus« agierende Strömungen entwickelt?

Islamophobe Positionen begannen mit einer starken Unterstützung Israels und großen Antipathien gegenüber Palästinenser_innen in den christlichen Teilen Norwegens (hauptsächlich im Süden und Westen des Landes). Die FRP und, in gemäßigten Ausmaß, die NDL haben Unterstützer_innen in diesen Gruppen. Anti-»Multikulturalismus« wurde in den 1980ern, als die FRP und die wachsende Neonazi-Szene Demonstrationen gegen Migration organisierten, zu einem populären Thema.

Eine andere Bewegung, die »Bürgerbewegung gegen Immigration« (FMI) entwickelte sich in den 1980ern und wurde schließlich in den frühen 1990ern durch antifaschistischen Widerstand zerschlagen. Auch andere Neonazi-Gruppen schrumpften während der 90er erheblich und ihre Aktivitäten kamen fast gänzlich zum Erliegen, nachdem ein Neonazi 2001 einen Jungen of colour ermordete. Nur die religiöse Sekte »Vigrid«, mit einem extrem antisemitischen Nazi-Kult überlebte und existiert noch immer. »Vigrid« steht allerdings viel zu abseits, um neue Mitglieder zu rekrutieren oder tatsächlich politisch zu agieren. Heute sind islamophobe Kräfte in der FRP, NDL, bei SIAN und in diversen Webblogs organisiert.

AIB: Einige Medien stellen Breiviks Anschläge als das Werk eines Psychopathen dar, dessen politische und ideologische Motivation fast keine Rolle für Anschläge spielten. Wie wichtig war seine politische Überzeugung für diese Angriffe?

Seine politischen Ansichten waren natürlich wichtig für die Angriffe. Seit zehn Jahren (nach dem 11. September 2001) wird die politische Debatte in Norwegen von Angst und letztlich dem Schüren von Hass gegenüber Muslimen und der muslimischen Welt bestimmt. Die Debatten verlaufen dabei zunehmend eurozentristisch und selbst einige Linke argumentieren mit der Überlegenheit der westlich Zivilisation gegenüber der muslimischen »Barbarei«. Der Fokus liegt dabei vor allem auf Angst und Misstrauen und meiner Meinung nach ist es offensichtlich, dass Breivik von diesen Debatten beeinflusst wurde. Wenn Politiker, Journalisten und Kommentatoren aus dem gesamten politischen Spektrum geneigt sind, die Furcht vor einer muslimischen Bedrohung oder gar Invasion zu übernehmen, glaubt auch irgendwann jemand, dass wir uns wirklich in einem Kriegszustand befinden und bringt Waffen in die politische Auseinandersetzung. ■



Macht der Marionetten

Björn Resener

[1] Casa Pound Aktivisten beim Überfall auf eine Studentendemo am 29. Oktober 2008 in Rom (links mit gestreiftem Hemd der Vorsitzende des Blocco Studentesco und Casa Pound Kader Francesco Polacchi; rechts mit Gürtel in der Hand Pietro Casasanta, Leiter des Ordnerdienstes)

Am 29. April diesen Jahres stehen eine Hand voll Student_innen auf der Straße vor der literarischen Fakultät der Universität Neapels. Sie betrachten die Schriftzüge, die Faschisten in der Nacht zuvor dort angebracht haben. »Antifas – Wir durchlöchern euch« steht dort geschrieben, ein Hakenkreuz ist daneben geschmiert. Das Entfernen derartiger Graffiti ist für die jungen Antifaschist_innen selbstverständlich, aber gerade hier ist es eine Herzensangelegenheit. Die Fakultät – in der ihr Kollektiv eine Aula besetzt hält – ist ihr täglicher Treffpunkt und die Parolen werden als gezielte Provokation empfunden. Doch sie sind mehr als das. Denn als sie gerade anfangen die ersten Buchstaben zu übermalen, werden die jungen Leute tatsächlich von bewaffneten Männern überfallen. Gemeinsam setzen sich die Angegriffenen zur Wehr und schlagen einen der Messerstecher zu Boden. Nach dem Überfall müssen drei von ihnen, aber auch ein Angreifer mit zum Teil schweren Verletzungen im Krankenhaus behandelt werden.

Der verletzte Messerstecher heißt Enzo Tarantino. Bei den kurz darauf stattfindenden Kommunalwahlen kandidierte er auf der Liste von Silvio Berlusconis Popolo della Libertà (PdL). Dass er am 16. Mai nicht viel mehr als 60 Stimmen auf sich vereinen konnte, lag sicherlich auch an der schlechten Presse, die der Überfall nach sich zog. Abgesehen von den verschenkten Stimmen scheinen die Ereignisse für die Partei des italienischen Ministerpräsidenten jedoch folgenlos zu sein. Der Skandal blieb aus, obwohl die PdL bewusst entschieden hatte mit Enzo Tarantino einen militanten Faschisten kandidieren zu lassen. In Neapel trat er seit Jahren bei Auseinandersetzungen mit Linken in Erscheinung. Für drei Monate hielt er mit seinen Kameraden ein Haus im Zentrum der Stadt besetzt, bis es im Dezember 2009 wegen einer erfolgreichen antifaschistischen Kampagne schließen musste.

Seit etwa zehn Jahren sind Häuser besetzende Faschisten in Italien keine Seltenheit mehr. Verantwortlich dafür ist ein Personenkreis, der seit ein paar Jahren unter dem Namen Casa Pound firmiert. Enzo Tarantino und seine Kameraden stellen den napoletanischen Ableger des Netzwerks dar. Doch der Ursprung des Phänomens liegt ca. 200 Kilometer weiter nördlich, in der italienischen Hauptstadt Rom.

1997 tauchten in der Metro, in Kneipen und an den Laternenpfählen der Stadt 15.000 Aufkleber auf. Sie zeigten nichts als ein Logo, zusammen gesetzt aus einem griechischen Zeta, einer Null und einem Alpha Zeichen. Danach wurden etliche Flugblätter verteilt, auf denen lediglich ein Gesicht mit einem Strichcode auf der Stirn, leeren weißen Augen und einem aufgeklebten Grinsen zu sehen war. Kurz darauf veröffentlichte eine Band

namens »ZetaZeroAlfa« ihre erste Single und nicht viel später ein Album mit dem Titel »La dittatura del sorriso« (Die Diktatur des Lächelns). Die Tonträger verkauften sich außerordentlich gut und schon bald waren mehrere hundert KonzertbesucherInnen keine Seltenheit mehr. Einige Alben später tauchte das Logo der Band auf Bannern in den Kurven der römischen Fußballvereine A.S. Rom und Lazio auf, immer in den jeweiligen Vereinsfarben. Und selbst bei den Ultras Sur von Real Madrid, der Brigade Sud Nice aus Frankreich und den Ultras von Levski Sofia ist es inzwischen zu finden.

Dass es sich hierbei stets um Vereine mit politisch rechten AnhängerInnen handelt, darf nicht verwundern. Denn »ZetaZeroAlfa« ist nicht bloß irgendeine Rockband mit geschicktem Marketing. Ihr Bandleader ist Gianluca Iannone, ein ehemaliger Skinhead und bis zum Verbot der Organisation im Jahre 1993 aktiv im »Movimento Politico Occidentale«, einer für italienische Verhältnisse außergewöhnlich antisemitischen Organisation. Trotz dem unterscheidet sich sein Projekt sowohl textlich, als auch musikalisch von anderen Rechtsrock-Bands. Die Inhalte sind politisch, aber weniger eindeutig und die Musiker beherrschen ihre Instrumente. Den eigenen Stil nennen sie Identitäts-Rock.

Die erste rechte Hausbesetzung wurde 1998 von Iannone und seinem Umfeld initiiert. Doch der Versuch scheiterte nach etwas mehr als einem Jahr. Erst vier Jahre später sollte es ihnen in Zusammenarbeit mit zwei anderen faschistischen Gruppen gelingen, eine ehemalige Schule in der Vorstadt in Beschlag zu nehmen. Sie tauften das Haus auf den Namen »Casa Montag«. Es war die erste rechte Besetzung in Rom, die nicht nach kurzer Zeit wieder aufgegeben werden musste. Der Grund dafür ist im engen Kontakt zwischen BesetzerInnen und der Destra Sociale zu suchen, dem parteiintern rechten Flügel der Alleanza Nazionale (AN). Denn zu diesem Zeitpunkt wurde die Region Lazio von Francesco Storace, einem ihrer Führer regiert. So konnten ab Sommer 2002 im »Casa Montag« unbehelligt Konzerte und Seminare stattfinden. Außerdem war dort die Redaktion der Zeitung Montag beheimatet.

Doch schon nach wenigen Monaten überliessen Iannone und seine AnhängerInnen das Haus den anderen Gruppen, um ihre Aktivitäten ins Zentrum Roms zu verlegen. Ein Jahr später besetzten AktivistInnen der AN-Jugendorganisation Azione Giovani das »Foro 753« in der Nähe des Kolosseums. Walter Veltroni – damals noch Bürgermeister Roms – ließ die Rechten gewähren, schließlich hätten auch die Linken tolerierte Besetzungen in der Hauptstadt. Euphorisch ein Haus auch unter der Ägide eines nicht-rechten Bürgermeisters halten zu können, nannte der AN-Nachwuchs ihr Haus fortan »nonkonforme Besetzung« – Occupazione Non Conformista (ONC) – und bezeichnete sich mit rebellischem Gestus als »nonkonforme Rechte«.

Ende 2003 tauchten in der Umgebung des »Foro 753« Flugblätter auf, die nach der verschwundenen Katze mit dem Namen Pound suchten. Im Stil des »ZetaZeroAlfa«-Marketings waren die Flugblätter ein Hinweis darauf, was kurze Zeit später im Viertel passieren sollte: Am 26. Dezember besetzte der Personenkreis um Gianluca Iannone ein sechsstöckiges Haus in der Nähe des Hauptbahnhofs Termini. Auch sie bezeichneten es als »nonkonforme« Besetzung und gaben dem Projekt den Namen »Casa Pound«. Namensgeber war der US-amerikanische Poet Ezra Pound, der den italienischen Faschismus unterstützte. An der Fassade des Hauses wurde ein Transparent mit einem Zitat von ihm angebracht: »Gegen jede Form von Zins.«

Die Besetzung markierte den Anfang der politischen Kampagne für den »Mutuo Sociale« (Sozialkredit). Im Kern wurde dabei die Eröffnung einer staatlichen Institution gefordert, die zinsfreie Kredite für den ersten Wohnungskauf vergibt. Außerdem soll dieser Einrichtung die Aufgabe zukommen, kleine Firmen mit dem Bau von Immobilien zu beauftragen. Die fertigen Wohnungen müssen dann ohne Gewinn verkauft werden. Die Idee ist keineswegs neu, sondern dem Entwurf der Verfassung der Repubblica Sociale Italiana (RSI)[1] entnommen.

Korruption und Spekulation auf dem Immobilienmarkt sind in der Tat eine der wichtigsten sozialen Fragen in der italienischen Hauptstadt. Hier leben rund drei Millionen Menschen und sozialer Wohnungsbau ist eine Rarität. 70 Prozent aller Italiener_innen wohnen in Eigentumswohnungen und junge Menschen kommen äußerst selten in gesicherte Beschäftigungsverhältnisse, weshalb sich selbst 30-jährige oftmals nicht leisten können bei den Eltern auszuziehen. Für junge Menschen ist das ein existenzielles Problem. Für die Faschisten hingegen ist es eine direkte Bedrohung der Kernfamile, da kaum jemand zusammenziehen und eine eigene Familie gründen kann.

Der Wunsch, das Ideal der italienischen Familie zu retten und der positive Bezug auf die faschistische Vergangenheit offenbarte das Potenzial die fraktionierte Rechte Roms zu einen. Im Kampagnenkomitee fanden die Neofaschisten von Casa Pound mit offen faschistischen Parteien wie der Fiamma Tricolore und den Postfaschisten der Alleanza Nazionale zusammen. Die Stimmen der »nonkonformen« HausbesetzerInnen und ihrer AnhängerInnen dienten hier von Anfang an als Verhandlungsmasse. Im Gegenzug sollten die Parteien die Forderung nach dem »Mutuo Sociale« in ihr politisches Programm aufnehmen.

Letztlich gingen die rechten HausbesetzerInnen vor den Parlamentswahlen 2006 sogar ein Bündnis mit der Fiamma Tricolore ein. Dies führte

→

1| Faschistischer Staat in Norditalien (1943-45), territorial beschränkt auf das von der deutschen Wehrmacht besetzte Gebiet.
2| Vgl.: Resener, Björn. Neofaschistischer Vormarsch. In: AIB #79
3| Vgl.: Resener, Björn. Alte Liebe rostet nicht. In: AIB #83





[1] Der heutige Bürgermeister von Rom Gianni Alemanno posiert in seiner Aktivistenphase vor einer Fahne mit dem rassistischen Keltenkreuz-Symbol.

Gianni Alemanno als Ordner einer MSI Demonstration [2] und als späterer Bürgermeister Roms [3].

→ zwar nicht zu nennenswerten Wahlerfolgen für die Partei, aber das Casa Pound Netzwerk wurde durch diese Zusammenarbeit gestärkt[2]. Nach den Parlamentswahlen 2008 hatte Gianluca Iannone innerparteilich so viel Macht, dass er zu einer echten Gefahr für die traditionellen Parteieliten geworden war. Ein Parteiausschluss sollte die Gefahr bannen. Doch als Reaktion auf den Rauswurf entschieden sich mehrere lokale Ableger von Fiamma Tricolore lieber Iannone zu folgen. Die von ihm aufgebaute SchülerInnen- und StudentInnenorganisation »Blocco Studentesco« brach komplett mit der Partei. In mehreren Städten wurden die Parteibüros von Iannones AnhängerInnen besetzt. Kurz darauf gründete dieser »Casa Pound Italia« mit lokalen Ablegern im ganzen Land.

Die Politik von Casa Pound unterscheidet sich deutlich vom blinden Aktionismus anderer offen faschistischer Splittergruppen, denn sie verfolgt Strategien. Der Kopf dahinter heißt Gabriele Adinolfi. Dieser war bereits Gründungsmitglied der Terza Posizione, einer sich antikapitalistisch gebenden, faschistischen Organisation der 1970er Jahre, aus der die rechtsterroristischen Nuclei Armati Rivoluzionari (NAR) hervorging. Als einige seiner Kameraden zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden, ging Adinolfi für 20 Jahre ins französische Exil, konnte sich bei seiner Rückkehr jedoch unbehelligt in der Öffentlichkeit präsentieren. Hier mimt er nun den rechten Intellektuellen, schreibt Bücher und Artikel in rechten Zeitschriften, oder tritt als Referent bei Veranstaltungen auf. So etwa auf der Sommerakademie der Synergies Européennes. Dass die jungen Faschisten sich nicht nur für Rechtsrock, sondern auch für rechte Kultur- und Ideengeschichte, also Schriftsteller wie Antoine de Saint-Exupéry und J.R. Tolkien, oder Philosophen wie Giovanni Gentile und Ernst Jünger interessieren, ist maßgeblich auf den Ex-Exilanten zurückzuführen.

Im Mai 2008 – im Zuge des Bruchs mit der Fiamma Tricolore – veröffentlichte Adinolfi einen weiteren richtungsweisenden Artikel. Darin konstatiert er die Marginalität der faschistischen Splitterparteien und legt dar, dass Berlusconi und seine Partei die Perspektive zur Realisierung der Vision von Casa Pound darstellen. Bei den Kommunalwahlen im Mai 2011 war der Messerstecher Tarantino deshalb auch nicht der einzige Kader aus dem faschistischen Netzwerk von Casa Pound Italia, der auf den Listen der Regierungspartei kandidierte. In den beiden toskanischen Städten Arezzo und Figline Valdarno, sowie in Marino – das in der Region Lazio liegt – zogen auf diesem Weg sogar Casa Pound Italia Aktivisten in die kommunalen Vertretungen ein. Für Silvio Berlusconi gehören derartige Bündnisse in mehrerlei Hinsicht zum politischen Kalkül. Landesweit sichert es ihm noch immer die Mehrheit der Stimmen, wenn er von der politischen Mitte des Landes, bis zu den Faschisten alle politischen Positionen auf seinen Listen vereint. Außerdem versucht er seit jeher den in Italien konstitutionell verankerten Antifaschismus aus der Verfassung und der politischen Kultur des Landes zu verdrängen. Dass er schon in seiner ersten Regierungszeit im Jahre 1994 mit dem Movimento Sociale Italiano (MSI) den Nachfolger der faschistischen Partei Benito Mussolinis in die Koalition holte, galt damals als Tabubruch. Heute – unzählige Tabubrüche später – scheint ein Bekenntnis zum Faschismus von der Mehrheit der Italiener_innen als eine politische Position unter anderen, d.h. als völlig normal empfunden zu werden.

Kein Wunder also, dass inzwischen viele Faschisten und Post-Faschisten in Silvio Berlusconi den fähigen und autoritären Führer sehen, nach dem



[1] Eine Kundgebung des Blocco Studentesco in Rom.

sie sich so lange gesehnt haben. Auch sind viele von ihnen bereits in der PdL organisiert, denn im März 2009 kam es zur offiziellen Vereinigung von Berlusconis alter Partei Forza Italia und der MSI-Nachfolgerin Alleanza Nazionale. Zwar ging mit der 1995 erfolgten Umbenennung der MSI auch ein Paradigmenwechsel einher – weg vom offenen Bekenntnis zum Faschismus – jedoch hatten die Faschisten mit der parteiinternen Destra Soziale und in Teilen der Jugendorganisation Azione Giovani auch weiterhin zwei wichtige Foren innerhalb der Partei.

Ohne bedeutsame politische Konzessionen war es ihnen auf diesem Weg möglich, erst in der Regierung und nun sogar in der stärksten Regierungspartei Fuß zu fassen. Am deutlichsten wird diese Entwicklung in der Personalie Gianni Alemanno[3]. Der heutige Bürgermeister von Rom war ein berüchtigter rechter Straßenschläger und musste Anfang der 1980er Jahre ins Gefängnis, weil er einen Molotov-Cocktail gegen die sowjetische Botschaft geworfen haben soll. Unter dem Anzug trägt er nach eigenen Aussagen immer noch den Anhänger mit dem stilisierten Keltenkreuz – ein in Deutschland verbotenes Symbol für die Vorherrschaft der weißen Rasse.

Seit Alemanno 2008 zum Bürgermeister Roms gewählt wurde, haben viele Faschisten der unterschiedlichsten Generationen Anstellungen im politischen Apparat der Hauptstadt gefunden. Sein Chefsekretär Antonio Lucarelli war beispielsweise Funktionär von Forza Nuova, einer klerikalfaschistischen Partei, die politische Kontakte zur NPD unterhält. Außerdem ist er ein alter Kamerad von Gianluca Iannone, denn auch er gehörte zur Gruppe derer, die 1998 die erste rechte Besetzung in Angriff nahmen. Weiter unten auf der Karriereleiter gehören sogar einige der vergleichsweise jungen Aktivisten von Casa Pound Italia zum Personal. Das sichert ihnen nicht nur ein erträgliches Einkommen, sondern erleichtert es auch ihren Kameraden an kommunale Gelder zu kommen. Der Mythos der »nonkonformen« Rechten dürfte unter diesen Umständen immer mehr an Glaubwürdigkeit verlieren. Aber zumindest scheint sich das Arrangenemt mit den Mächtigen im wahrsten Sinne des Wortes auszuzahlen. ■

Fashizumu

Faschismusbegriff und Geschichtspolitik in Japan

Neben Deutschland und Italien war Japan zentraler Akteur des Zweiten Weltkriegs. Während der »Pazifikkrieg« oder »Pearl Harbour« bekannte Begriffe in der deutschen Geschichtsschreibung sind, ist die Ideologie, die Japan verfolgte sowie das Ausmaß der japanischen Gräueltaten wenig bekannt und hierzulande nur schwer zu recherchieren.

Ein Gastbeitrag der Gruppe Antifaschistische Linke International (A.L.I.).

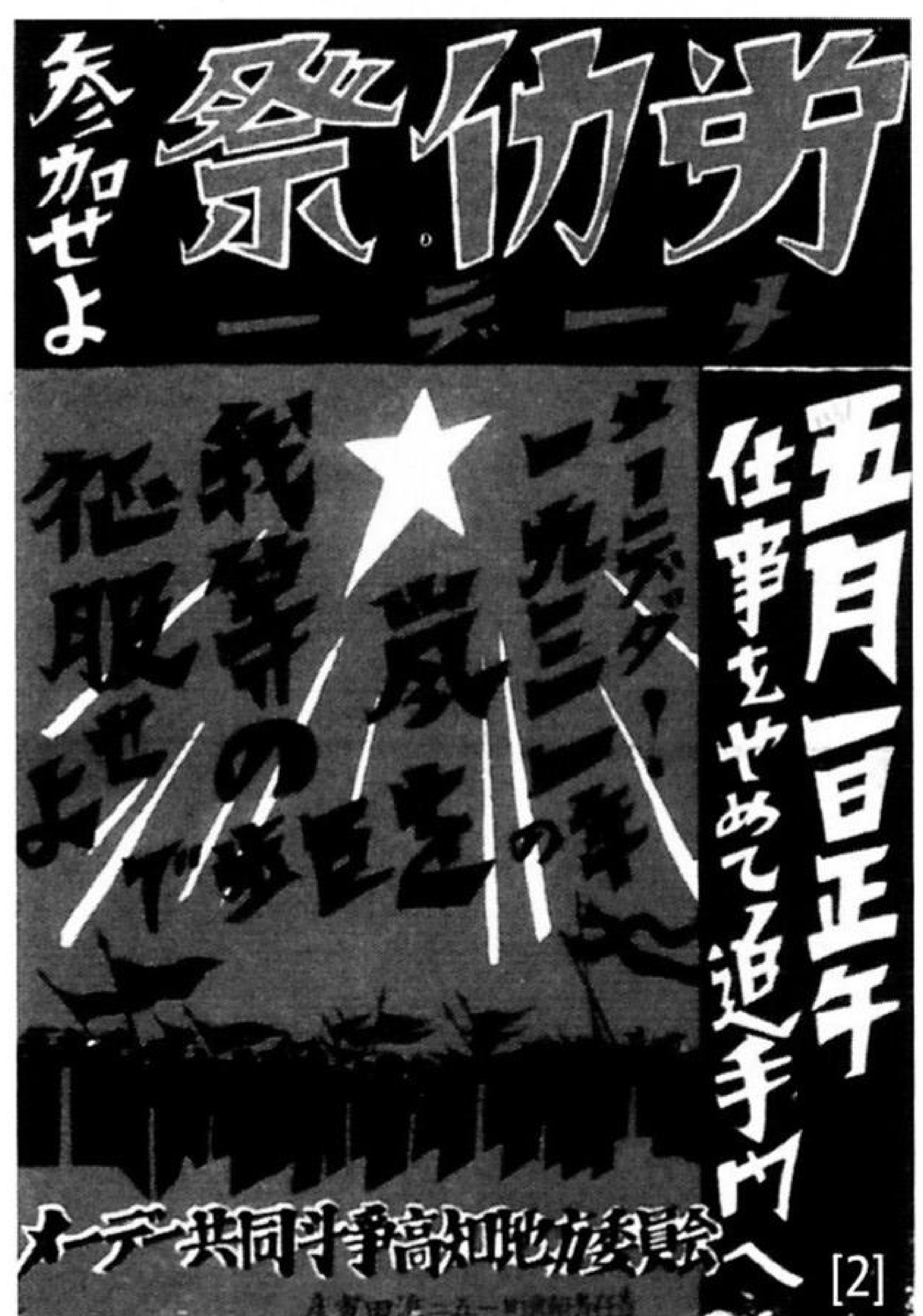
Im Rahmen der Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«, vom 2. April bis 8. Mai 2011 in Göttingen, hat sich die Antifaschistische Linke International (A.L.I.) mit dem Begriff des historischen japanischen Faschismus und der geschichtspolitischen Diskussionen in der Gegenwart auseinandergesetzt. Ausgangspunkt für eine Einordnung der damaligen Geschehnisse in Japan sind dabei Analysen von japanischen Antifaschist_innen, die vor und während des Zweiten Weltkriegs gelebt haben. Tosaka Jun beispielsweise, Mitglied der Kommunistischen Partei Japans; oder Maruyama Masao, ein japanischer antifaschistischer Christ, verfassten Texte über »japanischen Faschismus« (fashizumu), um die Entwicklungen in Japan in einen weltweiten Zusammenhang zu stellen, anstatt eine japanische »Ausnahme« zu suchen und die Verhältnisse damit zu entpolitisieren.

In Italien und Deutschland war der Beginn der faschistischen Systeme mit Mussolinis Machtantritt im Oktober 1922 und die Machtübergabe an Hitler im Januar 1933 genau auszumachen. In Japan hingegen gab es durch eine schrittweise Annäherung zum Faschismus keinen klaren Zeitpunkt, in dem die faschistische Bewegung durch die Übernahme der Staatsmacht eindeutig zur Herrschaft gelangte. Der japanische Faschismus entstand während der Shôwa-Krisenkette in den 1920er Jahren. Diese hatte schwere soziale und ökonomische Verwerfungen und einen sich verschärfenden Klassenkampf zur Folge. Kapitalisten und Grundbesitzer sahen sich als Bewahrer des Tennô-Systems[1] mit dem Kaiser an der Spitze der Gesellschaft, das sich durch die Krisen einer wachsenden Bedrohung ausgesetzt sah: durch eine sich radikalisierende Bauernschaft, Industrie-Streiks, eine sich emanzipierende Frauenbewegung und selbstbewusste Student_innen. Die Oktoberrevolution von 1917 im benachbarten Russland tat ihr übriges, um den Kapitalismus auch in Japan als überwindbar erscheinen zu lassen.

Die japanischen Faschisten versprachen das Ende der Klassengesellschaft durch das Heraufbeschwören eines Staates und einer Nation, die durch »natürliche Blutsbande des Volkes« geeint würden. Während für die italienischen Faschisten der Staat als Mittelpunkt aller Maßstäbe galt und die deutschen Nazis der »Volksgemeinschaft« die Vorrangstellung gewährten, betrachteten die japanischen Faschisten den Tennô als Urquelle aller Ideen und Normen sowie als »Inkarnation höchster Tugend«. Staat und »Volksgemeinschaft« wurden in Japan lediglich als Vollstrecker der Werte des Kaisers angesehen. Sein Wille war absolut und total.

Soziale Basis des sich entwickelnden japanischen Faschismus stellten die Mittelklassen dar. Ihnen war es – entgegen den Arbeiter_innenklassen – auf Grund ihrer organisatorischen Schwächen unmöglich, eigene Interessen und soziale Positionen mittels eines Klassenkampfes durchzusetzen. Die Kontrolle über das Monopolkapital und die Garantie von »Sicherheit und







Ordnung« in der Gesellschaft durch einen starken Staat, erschien den Mittelklassen für die Bewahrung ihrer erworbenen Rechte und ihrer Position als »Zentrum der Gesellschaft« notwendig.

Seit den 1920er Jahren schlossen sich die bis dahin zerstreut operierenden, elitären rechten Bewegungen von Zivilisten mit Teilen des Militärs zusammen. Die Militärs übernahmen von nun an die Führung der faschistischen Bewegung und setzen sich mit ihrer Politik im Staat durch. Innenpolitisch hatte das Militär seit den 1870er Jahren verfassungsmäßig garantierte Rechte durch eine direkte Verbindung zum Tennô.

Im faschistischen Deutschland und Italien wurde zunächst innerhalb der Bevölkerung die Herrschaft stabilisiert und danach die militärische Invasion im Ausland als Vollstreckung der ideologischen Ansprüche auf Erweiterung des »Lebensraums« propagiert. In Japan hingegen ging die äußere Expansion der inneren Stabilisierung des faschistischen Systems voraus. Die totale Mobilisierung der Massen im Sinne des Faschismus, die die Militärs beabsichtigten, wurde erst dann möglich, als die »große Illusion« für die Verwirklichung einer neuen Verteilung der Machtsphäre der Welt zugunsten Japans im Bewusstsein der japanischen Massen fest verankert war.

Ab 1928 wurden Möglichkeiten der Meinungsäußerungen eingeschränkt und Linke inhaftiert. Der Marxismus war dabei nicht das einzige Angriffsziel. Die Kampagnen richteten sich auch gegen vermeintlich europäisches Gedankengut wie Individualismus, als Gegensatz zum asiatischen Konzept des kommunitaristischen Kollektivismus. Ab 1937 war es der Regierung neben der Bekämpfung linker Ideen daran gelegen, Verständnis für die »großasiatische Neuordnung« (Daitôa shintaisei) zu verstärken. Gemäß dieser außenpolitischen Zielsetzung richtete sich die Erziehungspolitik auf zwei Aufgaben: die Ausbildung von kaiserlichen Untertanen, um die Eskalation des Krieges gegen China ideologisch zu unterstützen sowie die Ausbildung einer »großen Nation« als künftigem »Führer in Ostasien«. Mit der weiteren Eskalation des Weltkrieges spitzten sich auch Ideologie und Organisationsform des japanischen Faschismus zu: 1940 wurden alle verbliebenen Parteien Japans von der faschistischen Bewegung »Abgeordnetenbund zur Durchführung des heiligen Krieges« (Seisen kantetsu giin renmei) verboten. Die ersten Kriegserfolge der deutschen Wehrmacht in Europa waren unmittelbare Ursache für die schnelle Entwicklung zur Auflösung der Parteien und zur »Neuordnungs-Bewegung« in Japan.

Der rechte Zusammenschluss aus Militärs und Faschisten vertrat die »Asiatische Monroe–Doktrin«, die darauf zielte, dass Japan die Weltordnung Englands und der USA, zumindest in Asien durch kompromisslose militärische Konfrontation durchbricht. Die Angelegenheiten in Asien sollten so von Asiat_innen selbst gesteuert werden. Mit der Vorstellung »Asien den

[1] Xiu Ning, Mitglied der Malayan People's Anti-Japanese Army (MPAJA), bevor sie als eine der Letzten 1989 den Regenwald verließ.

[2] Japan 1932: Arbeiterfest am 1. Mai; Erobert durch unsere glänzenden Leistungen einen Sturm; Haltet mittags die Arbeit an und versammelt euch am Outemon [ein Tor vom Schloss Kochi in der gleichnamigen Stadt in Japan]; Organisiert von: Regionalkomitee von Kochi für einen gemeinsamen Kampf zum 1. Mai.

[3] Titelblatt einer in englischer Sprache erscheinenden Zeitung vom 21. März 1937 zum deutsch-japanischen Antikomintern-Abkommen.

1| Tenno: Ein japanischer Herrscher-und Adelstitel, der häufig mit »Kaiser« übersetzt wird.

➔



[1] Wandtafel der Ausstellung: Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg.

Asiaten« sahen die japanischen Faschisten einem Großasiatischen Reich entgegen, mit Japaner_innen als »Herrenrasse« an der Spitze. Zur Mobilisierung von Bündnispartnern in der Region wurde diese Ideologie mit einer Rhetorik der »Befreiung der asiatischen Völker von der Kolonialherrschaft« verknüpft. Diese vorgebliche antikoloniale Befreiung war unmittelbar mit dem Machtanspruch auf die ost- und südost-asiatischen Territorien verschränkt und diente in der späteren Besatzung als ideologische Rechtfertigung für den imperialistischen Krieg gegen China und andere asiatischen Staaten. Bereits seit 1910 hielt Japan Korea besetzt, 1931 begann mit dem »Mandschurischen-Zwischenfall« der Krieg gegen China. Kriegsführung und Besatzung waren vielerorts als Vernichtungskrieg gegen die chinesische Bevölkerung zu bezeichnen: Mit Massakern an der Zivilbevölkerung, systematischen medizinischen Menschenversuchen und sexueller Versklavung von Frauen überzogen die Japaner bis August 1945 große Teile Ost-/Südostasiens und Ozeaniens.

Sexuelle Versklavung und Entschädigungsforderungen

Die systematische sexuelle Versklavung von Frauen durch das japanische Militär und die fortdauernde Weigerung Japans Entschädigungen zu leisten sind ein Beispiel, dass das Wesen des japanischen Faschismus und gesellschaftliche Kontinuitäten bis in die Gegenwart umreißt. Die japanische Armee betrieb zwischen 1932 und 1945 in den besetzten Ländern ein System von Militärbordellen. Etwa 200.000 Mädchen und Frauen wurden in diese Vergewaltigungshäuser verschleppt oder gelockt. Neben 80.000 bis 120.000 Koreanerinnen gehörten dazu auch Frauen aus China, den Philippinen, Malaya, Burma, Osttimor und Indonesien. Die verharmlosenden Begrifflichkeiten »jungshindae« (koreanisch:



»den Körper freiwillig für die Arbeit einsetzen«), »comfort stations«, oder lanfu (japanisch: »Trostfrau«) sollen darüber hinwegtäuschen, dass Japan im Zweiten Weltkrieg systematische sexuelle Sklaverei betrieb.

Nach der Befreiung vom japanischen Faschismus und der Rückkehr in ihre Herkunftsländer schwiegen die meisten Frauen aus Scham und Angst vor familiärer und gesellschaftlicher Ächtung über die an ihnen verübten Verbrechen. Erst der Auftritt einer Betroffenen im koreanischen Fernsehen rüttelte viele Frauen nach 46 Jahren auf. Kim Hak-Sun sprach 1991 über ihre Erlebnisse im Zweiten Weltkrieg und forderte Frauen denen ähnliches angetan wurde, auf, gemeinsam aktiv zu werden. Der Koreanische Rat für durch sexuellen Missbrauch durch das japanische Militär zwangsrekrutierte Frauen ermutigte viele ehemalige Zwangsprostituierte dazu, an die Öffentlichkeit zu treten und von der japanischen Regierung ein Schuldeingeständnis, Abbitte und Entschädigung zu fordern: »Wir erwarten, dass die japanische Regierung die Wahrheit enthüllt, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zieht, sich offiziell für diese Verbrechen entschuldigt, die Opfer (...) entschädigt, die Geschichtsbücher korrigiert und ein Mahnmal errichtet«. Seit Januar 1992 demonstrieren die Frauen mit Unterstützer_innen wöchentlich vor der japanischen Botschaft in Seoul, im Herbst 2011 wird die eintausendste Kundgebung stattfinden. Japan ist bisher nicht auf die Forderungen der Frauen eingegangen.

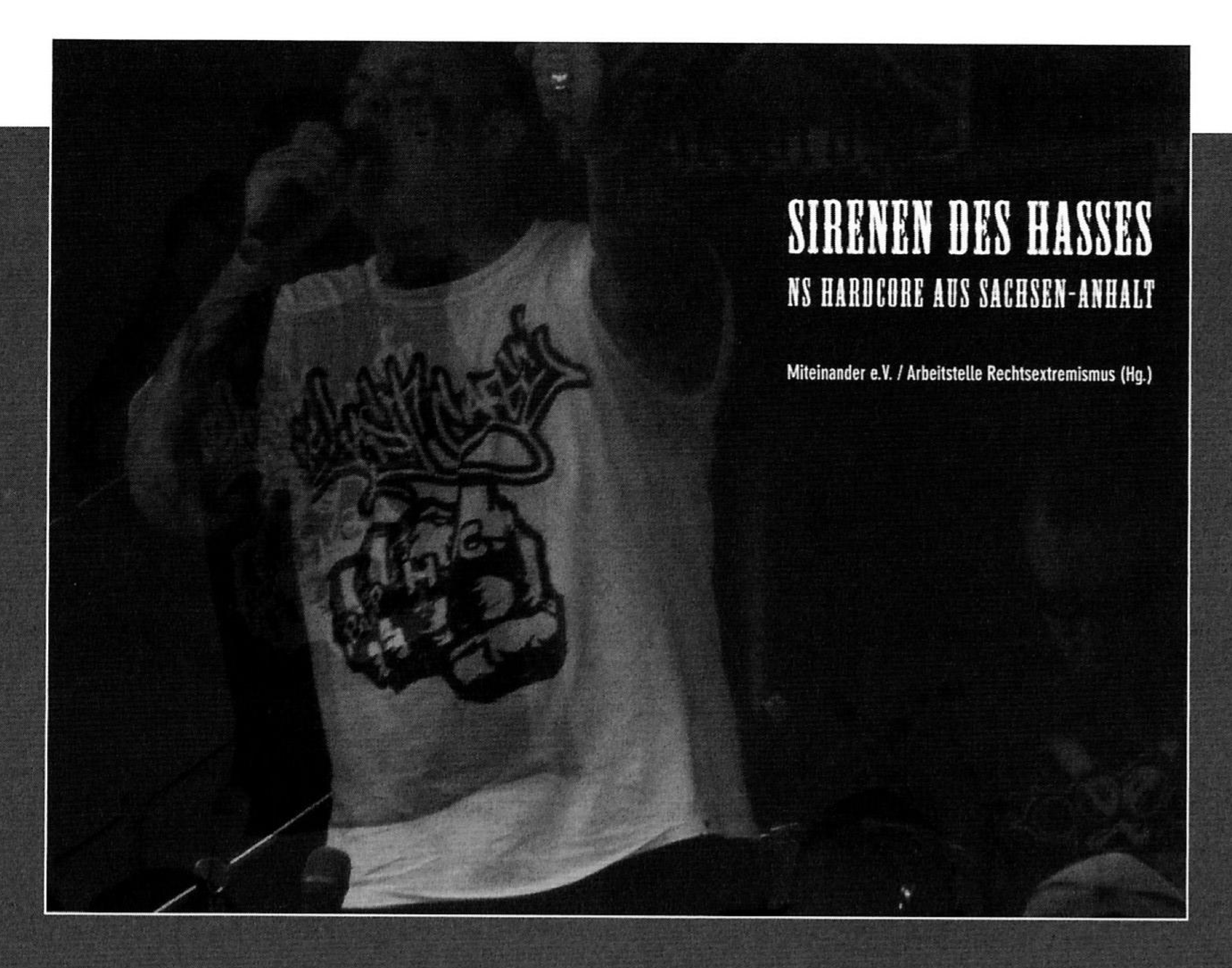
Im Dezember 2000 veranstalteten Frauen aus verschiedenen Ländern in Tokio ein Internationales Kriegsverbrechertribunal über sexuelle Versklavung durch die japanische Armee 1932 bis 1945. Nach der bewegenden Anhörung von Zeuginnen bewertete das Tribunal das System der Zwangsprostitution im Zweiten Weltkrieg als integralen Bestandteil der Kriegsstrategie des japanischen Staates. Den alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkrieges legte das Tribunal zur Last, die Verbrechen nach Kriegsende nicht verfolgt und die Täter so unbelangt gelassen zu haben.

In Japan werden die koreanischen Frauen von feministischen Initiativen und Menschenrechtsaktivist_innen unterstützt. Sie sammeln Informationen, leisten Öffentlichkeitsarbeit oder übergeben gemeinsam mit den ehemaligen Zwangsprostituierten gesammelte Unterschriften. Seit Oktober 2009 hat eine neue japanische Regierung immerhin eine »Arbeitsgruppe zur Vergangenheitsbewältigung« eingerichtet. Doch auch diese erste Reaktion ist ein zynisches Spiel auf Zeit. Der Nachfolgestaat des japanischen Faschismus spekuliert darauf, dass die Frauen irgendwann zu alt und zu wenige sein werden, um ihre Stimme zu erheben. 2011 sind allein in Südkorea bereits drei dieser mutigen Frauen gestorben.

Ehrung für Kriegsverbecher

Das angespannte Verhältnis zu China und Korea wird regelmäßig auch durch die Ehrung von Kriegsverbrechern in Japan belastet. Der Yasukuni-Schrein in Tokio ist eine Gedenkstätte mit Listen von 2,5 Millionen japanischen Kriegsgefallene, unter ihnen auch 14 hingerichtete Kriegsverbrecher und Angehörige der berüchtigten Einheit 731 zur biologischen Kriegsführung in China. Alljährlich marschieren rechte japanische Verbände zum 15. August, dem Jahrestag der japanischen Kapitulation, zum Schrein, um ihnen ihre Ehre zu erweisen. Die Frage, ob hochrangige japanische Politiker hier einen »lediglich privaten Besuch« abstatten oder in ihrem offiziellen Amt an den militaristischen und nationalistischen Aufmärschen zum 15. August teilnehmen, führt in Japan regelmäßig zu Auseinandersetzungen mit Antifaschist_innen und löste in China und Korea mehrfach heftige Reaktionen aus. Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2000 besuchte Premierminister Jun'ichiro Koizumi (Liberaldemokratische Partei LDP) bis 2006 jedes Jahr den Schrein. Erst 2010 brach Premierminister Naoto Kan (Demokratische Partei DPJ) mit dieser Tradition. ■

Mehr Informationen unter:
www.ali.antifa.de
www.koreaverband.de

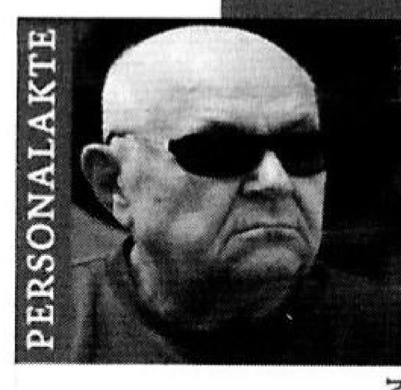


Miteinander e.V. / Arbeitsstelle Rechtsextremismus (2010): Sirenen des Hasses – NS Hardcore aus Sachsen-Anhalt.
46 S. kostenlos
Download unter:
www.miteinander-ev.de

Sirenen des Hasses – NS Hardcore aus Sachsen-Anhalt

Der in Sachsen-Anhalt ansässige Verein Miteinander e. V. hat eine Broschüre zum »National Socialist Hardcore« (NSHC) herausgebracht. Es ist die erste eigenständige Veröffentlichung zu dieser Sparte im Rechtsrock. Mittlerweile gibt es diese eigenständige Musiksszene seit gut zehn Jahren in Deutschland. Ohne diese aus den USA stammende Stilrichtung, wäre vermutlich das Phänomen Autonome Nationalisten nicht in dieser Form und Massivität entstanden. Neonazidemos wären noch immer geprägt von Skinheads und nicht von Ohrtunnel, Basecaps, Turnschuhe und HC-Band-T-Shirts tragenden Neonazis. Die Autoren von Sirenen des Hasses führen die Leserschaft durch die Geschichte der Jugendkultur(en) des Punks und Hardcore. Sie können dabei gut vermitteln, was die einzelnen Stilbrüche und Weggabelungen in diesen Subkulturen waren. Gut kommt dabei der Unterschied zwischen den USA und Europa rüber. Sind doch die USA die Geburtsstätte des HC sowie des NSHC mit Bands wie Blue Eyed Devils. Diese stießen auch den Siegeslauf des NSHC in Deutschland mit ihren ersten Konzerten 1997 an. Zeitgleich zog es aber auch immer mehr Neonazis zu Gigs von HC-Bands, die sich eher links positionieren. Ab der Jahrtausendwende entstanden dann aus ehemaligen Neonaziskinbands die ersten deutschen NSHC-Combos. Diese texten fast durchgehend, wie die US-Vorbilder, in Englisch.

Besonders gefallen an Sirenen des Hasses die vielen Auszüge aus Songtexten. Ein Großteil wurde zudem noch durch die Autoren übersetzt und erläutert. Selbiges gilt für Auszüge einiger Besprechungen aus Neonazifanzines und Internetforen. So können die Autoren gut die Mentalität der NSHC Akteure und Fans darstellen.
Obwohl sich der Mittelteil dieser Broschüre näher mit Bands aus Sachsen-Anhalt beschäftigt, ist die Publikation aufgrund der guten Einführung und Darstellung für den gesamten deutschsprachigen Raum von Interesse. (FK) ■



Matthias Janson
Hitlers Hiwis – Ivan Demjanjuk und die Trawniki Männer
KVV Konkret
1. Auflage Oktober 2010
ISBN-10: 3930786583
ISBN-13: 978-3930786589

Im ersten Teil seines Buches geht Matthias Janson auf die sogenannten »fremdvölkischen Hilfskräfte« ein, welche die Nationalsozialisten rekrutierten, um sie zu Helfern bei der Ermordung von Juden und Jüdinnen zu machen. Neben tausenden anderen wurde auch Ivan Demjanjuk im SS-Ausbildungs- und Arbeitslager Trawniki zum Mordgehilfen ausgebildet. Die Nazis wählten vornehmlich Männer mit geringem Bildungstand aus. Mit dem Scheitern der Eroberung der Sowjetunion beschränkten sich die Einsatzgebiete der Trawniki-Männer auf das Gebiet des Generalgouvernements. Die beiden Hauptaufgaben beschränkten sich auf die Bewachung und Partisanenbekämpfung. So wurden Trawniki-Männer zur Bewachung von militärischen und zivilen Objekten, bei Zwangsarbeitslagern und im Arbeitslager von Trawniki eingesetzt. Ab 1943 kamen Trawniki-Männer auch zur Bewachung des KZ Auschwitz und des KZ Stutthof zum Einsatz. Im zweiten Teil untersucht der Autor erstmals Iwan Demjanjuks Werdegang im Kontext der NS-Vernichtungspolitik und im Zusammenhang der internationalen Versuche seine Taten juristisch aufzuklären. Es beschreibt die skandalösen Versäumnisse der deutschen Justiz bei den Prozessen gegen die Verantwortlichen des Lagers Trawniki. Interviews mit den Historikern Frank Golczewski, Annette Weinke und Tom Segev zum Fall Demjanjuk runden den Band ab. ■

Kressmann Taylor
Adressat unbekannt
Rowohlt Taschenbuch Verlag
3. Auflage November 2002
erstmals 1938 »Story Magazine«, New York
ISBN 3-499-23093-3

Kressmann Taylor fängt mit schriftstellerischer Brillianz und in einfühlsamer Darstellung ein, wie ein Mensch mit Worten töten kann. Selten wird man auf so wenigen Seiten in eine Freundschaft hineingezogen und sieht sie an nationalsozialistischer Propaganda und Mittäterschaft zerbrechen. In einem Wechsel aus achtzehn Briefen zwischen dem US-amerikanischen Juden Max Eisenstein und seinem ehemaligen deutschen Geschäftspartner Martin Schulse schildert Taylor in ergreifender Schlichtheit die Entwicklung Martins zu einem deutschen Täter. Mit mehr als nur dem atlantischen Ozean zwischen ihnen muss Max sich damit arrangieren, dass sein bester Freund die nationalsozialistische Indoktrination und die völkische Gesinnung voll und ganz in sich aufnimmt. »Ihr lamentiert immer, aber ihr seid niemals tapfer genug, zurückzuschlagen. Deshalb gibt es Pogrome.« schreibt Martin im Juli 1933 an den fassungslosen Max, der versucht zu mahnen, zu erinnern, an die gemeinsam geteilten Werte zu appellieren; und zuletzt, seine Schwester Griselle zu retten, die als Schauspielerin nach Berlin gegangen ist und sich auf der Flucht vor der SA an Martin wendet. Dieser schützt die ehemalige Geliebte nicht, sondern sieht tatenlos zu, wie sie ermordet wird. Und Max wehrt sich dagegen auf seine Art: mit Worten. Er schreibt Briefe, die dazu führen, dass Martin das Vertrauen seiner Umgebung verliert. Und so erhält Max seinen letzten Brief zurück – mit dem Stempel »Adressat unbekannt«. ■



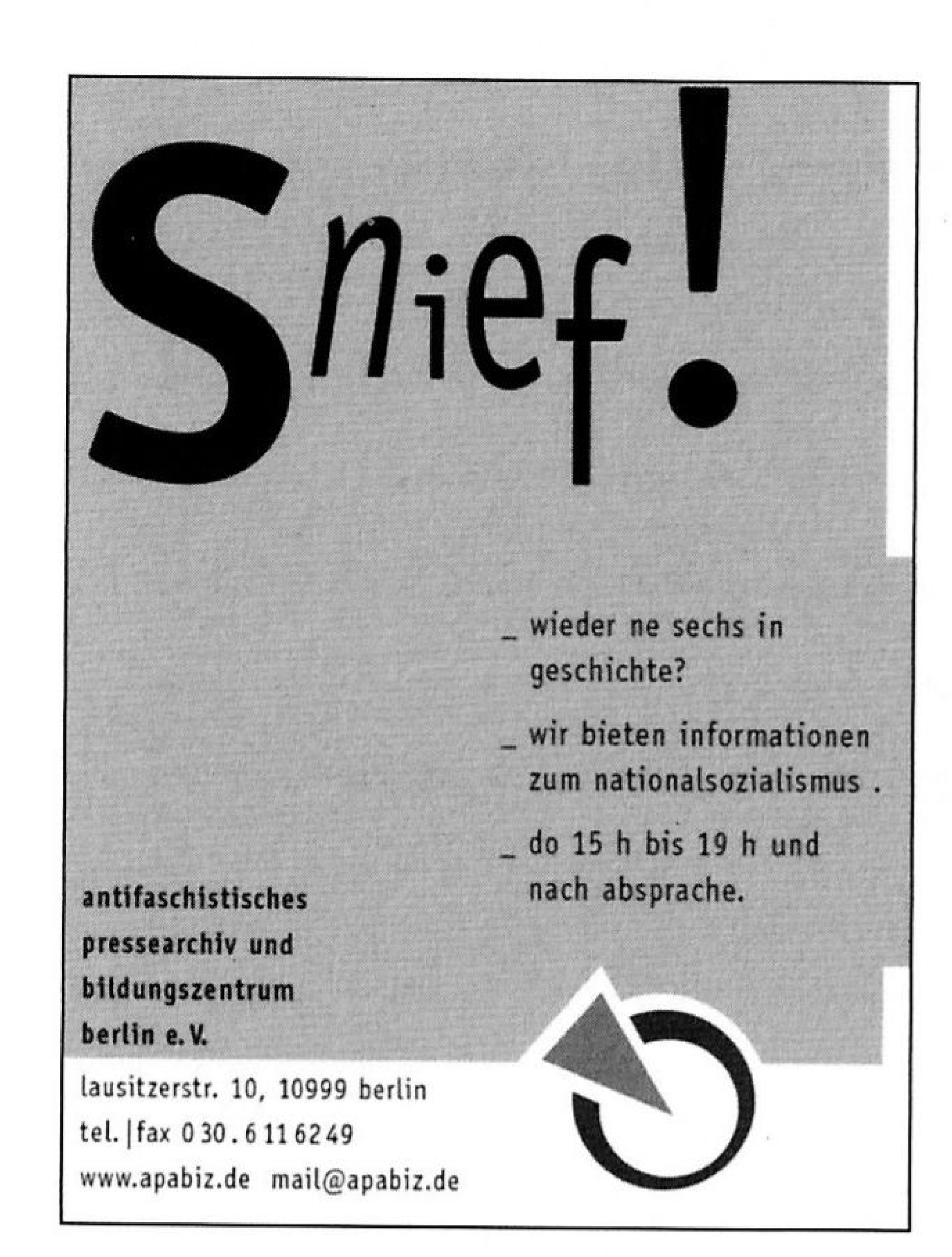
ReachOut (Hg.)
Rassistische Verhältnisse
Ausblicke – Tendenzen – Positionen
57 S.
Download unter:
www.reachoutberlin.de

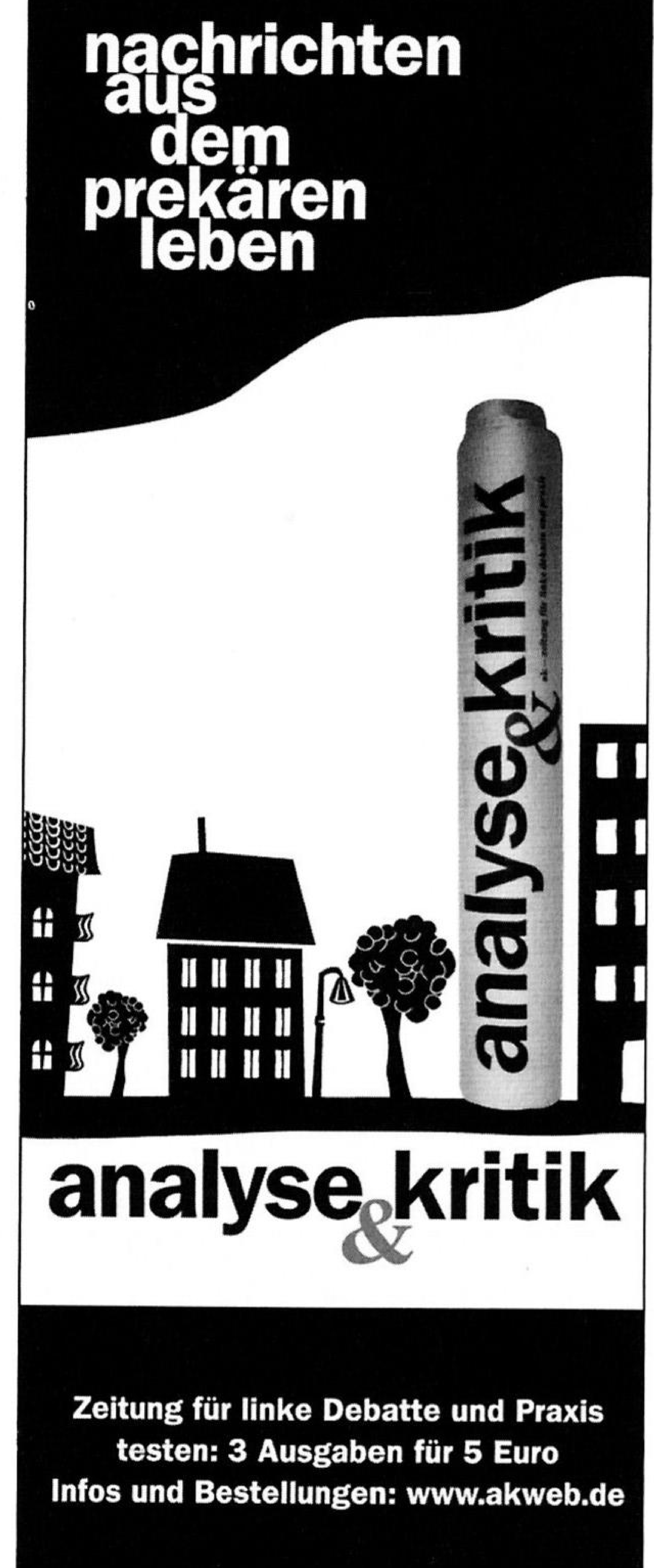
Fast pünktlich zum zehnjährigen Jubiläum veröffentlichte ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus aus Berlin, eine abwechslungsreiche und überaus lesenswerte Broschüre.
Wie Delal Atmaca im Vorwort zu Recht bemerkt, ist ein zehnjähriges Jubiläum der Opferberatungsstelle kein Grund zu grenzenloser Freude, denn gäbe »es keine rechte, keine rassistische, keine antisemitische Gewalt, dann bräuchte es ReachOut gar nicht« (S. 4).
Die Broschüre umfasst neben Opferperspektiven eine Reihe von Artikeln rund ums Thema Rassismus. Yasemin Shooman verdeutlicht in »‚Kultur' statt ‚Rasse'« das Phänomen des antimuslimischen Rassismus. Koray Yilmaz-Günay analysiert in dem Artikel »Frauen und Homosexuelle im Clash of Civilizations« die Diskursverschränkungen zwischen Rassismus und Sexismus/Homophobie. Wie versucht wird, Betroffene zu Täter_innen und eine weiße Mehrheitsgesellschaft zu Opfern umzudefinieren, zeigt Sebastian Friedrich in dem ausgezeichneten Artikel »Spiele(nd) ernst nehmen! Zum Eliten-Rassismus und dessen Funktion« auf.
Biplab Basu beschreibt Formen des institutionellen Rassismus. Was gegen solch machtvolle Institutionen getan werden kann, zeigt der Artikel »KOP. Die Kampagne für Opfer rassistisch motivierter Polizeigewalt stellt sich vor« exemplarisch auf. Informationen für Lehrer_innen und Eltern über rassistisches Mobbing in der Schule ergänzen einen Artikel von Sanchita Basu, die sich gegen die Bagatellisierung von rassistischem Mobbing an Schulen richtet und für einen verstärkten Dialog diesbezüglich eintritt. Timo Lange wendet sich in dem Artikel »Hate Crime« gegen das Konzept der Hasskriminalität, das u.a. auch vom BKA herangezogen wird um Statistiken über rassistische Straftaten aufzustellen.
Gut, dass Rassismuskritik so deutlich, offensiv und klug wie in dieser Broschüre vermittelt wird – gerade auch in einer Zeit, in der Extremismusquatsch, Bekenntniszwang und Generalverdacht denen die Arbeit schwer machen, die Rassismus entgegenwirken. ■

Gekürzte Version einer ersten Besprechung von www.kritisch-lesen.de

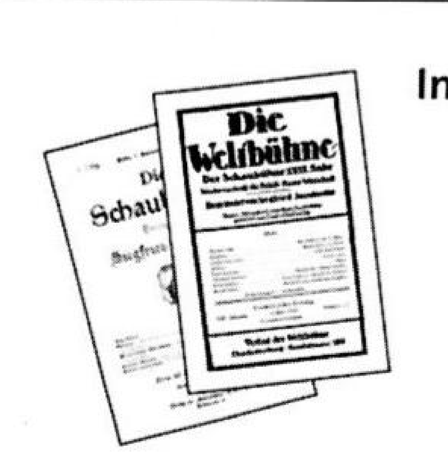



Erinnerungen von Verfolgten des Nationalsozialismus und Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand.
Eine Interview-Broschüre
»Fragt uns, wir sind die Letzten.«
Zum Download oder Printversion über die Berliner VVN-BdA.
Infos: http://fragtuns.blogsport.de
VVN-BdA


Snief!
_ wieder ne sechs in geschichte?
_ wir bieten informationen zum nationalsozialismus.
_ do 15 h bis 19 h und nach absprache.
antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.
lausitzerstr. 10, 10999 berlin
tel.|fax 030.6116249
www.apabiz.de mail@apabiz.de

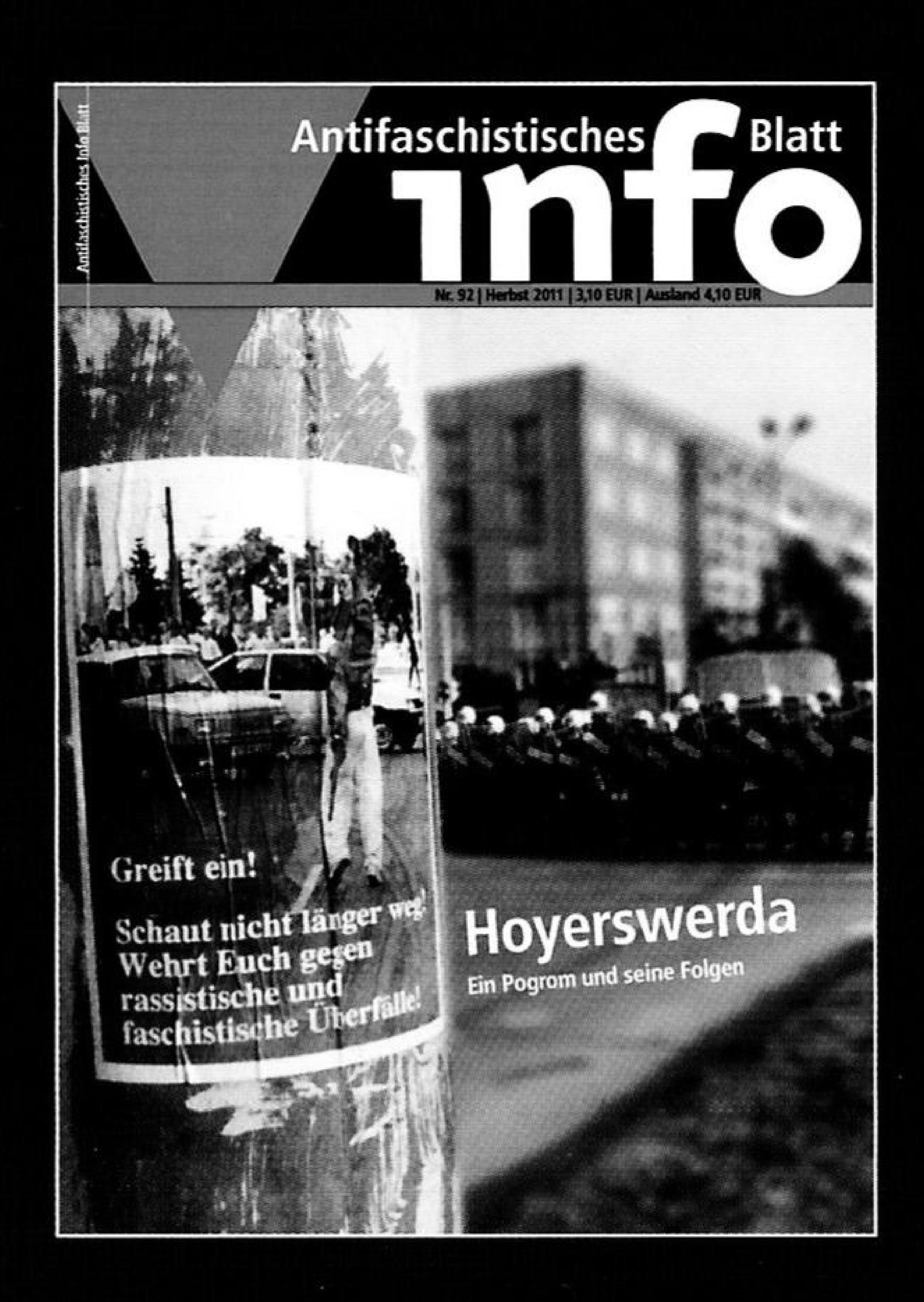

nachrichten aus dem prekären leben
analyse & kritik
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis
testen: 3 Ausgaben für 5 Euro
Infos und Bestellungen: www.akweb.de

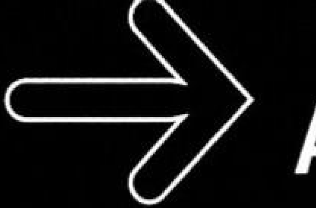

ANTIFA KALENDER 2012
7 Euro [ab 5 Stück 30% Ermäßigung]
Ab Oktober 2011 im Buchhandel erhältlich.
ISBN 978-3-89771-712-1 | Unrast Verlag





Abonniert
das Antifaschistische Info Blatt





Abokonditionen

Preise*

➔ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

➔ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

➔ ab 5 Exemplaren 20% Rabatt

➔ ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

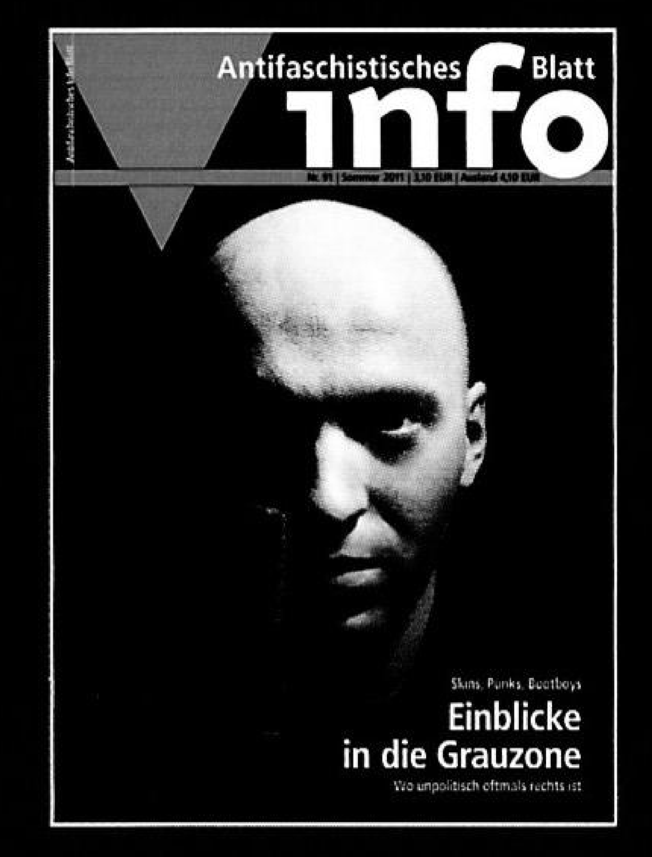
* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Zahlung per Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 91
Skins, Punks, Bootboys – Einblicke in die Grauzone; Ausstieg aus der Neonazisszene, Ungarn – Machtkampf auf dm Rücken der Roma



AIB 90
Ausweitung der Kampfzone – Praktische Auswirkungen des Extremismuskonzepts; Dresden – Proteste verhindern Naziaufmarsch

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
24. Jahrgang
Nummer 92 | 3.2011

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

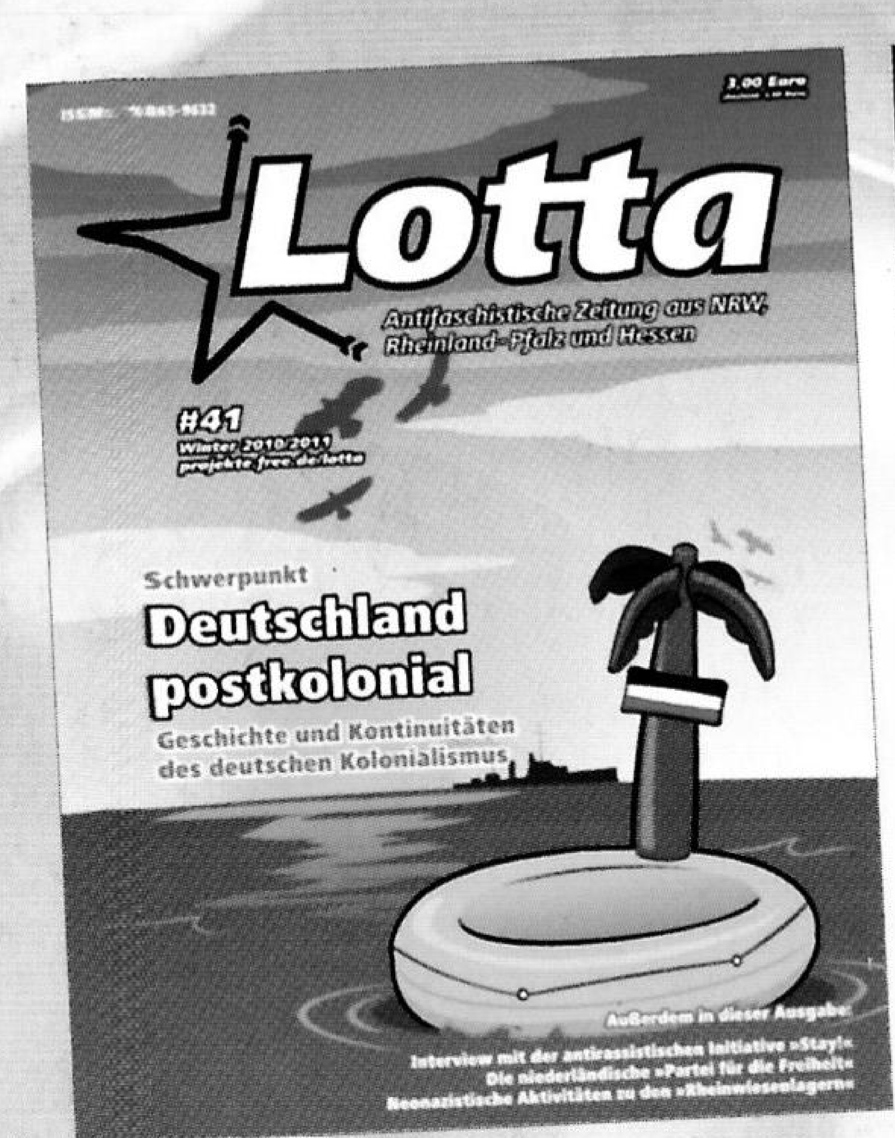
Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

Empfänger_innen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

LOTTA sorgt für den antifaschistischen Durchblick



Lotta #41
Deutschland postkolonial
Geschichte und Kontinuitäten des deutschen Kolonialismus



Lotta #42 | Sonderausgabe
Wege des Gedenkens
Erinnerungsorte an den Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen



Lotta #43
Erziehung von Rechts
NS-Kontinuitäten und konservativ-autoritäre Pädagogik



Lotta #44
Opferperspektiven
Rechte Gewalt und deren Opfer

http://projekte.free.de/lotta
Jetzt das Jahresabonnement über vier Ausgaben für 13 Euro abschließen!

